

FINANZMINISTERIUM DES LANDES
NORDRHEIN-WESTFALEN

FINANZBERICHT 2010

REDAKTIONSSCHLUSS: 20. Juli 2009

Anhang: Finanzbericht Nordrhein-Westfalen 2010

1.	<u>Zum Haushaltsplanentwurf 2010</u>	A 1
1.1	Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2010	A 1
1.2	Organisatorische Änderungen	A 2
1.3	Tabellen zum Haushalt	A 4
1.3.1	Einnahmen und Ausgaben nach Hauptgruppen	A 4
1.3.2	Einnahmen	A 5
	(1) Gesamtüberblick	A 5
	(2) Steuereinnahmen	A 5
	(3) Nichtsteuerliche Einnahmen (ohne Schuldenaufnahmen)	A 6
	(4) Schuldenaufnahmen	A 7
1.3.3	Ausgaben	A 8
	(1) Gesamtüberblick	A 8
	(2) Personalausgaben	A 8
	(3) Sächliche Verwaltungsausgaben ab 100 Mio. EUR	A 9
	(4) Schuldendienst	A 10
	(5) Ausgaben für Sachinvestitionen	A 10
	(6) Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen (Investitionshaushalt)	A 11
	(7) Besondere Finanzierungsausgaben und haushalts-technische Verrechnungen	A 12
2.	<u>Das nordrhein-westfälische Steueraufkommen und seine Verteilung</u>	A 13
3.	<u>Steuerschätzung für Haushalt und Finanzplanung</u>	A 13
3.1	Ziele und Aufgaben der Steuerschätzung	A 13
3.2	Methoden der Steuerschätzung	A 14
3.2.1	Direkte und indirekte Schätzung	A 14
3.2.2	Aufkommenselastizitäten	A 16
3.3	Arbeitskreis "Steuerschätzungen" und dessen "Länderausschuss"	A 19
3.4	Schätzung der Steuereinnahmen auf Landesebene	A 21
3.5	Zuverlässigkeit der Schätzergebnisse in Nordrhein-Westfalen	A 23

4.	<u>Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden</u>	A 26
4.1	Koordinierung der Haushalte und Finanzplanungen der Gebietskörperschaften im Finanzplanungsrat	A 26
4.2	Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen	A 28
4.2.1	Beteiligungsverhältnis an der Umsatzsteuer	A 28
4.2.2	Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes im Haushaltsplanentwurf 2010	A 33
4.3	Horizontale Umsatzsteuerverteilung	A 35
4.4	Finanzausgleich unter den Ländern ab 2005	A 38
4.5	Bundesergänzungszuweisungen ab 2005	A 40
4.6	Fonds "Deutsche Einheit" ab 2005	A 41
5.	<u>Vermögen und Schulden des Landes</u>	A 41
5.1	Grundbesitz	A 41
5.2	Landesbetriebe	A 43
5.3	Kapitalvermögen	A 48
5.4	Beteiligungen	A 50
5.5	Schulden	A 67
5.6	Gewährleistungen	A 68
6.	<u>Finanzstatistische Übersichten:</u>	A 69
6.1	Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden 1970 - 2008	A 70
6.2	Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden 1970 - 2008	A 71
6.3	Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften 1980, 1990, 1998 - 2008	A 72
6.4	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und des Landes Nordrhein-Westfalen - nach der Steuerverteilung - 1970 - 2008	A 73

6.5	Gesamtverschuldung der Gebietskörperschaften 1970, 1980, 1987 - 2008	A 74
6.6	Bereinigte Gesamtausgaben des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 75
6.7	Veränderungsraten der bereinigten Gesamtausgaben des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 76
6.8	Personalausgaben des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 77
6.9	Personalausgabenquoten des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 78
6.10	Personalsteuerquoten des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 79
6.11	Investitionsausgaben des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 80
6.12	Investitionsquoten des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 81
6.13	Zinsausgaben des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 82
6.14	Zinslastquoten des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 83
6.15	Zinssteuerquoten des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 84
6.16	Steuereinnahmen des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 85
6.17	Steuerfinanzierungsquoten des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 86
6.18	Nettokreditaufnahme des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 87
6.19	Nettokreditaufnahme des Bundes und der Länder 1997 - 2008 in EUR je Einwohner	A 88
6.20	Kreditfinanzierungsquoten des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 89
6.21	Schuldenstand (am Kreditmarkt) des Bundes und der Länder 1997 - 2008	A 90
6.22	Schuldenstand (am Kreditmarkt) des Bundes und der Länder 1997 - 2008 in EUR je Einwohner	A 91

6.23	Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2010 des Landes Nordrhein-Westfalen mit Vorjahresvergleich	A 92
6.24	Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen 2010 nach Aufgabenbereichen - Grafik -	A 93
6.25	Eckdaten des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen 1970, 1980, 1990, 2000, 2003 - 2010	A 94
6.26 a)	Einnahmen der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 2002 - 2007	A 96
6.26 b)	Ausgaben der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 2002 - 2007	A 97

1. Zum Haushaltsplanentwurf 2010

1.1 Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2010

Der Haushaltsplanentwurf des Landes für 2010 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit je 53.260,1 Mio. EUR ab.¹ Im Vergleich zu 2009 (einschließlich Ergänzung zum 2. Nachtragsentwurf) verringert sich damit das Haushaltsvolumen um 2.040,5 Mio. EUR (- 3,7 v. H.). Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die Umsetzung des Zukunftsinvestitionsprogramms aus dem Konjunkturpaket II im Haushalt 2009.²

Einnahmen

Auf der Grundlage der Steuerschätzung vom Mai 2009 wurde für das Jahr 2010 ein Steueransatz i. H. v. 37.015 Mio. EUR eingeplant. Gegenüber dem Ansatz des Vorjahres bedeutet dies eine Absenkung der erwarteten Steuereinnahmen um 1.490 Mio. EUR bzw. - 3,9 v. H. Die Steuerfinanzierungsquote wird damit 69,7 v. H. betragen.³ Weitere 9.542,1 Mio. EUR⁴ oder rd. 18 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben werden aus steuerähnlichen Abgaben, Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen, Einnahmen aus Zuweisungen (hauptsächlich vom Bund) und Zuschüssen sowie sonstigen Einnahmen gedeckt.

Die für 2010 vorgesehene Netto-Neuverschuldung **am Kreditmarkt** beläuft sich auf 6.703,0 Mio. EUR und liegt damit um rd. 544 Mio. EUR über dem für 2009 geplanten Soll. Die Kreditfinanzierungsquote steigt gegenüber dem Jahr 2009 um 1,4 Prozentpunkte auf 12,6 v. H.

Die Netto-Neuverschuldung **insgesamt** (Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt zzgl. der Schuldenaufnahmen/-tilgungen bei Gebietskörperschaften und Sondervermögen) soll 2010 6.595,6 Mio. EUR betragen.⁵ Dies sind knapp 2,9 Mrd. EUR mehr als die Summe der im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Investitionsausgaben (Hauptgruppen 7 und 8) abzüglich der

¹ Vgl. Tabelle 1.3.1.

² Vgl. Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013, S. 17 ff.

³ Bezieht man die Kompensationszahlung des Bundes für die Übertragung der Ertragskompetenz der Kraftfahrzeugsteuer, die im Landeshaushalt außerhalb des Steuerkapitels verbucht wird, in den Steueransatz ein, ergibt sich eine - bereinigte - Steuerfinanzierungsquote von 73,3 v. H.

⁴ Vgl. Tabelle 1.3.3.

⁵ Vgl. Tabelle 1.3.4.

Einnahmen für Investitionen (Obergruppen 33 und 34). Die in Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen festgelegte Verschuldungsgrenze wird damit deutlich überschritten.⁶

Ausgaben

Der weitaus größte Teil des Haushaltsvolumens entfällt auf Ausgabenblöcke, die nicht oder zumindest kurz- bis mittelfristig kaum beeinflussbar sind. So werden 20.799,1 Mio. EUR, dies entspricht 39,2 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben, auf Personalausgaben entfallen. Den Kommunen des Landes werden 14.329,6 Mio. EUR (rd. 27 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben) zufließen. Auf Zinszahlungen (Kreditmarkt) werden 2010 4.635,0 Mio. EUR entfallen; dies entspricht einer Zinslastquote von 8,7 v. H. Allein durch diese Positionen sind bereits fast 75 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben gebunden.

Ein großer Teil der verbleibenden Mittel, nämlich rd. 5.073,1 Mio. EUR, soll für Investitionen aufgewendet werden. Die Investitionsquote wird im Jahr 2010 9,6 v. H. betragen und damit um 3,3 Prozentpunkte unter dem Niveau des Vorjahres liegen, was auf die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes 2009 (ZuInvG) zusätzlich getätigten Investitionsausgaben zur Stützung der Konjunktur zurückzuführen ist.

Weitere Eckdaten können der Tabelle im finanzstatistischen Teil des Finanzberichts (s. Ziff. 6.23) entnommen werden.

1.2 Organisatorische Änderungen⁷

Einzelplan 03 - Innenministerium (IM):

- **Schließung der Landesstelle Unna-Massen**

Die Landesstelle Unna-Massen wurde aufgrund gesunkener Zuwandererzahlen als Dezernat "Kompetenzzentrum für Integration" zum 01.01.2008 in die Bezirksregierung Arnsberg eingegliedert. Da sich der Rückgang der Zuwandererzahlen fortsetzte, wurde der Standort Unna-Massen des Kompetenzzentrums für Integration (KfI) zum 30.06.2009 geschlossen. Ab

⁶ Vgl. Fußnote 2.

⁷ Soweit es sich bei den organisatorischen Änderungen um ressortübergreifende Umsetzungen handelt, sind die Veränderungen beim aufnehmenden Ressort dargestellt.

dem 01.07.2009 werden Zuwanderer vom Kfl direkt den jeweiligen Aufnahmekommunen zugewiesen.

- **Errichtung des Landesbetriebes Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)**

Der ehemalige Landesbetrieb "Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen" (Kapitel 03 610) trägt ab dem 01.01.2009 den Namen "Landesbetrieb Information und Technik NRW (IT.NRW)" - im Bereich der Statistik mit dem Zusatz Geschäftsbereich Statistik (s. Rd.Erlass des Innenministeriums vom 15.11.2008, MBI.NRW.2008 S. 588). IT.NRW ist ein Landesbetrieb nach § 14 a Landesorganisationsgesetz in Verbindung mit § 26 Landeshaushaltsordnung mit Sitz in Düsseldorf und 2 Außenstellen in Paderborn und Oberhausen sowie Niederlassungen in Hagen, Köln und Münster:

Die Gemeinsamen Gebietsrechenzentren Hagen (Kapitel 03 620), Köln (Kapitel 03 650) und Münster (Kapitel 03 660) wurden jeweils mit Ablauf des 31.12.2008 aufgelöst und ab dem 01.01.2009 mit dem Landesbetrieb IT.NRW zusammengeführt. Die haushaltstechnische Umsetzung der Planstellen/Stellen, Einnahmen und Ausgaben wurde im Kapitel 03 610 nachvollzogen.

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV):

- **Verlagerung des technischen Dienstes der Umweltverwaltung zum Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV)**

Im Rahmen der Neustrukturierung der technischen Dienste der Umweltverwaltung (Umsetzung des Laborkonzeptes) wurden zum 01.01.2008 weitere Fachaufgaben der technischen Umweltverwaltung von den **Bezirksregierungen** (Einzelplan 03) zum Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) verlagert. Die Haushaltsmittel und Stellen für diese Aufgabe werden künftig im Einzelplan 10 Kapitel 10 400 veranschlagt. Die Ansätze und Stellen wurden erst im Haushaltsvollzug 2009 in das Kapitel des LANUV umgesetzt; die Verlagerung wird erstmalig im Haushalt 2010 dargestellt.

1.3 Tabellen zum Haushalt ¹⁾

1.3.1 Einnahmen und Ausgaben nach Hauptgruppen

Einnahmen

	2010 Mio. EUR	2009 ²⁾ Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	37.206,5	38.740,8	- 1.534,3	- 4,0
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.785,6	2.661,4	+ 124,2	+ 4,7
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	5.223,8	4.334,1	+ 889,7	+ 20,5
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	8.044,2	9.564,3	- 1.520,1	- 15,9
Insgesamt	53.260,1	55.300,6	- 2.040,5	- 3,7

Ausgaben

	2010 Mio. EUR	2009 ²⁾ Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
4 Personalausgaben	20.799,1	20.555,8	+ 243,3	+ 1,2
5 Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für Schuldendienst	7.238,1	7.334,8 ³⁾	- 96,7	- 1,3
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	20.102,3	20.201,3 ³⁾	- 99,0	- 0,5
7 Baumaßnahmen	264,1	266,5 ³⁾	- 2,4	- 0,9
8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.809,0	6.897,1 ³⁾	- 2.088,1	- 30,3
9 Besondere Finanzierungsvorgänge	47,4	45,1 ³⁾	+ 2,3	+ 5,1
Insgesamt	53.260,1	55.300,6	- 2.040,5	- 3,7

¹⁾ Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

²⁾ Stand: Verabschiedeter Haushaltsplan einschl. 2. Nachtragsentwurf (LT-Drs.14/9510) sowie Umsetzungen im Haushaltsvollzug = Vorjahresvergleichszahl.

³⁾ Die Zahlen 2009 beinhalten die Umsetzung von Haushaltsmitteln i. H. v. rd. 26,2 Mio. EUR gem. § 11 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2009 (Titel 20 020/799 75 und 20 020/894 75) in die Einzelpläne 03 (rd. 0,05 Mio. EUR, HGr. 5), Epl. 04 (2,4 Mio. EUR, HGr. 7), Epl. 06 (rd. 23,6 Mio. EUR, davon HGr. 6 rd. 3,0 Mio. EUR, HGr. 8 rd. 20,6 Mio. EUR) und Epl. 14 (rd. 0,1 Mio. EUR, HGr. 7). Darüber hinaus sind Umsetzungen gemäß § 11 Abs. 6 Haushaltsgesetz 2009 (Titel 20 020/971 55) i. H. v. rd. 23,4 Mio. EUR in die Einzelpläne 08 (rd. 15,0 Mio. EUR, HGr. 8) und Epl. 14 (rd. 8,4 Mio. EUR, HGr. 8) berücksichtigt.

1.3.2 Einnahmen

(1) Gesamtüberblick

	2010 Mio. EUR	2009 Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
Steuern	37.015,0	38.505,0	- 1.490,0	- 3,9
Steuerähnliche Abgaben	191,5	235,8	- 44,3	- 18,8
Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen, Darlehensrückflüsse und dgl.	2.785,6	2.661,4	+ 124,2	+ 4,7
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	5.223,8	4.334,1	+ 889,7	+ 20,5
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	1.334,9	3.400,1	- 2.065,2	- 60,7
Schuldenaufnahmen	6.703,0	6.159,1	+ 543,9	+ 8,8
Sonstige Einnahmen	6,3	5,0	+ 1,3	+ 26,0
Gesamteinnahmen	53.260,1	55.300,5	- 2.040,5	- 3,7

(2) Steuereinnahmen

Anteil des Landes an	2010 Mio. EUR	2009 Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	16.820,0	18.195,0	- 1.375,0	- 7,6
Steuern vom Umsatz	15.170,0	14.455,0	+ 715,0	+ 4,9
Gewerbsteuerumlage (Landesanteil)	400,0	375,0	+ 25,0	+ 6,7
Zuschlag zur Gewerbsteuerumlage	680,0	670,0	+ 10,0	+ 1,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (Landesanteil)	1.225,0	1.310,0	- 85,0	- 6,5
Erbschaftsteuer	1.130,0	1.060,0	+ 70,0	+ 6,6
Grunderwerbsteuer	1.015,0	945,0	+ 70,0	+ 7,4
Kraftfahrzeugsteuer ¹⁾	-	910,0	- 910,0	- 100,0
Totalisatorsteuer	3,0	3,0	± 0,0	± 0,0
Lotteriesteuer	316,0	325,0	- 9,0	- 2,8
Feuerschutzsteuer	70,0	70,0	± 0,0	± 0,0
Biersteuer	186,0	187,0	- 1,0	- 0,5
Insgesamt	37.015,0	38.505,0	- 1.490,0	- 3,9

¹⁾ Im Zuge der Novellierung der Kraftfahrzeugsteuer wurde die Ertragskompetenz für diese Steuer ab dem 01.07.2009 auf den Bund übertragen. Für den Verlust der Ertragshoheit erhalten die Länder vom Bund eine Kompensationszahlung. Der hiervon auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallende Betrag wird bei Kapitel 20 020 Titel 211 10 vereinnahmt.

(3) Nichtsteuerliche Einnahmen

(ohne Schuldenaufnahmen)

	2010 Mio. EUR	2009 Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
Steuerähnliche Abgaben	191,5	235,8	- 44,3	- 18,8
Gebühren, sonstige Entgelte, Geldstrafen und Geldbußen (einschl. Gerichts- und Verwaltungskosten)	1.142,2	1.170,8	- 28,6	- 2,4
Sonstige Verwaltungseinnahmen (Gruppe 119)	223,2	226,2	- 3,0	- 1,3
Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	333,9	119,9	+ 214,0	+ 178,5
Konzessionsabgaben	338,2	366,0	- 27,8	- 7,6
Einnahmen aus Lotterie, Lotto, Toto	4,0	4,2	- 0,2	- 4,8
Mieten und Pachten u. Erlöse aus Veräußerung von bewegl. Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	71,9	66,1	+ 5,8	+ 8,8
Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen	15,9	41,4	- 25,5	- 61,6
Zinseinnahmen	197,1	218,9	- 21,8	- 10,0
Darlehensrückflüsse	456,1	444,8	+ 11,3	+ 2,5
Zuweisungen vom Bund	1.903,5	994,3	+ 909,2	+ 91,4
Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	2.978,1	2.952,6	+ 25,5	+ 0,9
Entschädigung für die Erhebung der Kirchensteuer	80,5	78,0	+ 2,5	+ 3,2
Zuschüsse von der EU	202,1	245,8	- 43,7	- 17,8
Sonstige Erstattungen aus dem Inland	53,8	55,1	- 1,3	- 2,4
Zuweisungen für Investitionen vom Bund	952,2	902,5	+ 49,7	+ 5,5
Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbände	196,0	200,0	- 4,0	- 2,0
Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen ¹⁾	-	2.133,4	- 2.133,4	- 100,0
Zuschüsse und Investitionen von der EU	183,4	162,2	+ 21,2	+ 13,1
Sonstige Einnahmen	18,5	18,5	± 0,0	± 0,0
Insgesamt	9.542,1	10.636,5	- 1.094,4	- 10,3

¹⁾ Einnahmen im Zusammenhang mit der Errichtung des Sondervermögens "Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfonds Nordrhein-Westfalen" (siehe Beilage 3 zu Einzelplan 20).

(4) Schuldenaufnahmen

	2010 Mio. EUR	2009 Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
Schuldenaufnahmen				
- bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	-	-	-	-
- am Kreditmarkt (netto)	6.703,0	6.159,1	+ 543,9	+ 8,8
Zwischensumme	6.703,0	6.159,1	+ 543,9	+ 8,8
davon ab:				
- veranschlagte Tilgungsausgaben bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	107,4	177,9	- 70,5	- 39,6
Netto-Neuverschuldung	6.595,6	5.981,2	+ 614,4	+ 10,3

1.3.3 Ausgaben

(1) Gesamtüberblick

Ausgabeart	2010 Mio. EUR	2009 Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
Personalausgaben	20.799,1	20.555,8	+ 243,3	+ 1,2
Sächliche Verwaltungsausgaben	2.495,2	2.412,3	+ 82,9	+ 3,4
Schuldendienst	4.742,9	4.922,5	- 179,6	- 3,6
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	20.102,3	20.201,3	- 99,0	- 0,5
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.073,1	7.163,6	- 2.090,5	- 29,2
Besondere Finanzierungsausgaben und haushaltstechnische Verrechnungen	47,4	45,1	+ 2,3	+ 5,1
Insgesamt	53.260,1	55.300,6	- 2.040,5	- 3,7

(2) Personalausgaben

	2010 Mio. EUR	2009 Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	54,9	48,1	+ 6,8	+ 14,1
Bezüge des Ministerpräsidenten, der Minister, der Beamten und Richter	10.949,6	10.678,0	+ 271,6	+ 2,5
Vergütungen und Löhne der Arbeitnehmer/-innen, Ausbildungsvergütungen und sonstige nicht aufteilbare Personalausgaben	2.501,8	2.496,1	+ 5,7	+ 0,2
Beschäftigungsentgelte und personalbezogene Sachausgaben	144,7	148,0	- 3,3	- 2,2
Versorgungsbezüge	5.330,0	5.032,3	+ 297,7	+ 5,9
Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	1.643,0	1.525,2	+ 117,8	+ 7,7
Globale Mehr- und Minderausgaben bei den Personalausgaben	83,5	537,5	- 454,0	- 84,5
Zuführung an die Versorgungsrücklage für die Versorgungsaufwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen	91,6	90,6	+ 1,0	+ 1,1
Insgesamt	20.799,1	20.555,8	+ 243,3	+ 1,2

(3) Sächliche Verwaltungsausgaben ab 100 Mio. EUR

	2010 Mio. EUR	2009 Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
Insgesamt	2.495,2	2.412,3	+ 82,9	+ 3,4
darunter:				
Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und dgl.	204,3	211,9	- 7,6	- 3,6
Verbrauchsmittel und Haltung von Fahrzeugen und dgl.	127,7	113,9	+ 13,8	+ 12,1
Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	205,6	204,5	+ 1,1	+ 0,5
Mieten und Pachten	673,8	666,0	+ 7,8	+ 1,2
Auslagen in Rechtssachen (Gruppe 532 im Epl. 04)	495,1	476,7	+ 18,4	+ 3,9
Aufwandsentschädigungen an Vormünder, Pfleger und Betreuer	188,3	172,2	+ 16,1	+ 9,3
Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben (Gruppe 547)	188,1	181,1	+ 7,0	+ 3,9

(4) Schuldendienst

	2010 Mio. EUR	2009 Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
Schuldendienst für Kredite				
- bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.				
- Zinsen	0,5	0,6	- 0,1	- 16,7
- Tilgungen	107,4	177,9	- 70,5	- 39,6
- am Kreditmarkt				
- Zinsen	4.635,0	4.744,0	- 109,0	- 2,3
- Tilgungen	-	-	-	-
Insgesamt	4.742,9	4.922,5	- 179,6	- 3,6

(5) Ausgaben für Sachinvestitionen

	2010 Mio. EUR	2009 Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
Baumaßnahmen	264,1	266,5 ¹⁾	- 2,4	- 0,9
Erwerb von Fahrzeugen	46,6	40,5	+ 6,1	+ 15,1
Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	287,1	282,3	+ 4,8	+ 1,7
Erwerb von unbeweglichen Sachen	39,2	42,0	- 2,8	- 6,7
Insgesamt	637,0	631,3	+ 5,7	+ 0,9

¹⁾ Die Zahlen 2009 beinhalten die Umsetzung von Haushaltsmitteln i. H. v. rd. 24,8 Mio. EUR gem. § 11 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2009 (Titel 20 020/799 75) in die Einzelpläne 03 (rd. 0,05 Mio. EUR, HGr. 5), Epl. 04 (2,4 Mio. EUR, HGr. 7), Epl. 06 (rd. 22,2 Mio. EUR, davon HGr. 6 rd. 3,0 Mio. EUR, HGr. 8 rd. 19,2 Mio. EUR) und Epl 14 (rd. 0,1 Mio. EUR, HGr. 7).

**(6) Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen
und Ausgaben für Investitionsfördermaßnahmen (Investitionshaushalt)**

	2010 Mio. EUR	2009 Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen	20.102,3	20.201,3	- 99,0	- 0,5
davon:				
an Bund	33,4	35,6	- 2,2	- 6,2
an Länder	143,7	240,5	- 96,8	- 40,2
an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.756,0	10.869,6	- 113,6	- 1,0
an Sondervermögen	3,6	4,0	- 0,4	- 10,0
an Sozialversicherungsträger	46,8	52,3	- 5,5	- 10,5
an Zweckverbände	547,1	540,6	+ 6,5	+ 1,2
an öffentliche Unternehmen	1.216,7	1.256,2	- 39,5	- 3,1
an private Unternehmen	652,0	559,0	+ 93,0	+ 16,6
an Sonstige im Inland	953,9	1.030,6	- 76,7	- 7,4
an Sonstige im Ausland	0,8	0,8	± 0,0	± 0,0
an öffentliche Einrichtungen	3.231,0	3.100,3	+ 130,7	+ 4,2
an natürliche Personen	935,5	967,1	- 31,6	- 3,3
an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1.581,8	1.544,7	+ 37,1	+ 2,4
Ausgaben für Investitionsfördermaßnahmen (Investitionshaushalt)	4.436,1	6.532,2	- 2.096,1	- 32,1
davon:				
an Bund	15,4	30,5	- 15,1	- 49,5
an Länder	0,5	4,9	- 4,4	- 89,8
an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.874,7	1.860,5	+ 14,2	+ 0,8
an Sondervermögen	17,3	2.151,0 ¹⁾	- 2.133,7	- 99,2
an Sozialversicherungsträger	13,0	13,6	- 0,6	- 4,4
an Zweckverbände	550,9	541,9	+ 9,0	+ 1,7
an öffentliche Unternehmen	817,2	863,0	- 45,8	- 5,3
an private Unternehmen	208,5	183,3	+ 25,2	+ 13,7
an Inland	643,1	630,6	+ 12,5	+ 2,0
an Ausland	0,4	0,4	± 0,0	± 0,0
an öffentliche Einrichtungen	213,9	171,2	+ 42,7	+ 24,9
Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	81,2	81,2	± 0,0	± 0,0
Insgesamt	24.538,4	26.733,5	- 2.195,1	- 8,2

¹⁾ Ausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung des Sondervermögens "Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfonds Nordrhein-Westfalen" (siehe Beilage 3 zu Einzelplan 20).

(7) Besondere Finanzierungsausgaben und haushaltstechnische Verrechnungen

	2010 Mio. EUR	2009 Mio. EUR	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			Mio. EUR	v. H.
Zuführung an Rücklagen, Fonds und Stöcke	163,5	122,5	+ 41,0	+ 33,5
Globale Mehrausgaben	75,5	96,1	- 20,6	- 21,4
Globale Minderausgaben	- 196,6	- 178,2	- 18,4	+ 10,3
Haushaltstechnische Verrechnungen	5,0	4,7	+ 0,3	+ 6,4
Insgesamt	47,4	45,1	+ 2,3	+ 5,1

2. Das nordrhein-westfälische Steueraufkommen und seine Verteilung

Die Bundesregierung ist im Laufe des Jahres 2001 dazu übergegangen, Zuständigkeiten der Bundeskassen zu ändern bzw. länderübergreifend zu bündeln.

Die von der Bundesverwaltung erhobenen Steuern, neben den reinen Bundessteuern und Zöllen auch die Einfuhrumsatzsteuer als Gemeinschaftsteuer, werden infolgedessen in der amtlichen Statistik nicht mehr nach dem regionalen Aufkommen in den einzelnen Ländern, sondern nur noch in einer Summe bundesweit nachgewiesen.

Die in früheren Finanzberichten an dieser Stelle enthaltenen Ausführungen und Tabellen zum Steueraufkommen in NRW und dessen Verteilung auf die Gebietskörperschaften mussten deshalb seit dem Finanzbericht 2004/2005 entfallen.

Daten zu den Steuereinnahmen des Landes NRW (nach der Steuerverteilung, aufgeschlüsselt nach Steuerarten) können seit Beginn des Jahres 2003 im Internet der Landesverwaltung unter www.fm.nrw.de abgerufen werden.

3. Steuerschätzung für Haushalt und Finanzplanung

3.1 Ziele und Aufgaben der Steuerschätzung

Die Steuereinnahmen sind die wichtigste Einnahmequelle des Landeshaushalts. 2008 konnten mit ihnen 82,3 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben finanziert werden. Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise muss das Land dramatische Einnahmeeinbrüche hinnehmen, so dass auch die Steuerfinanzierungsquote deutlich zurückgehen wird. Die im Haushaltsplanentwurf 2010 erwarteten Einnahmen von 37,0 Mrd. EUR decken nur noch rd. 69,7 v. H. der Gesamtausgaben des Landes.⁸

Dennoch machen die Steuereinnahmen auch in Zukunft den weitaus überwiegenden Anteil der Gesamteinnahmen des Landes aus und sind damit die Basis für den finanzpolitischen Rahmen der nächsten Jahre. An die Verläss-

⁸ Bezieht man die Kompensationszahlung des Bundes für die Übertragung der Ertragskompetenz der Kraftfahrzeugsteuer, die im Landshaushalt außerhalb des Steuerkapitels verbucht wird, in den Steueransatz ein, ergibt sich eine - bereinigte - Steuerfinanzierungsquote von 73,3 v. H.

lichkeit und Genauigkeit der Steuerschätzung werden deshalb hohe Erwartungen gestellt. Untermauert wird diese Forderung nach größtmöglicher Genauigkeit der Prognosen durch den in § 11 der LHO verankerten Grundsatz der "Kassenwirksamkeit". Danach dürfen nur solche Einnahmen und Ausgaben in den Haushaltsplan eingestellt werden, die im Haushaltsjahr effektiv zu erwarten bzw. zu leisten sind, also kassenwirksam werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Vorausschau bei den Steuereinnahmen noch schwieriger als bei den Ausgaben ist. Die Steuereinnahmeentwicklung ist in hohem Maße von exogenen Faktoren abhängig, die der Fiskus nicht unmittelbar beeinflussen kann und deren Ermittlung bereits mit erheblichen Unsicherheiten verbunden ist.

Zu diesen Faktoren gehören insbesondere: Die wirtschaftliche Entwicklung, die Verbrauchs- und Zahlungsgewohnheiten der Steuerzahler und nicht zuletzt die Reaktionen der Steuerpflichtigen auf Steuerrechtsänderungen. Letztlich befinden die Steuerzahler zu einem guten Teil selber darüber, inwieweit steuerpflichtige Tatbestände entstehen und zu kassenmäßigen Steuereinnahmen führen. Voraussetzung für die Schätzung der Steuereinnahmen sind deshalb konkrete Annahmen über die Entwicklung dieser exogenen Faktoren. Diese Annahmen fließen in die jeweiligen Schätzmethoden ein. Dabei hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass gehäufte Steuerrechtsänderungen oder auch die beschleunigte Globalisierung der Wirtschaft oftmals zu Strukturbrüchen in der Steueraufkommensentwicklung führen, die mit den vorhandenen Informationsquellen nicht hinreichend erfasst werden können.

3.2 Methoden der Steuerschätzung

3.2.1 Direkte und indirekte Schätzung

Für die Aufstellung der Haushalte der Gebietskörperschaften ist eine gesonderte Schätzung des Aufkommens jeder einzelnen Steuerart erforderlich. Dies kann mittels direkter oder indirekter Schätzverfahren geschehen.

Direkte Schätzverfahren stützen sich ausschließlich auf Vergangenheitswerte der zu schätzenden Steuereinnahmen. Aus der Zeitreihe der bisherigen Einnahmen wird ein Trend berechnet und in die Zukunft extrapoliert. Änderungen der erwähnten exogenen Faktoren, also des Verhaltens der Steuerpflichtigen, der wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch des Steuer-

rechts selbst, können bei diesen Methoden nicht berücksichtigt werden. Sie eignen sich daher hauptsächlich für kurzfristige Schätzungen.

Eine dynamische Betrachtung ist nur mit Hilfe von indirekten Schätzmethoden möglich. Sie simulieren auf der Ebene der Gesamtwirtschaft die Veranlagung von Durchschnittssteuerpflichtigen. Ausgehend von einer zunächst selbst zu schätzenden Steuerbemessungsgrundlage oder einer geeigneten Hilfsgröße ermitteln sie über den Steuertarif die Steuerschuld. In einem zweiten Schritt wird das durch Veranlagungs- und Zahlungsmodalitäten entstehende kassenmäßige Aufkommen abgeleitet.

Die indirekten Verfahren werden insbesondere bei den großen Gemeinschaftsteuern wie Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer angewendet. Sie sind wesentlich komplexer als die direkten Methoden und erfordern eine breitere Datenbasis.

Die Schätzung der Steuerbemessungsgrundlage basiert auf den Daten der amtlichen Steuerstatistik, die leider erst nach erheblicher zeitlicher Verzögerung zur Verfügung stehen. Diese Vergangenheitswerte werden mit Hilfe von Teilaggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung fortgeschrieben. So wird z. B. die Bruttolohn- und -gehaltssumme als Hilfsindikator für die steuerpflichtigen Arbeitseinkommen zur Prognose des Lohnsteueraufkommens verwendet.

Ausgangspunkt jeder Steuerschätzung ist somit die Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung. Auf der Grundlage von Konjunkturprognosen und Wachstumsprojektionen werden Basisdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt. Die wichtigste Größe ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP), definiert als der Marktwert aller Güter, die in einer Volkswirtschaft innerhalb einer bestimmten Periode konsumiert oder investiert werden, zzgl. des Saldos aus Exporten und Importen. Von der Entstehungsseite des BIP her müssen die Bruttolöhne und -gehälter sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen prognostiziert werden. Damit unterstellen die Schätzergebnisse immer eine Entwicklung, die dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt entspricht.

3.2.2 Aufkommenselastizitäten

Überschlägige Berechnungen im Rahmen der Steuerschätzung werden häufig mit Hilfe von Aufkommenselastizitäten durchgeführt. Elastizitätskoeffizienten messen, wie sich das Aufkommen einer Steuer, einer Gruppe von Steuern oder des gesamten Steuersystems im Verhältnis zum Wachstum des BIP verändert. Aufkommenselastizitäten vergleichen die relativen Wachstumsraten des Steueraufkommens mit denen des BIP (in jeweiligen Preisen). Eine Elastizität von 1,2 bedeutet z. B., dass das Steueraufkommen 1,2-mal so stark wie das BIP wächst.

Die einzelnen Steuerarten zeigen beachtliche Unterschiede in ihren Elastizitäten. Elastizitätskoeffizienten mit einem Wert, der größer als eins ist, sind meist bei den einkommensabhängigen Steuern, insbesondere der Lohnsteuer, zu beobachten. Hauptursache hierfür ist der progressive Einkommensteuertarif. Während sich die Umsatzsteuer aufgrund des proportionalen Steuersatzes und der wertgebundenen Bemessungsgrundlage in etwa gleichgerichtet mit dem BIP entwickelt, bleibt das Wachstum des Aufkommens der direkten Verbrauchsteuern oft infolge der Konsumgewohnheiten der Verbraucher (Sättigungseffekte) hinter dem des Inlandprodukts zurück.

Aufgrund dieser steuerartspezifischen Unterschiede wird die Aufkommenselastizität des gesamten Steuersystems maßgeblich vom Gewicht der einzelnen Steuerarten am gesamten Steueraufkommen und von Verschiebungen innerhalb der Steuerstruktur bestimmt.

Sowohl die Elastizität des gesamten Steueraufkommens als auch einzelner Steuerarten schwanken im Zeitablauf sehr. Gründe hierfür liegen u. a. in Veränderungen des Steuerrechts, der Einkommenspyramide, des Verhaltens der Steuerzahler oder im Veranlagungs- und Erhebungsrhythmus der Steuerverwaltung.

In der nachstehenden Übersicht 1 sind die Aufkommenselastizitäten des deutschen Steuersystems insgesamt und einiger Steuerarten in der längerfristigen Entwicklung zusammengestellt. Im Durchschnitt der Jahre 1970 - 1990⁹ lag die Aufkommenselastizität für das gesamte Steuersystem

⁹ Die Jahre ab 1991 wurden aus den Durchschnittsberechnungen ausgeklammert, da eine Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben ist. Die Bundessteuern werden nur noch für das gesamte Erhebungsgebiet, d. h. alte und neue Bundesländer zusammen, ausgewiesen.

fast genau bei 1. Dies bedeutet, dass die Zuwachsrate des gesamten Steueraufkommens im langen Durchschnitt in etwa der Zuwachsrate des nominalen BIP entsprach. Wie erwartet, lag dabei die Aufkommenselastizität bei der Lohnsteuer deutlich über 1 (1,27), bei einer Verbrauchsteuer (Energiesteuer) unter 1 (0,85) und bei den Steuern vom Umsatz bei ungefähr 1 (1,05).

In den einzelnen Jahren hatten insbesondere Steuerrechtsänderungen starke Ausschläge der Elastizitätsbeziehung zur Folge. In den 80er Jahren sind einerseits die Steuersenkungen durch die Steuerreformstufen 1986, 1988 und 1990 deutlich zu erkennen. Diese Änderungen lassen sich insbesondere an dem Elastizitätskoeffizienten der Lohnsteuer ablesen. Andererseits spiegelt das starke Ansteigen der Gesamtaufkommenselastizität in 1989 (1,52) die Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern sowie die zeitweilige Erhebung der Quellensteuer wider. Die Erhöhung der Energiesteuer im Jahr 1989 ist deutlich an deren hohen Elastizitätskoeffizienten (3,45) abzulesen.

Die Zahlen ab 1991 beziehen sich auf das gesamte Bundesgebiet, also einschließlich der neuen Länder. Durch die hohen Transferleistungen von West nach Ost stiegen in den neuen Ländern die gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate wesentlich stärker als die vom BIP abgebildete gesamtwirtschaftliche Produktion. Dies bewirkte insbesondere bei den an Nachfragegrößen anknüpfenden Steuerarten einen erheblichen Elastizitätssprung.

Aufkommenselastizität des deutschen Steuersystems und kassenmäßige Steuerquote 1970 bis 2008 (bis einschl. 1990: früheres Bundesgebiet; ab 1991: einschl. Beitrittsgebiet)

Übersicht 1

- A 18 -

Jahr	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	Veränderung zum Vorjahr	Steueraufkommen insgesamt ²⁾	Veränderung zum Vorjahr	Elastizität (Spalte 4 zu Spalte 2)	Lohnsteueraufkommen ²⁾	Veränderung zum Vorjahr	Elastizität (Spalte 7 zu Spalte 2)	Aufkommen an Steuern vom Umsatz ²⁾	Veränderung zum Vorjahr	Elastizität (Spalte 10 zu Spalte 2)	Energiesteueraufkommen ²⁾	Veränderung zum Vorjahr	Elastizität (Spalte 13 zu Spalte 2)	kassenm. Steuerquote (Spalte 3 zu Spalte 1)
	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.		Mrd. EUR	v. H.		Mrd. EUR	v. H.		Mrd. EUR	v. H.		v. H.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1970	352,0	.	78,8	.	.	17,9	.	.	19,5	.	.	5,9	.	.	22,38
1971	390,1	+ 10,8	88,1	+ 11,9	1,10	21,9	+ 22,0	2,03	21,9	+ 12,5	1,16	6,3	+ 7,9	0,73	22,60
1972	427,5	+ 9,6	100,7	+ 14,3	1,49	25,4	+ 16,3	1,70	24,0	+ 9,5	0,99	7,3	+ 14,6	1,52	23,56
1973	476,7	+ 11,5	114,9	+ 14,1	1,23	31,3	+ 23,1	2,00	25,3	+ 5,3	0,46	8,5	+ 16,6	1,44	24,11
1974	513,6	+ 7,7	122,9	+ 6,9	0,90	36,8	+ 17,5	2,26	26,2	+ 3,4	0,44	8,2	- 3,2	- 0,46	23,93
1975	536,0	+ 4,4	123,8	+ 0,7	0,16	36,4	- 1,1	- 0,25	27,7	+ 5,7	1,31	8,8	+ 6,7	1,53	23,09
1976	583,9	+ 8,9	137,0	+ 10,7	1,19	41,2	+ 13,2	1,48	29,9	+ 8,1	0,91	9,3	+ 5,8	0,65	23,46
1977	623,7	+ 6,8	153,2	+ 11,8	1,74	46,4	+ 12,6	1,85	32,1	+ 7,2	1,06	9,8	+ 5,9	0,86	24,56
1978	669,3	+ 7,3	163,2	+ 6,5	0,89	47,0	+ 1,4	0,19	37,5	+ 16,9	2,31	10,5	+ 6,7	0,91	24,38
1979	722,5	+ 7,9	175,4	+ 7,5	0,94	49,6	+ 5,5	0,69	43,1	+ 14,9	1,88	10,8	+ 3,3	0,42	24,27
1980	766,6	+ 6,1	186,1	+ 6,1	1,00	57,0	+ 14,9	2,45	47,8	+ 11,0	1,80	10,9	+ 1,0	0,16	24,28
1981	800,2	+ 4,4	189,3	+ 1,7	0,39	59,6	+ 4,5	1,02	50,0	+ 4,6	1,06	11,3	+ 3,9	0,89	23,66
1982	831,8	+ 3,9	193,6	+ 2,2	0,57	63,1	+ 5,9	1,49	50,0	- 0,1	- 0,02	11,7	+ 3,0	0,75	23,27
1983	872,2	+ 4,9	202,7	+ 4,7	0,97	65,9	+ 4,4	0,91	54,1	+ 8,3	1,72	11,9	+ 2,2	0,45	23,24
1984	915,0	+ 4,9	212,0	+ 4,6	0,93	69,7	+ 5,8	1,18	56,5	+ 4,4	0,89	12,3	+ 3,0	0,61	23,17
1985	955,3	+ 4,4	223,5	+ 5,4	1,23	75,5	+ 8,3	1,88	56,2	- 0,6	- 0,15	12,5	+ 2,0	0,46	23,39
1986	1.010,2	+ 5,7	231,4	+ 3,5	0,61	77,8	+ 3,1	0,54	56,8	+ 1,2	0,21	13,1	+ 4,6	0,80	22,90
1987	1.043,3	+ 3,3	239,5	+ 3,5	1,08	83,9	+ 7,8	2,39	60,7	+ 6,9	2,10	13,4	+ 1,9	0,59	22,96
1988	1.098,5	+ 5,3	249,6	+ 4,2	0,79	85,6	+ 2,0	0,38	63,0	+ 3,8	0,71	13,8	+ 3,4	0,65	22,72
1989	1.168,3	+ 6,4	273,7	+ 9,7	1,52	93,0	+ 8,6	1,35	67,2	+ 6,6	1,05	16,9	+ 21,9	3,45	23,43
1990 ³⁾	1.274,9	+ 9,1	281,1	+ 2,7	0,29	90,8	- 2,3	- 0,29	75,5	+ 12,2	1,34	17,7	+ 5,0	0,55	22,05
Durchschnitt 1971 - 1990	.	+ 6,6	.	+ 6,6	0,99	.	+ 8,4	1,27	.	+ 7,0	1,05	.	+ 5,7	0,85	23,40
1991 ⁴⁾	1.534,6	+ 20,4	338,4	+ 20,4	1,00	109,5	+ 20,6	1,01	91,9	+ 21,8	1,07	24,2	+ 36,6	1,80	22,05
1992	1.646,6	+ 7,3	374,1	+ 10,5	1,44	126,4	+ 15,5	2,12	101,1	+ 10,0	1,38	28,2	+ 16,7	2,29	22,72
1993	1.694,4	+ 2,9	383,0	+ 2,4	0,82	131,9	+ 4,3	1,49	110,6	+ 9,4	3,24	28,8	+ 2,0	0,69	22,60
1994	1.780,8	+ 5,1	402,0	+ 4,9	0,97	136,3	+ 3,3	0,65	120,5	+ 9,0	1,76	32,6	+ 13,4	2,63	22,57
1995	1.848,5	+ 3,8	416,3	+ 3,6	0,94	144,5	+ 6,1	1,60	120,0	- 0,5	- 0,12	33,2	+ 1,6	0,43	22,52
1996	1.876,2	+ 1,5	409,0	- 1,8	- 1,17	128,5	- 11,1	- 7,42	121,3	+ 1,1	0,73	34,9	+ 5,2	3,46	21,80
1997	1.915,6	+ 2,1	407,6	- 0,4	- 0,17	127,1	- 1,0	- 0,49	123,2	+ 1,6	0,74	33,7	- 3,3	- 1,57	21,28
1998	1.965,4	+ 2,6	425,9	+ 4,5	1,73	132,1	+ 3,9	1,49	127,9	+ 3,9	1,49	34,1	- 1,0	- 0,39	21,67
1999	2.012,0	+ 2,4	453,1	+ 6,4	2,69	133,8	+ 1,3	0,56	137,2	+ 7,2	3,04	36,4	+ 6,9	2,91	22,52
2000	2.062,5	+ 2,5	467,3	+ 3,1	1,25	135,7	+ 1,4	0,57	140,9	+ 2,7	1,08	37,8	+ 3,8	1,51	22,65
2001	2.113,2	+ 2,5	446,2	- 4,5	- 1,83	132,6	- 2,3	- 0,93	138,9	+ 1,4	0,56	40,7	+ 7,6	3,08	21,12
2002	2.143,2	+ 1,4	441,7	- 1,0	- 0,72	132,2	- 0,3	- 0,23	138,2	- 0,5	- 0,37	42,2	+ 3,7	2,60	20,61
2003	2.163,8	+ 1,0	442,1	+ 0,1	0,09	133,1	+ 0,7	0,71	137,0	- 0,9	- 0,90	43,2	+ 2,4	2,45	20,43
2004	2.210,9	+ 2,2	442,8	+ 0,2	0,08	123,9	- 6,9	- 3,17	137,4	- 0,3	- 0,12	41,8	- 3,3	- 1,50	20,03
2005	2.243,2	+ 1,5	452,0	+ 2,1	1,42	118,9	- 4,0	- 2,75	139,7	+ 1,7	1,17	40,1	- 4,0	- 2,75	20,15
2006	2.321,5	+ 3,5	488,4	+ 8,0	2,30	122,6	+ 3,1	0,89	146,7	+ 5,0	1,43	39,9	- 0,5	- 0,13	21,04
2007	2.422,9	+ 4,4	538,2	+ 10,2	2,34	131,8	+ 7,5	1,71	169,6	+ 15,6	3,58	39,0	- 2,4	- 0,55	22,21
2008	2.492,0	+ 2,9	561,2	+ 4,3	1,50	141,9	+ 7,7	2,69	176,0	+ 3,7	1,31	39,2	+ 0,8	- 0,26	22,52
Durchschnitt 1992 - 2008	.	+ 2,9	.	+ 3,0	1,04	.	+ 1,5	0,53	.	+ 3,9	1,35	.	+ 2,9	1,00	21,69

¹⁾ In jeweiligen Preisen, Stat. Bundesamt, AK VGR; nach Revision 2005; Stand: Februar 2009.

²⁾ Stat. Bundesamt, Finanzen und Steuern, Fachserie 14 Reihe 4.

³⁾ Bezogen auf das frühere Bundesgebiet; die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen ist wegen der Interdependenzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern eingeschränkt.

⁴⁾ Die Daten ab 1991 betreffen das gesamte Bundesgebiet. Die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist daher eingeschränkt.

Auch die Aufkommenselastizitäten der einkommensabhängigen Steuern lagen in den neuen Ländern zunächst weit über dem Westniveau. Ursache dafür war u. a. die Angleichung des Lohnniveaus und das damit verbundene Hineinwachsen von immer mehr Einkommensbeziehern in die Steuerpflicht sowie in höhere Grenzsteuersätze.

Die hohen Ausschläge in den Elastizitäten spiegeln darüber hinaus die Vielzahl der seit Beginn der 90er Jahre in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen wider. Zu nennen sind z. B. die Erhöhung des Grundfreibetrages zur Freistellung des Existenzminimums und die Verrechnung des Kindergeldes mit dem Lohnsteueraufkommen bei gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes durch das Jahressteuergesetz 1996 oder die Tarifsenkungen durch das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (2001).

Anhebungen des Umsatzsteuernormalsatzes ließen die Elastizität der Steuern vom Umsatz in den Jahren 1993, 1998/99 und 2007 in die Höhe schießen. Bei der Energiesteuer sind erhöhungsbedingte Ausschläge in den Jahren 1992, 1994 und 1999 - 2003 sichtbar. Die negativen Elastizitäten der Jahre 2004 - 2008 sind das Ergebnis von Absatzrückgängen, die z. T. auf Ausweichreaktionen zurückzuführen sein dürften. Insbesondere im grenznahen Bereich führten die hohen Benzinpreise zu vermehrtem "Tanktourismus".

3.3 Arbeitskreis "Steuerschätzungen" und dessen "Länderausschuss"

Eine wichtige Informationsquelle und Basis für die Steuerschätzung des Landes sind die Ergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen", der sich im Jahr 1955 konstituiert hat. Er ist ein politisch unabhängiger Kreis von Sachverständigen, der in der Regel zweimal jährlich tagt und für jede in der Bundesrepublik erhobene Steuerart (mit Ausnahme der Kirchensteuer) eine Schätzung vornimmt. Im Mai erfolgt eine mittelfristige Schätzung für den Zeitraum der anstehenden Mittelfristigen Finanzplanung. Im Herbst - vor der abschließenden Lesung des Bundeshaushalts - werden die Steuereinnahmen für das jeweils laufende und für das kommende Haushaltsjahr noch einmal überprüft.

Dem Arbeitskreis gehören der Vertreter des Bundesministers der Finanzen (Vorsitzender), Vertreter des Bundesministers für Wirtschaft und Techno-

logie, Vertreter der Finanzminister/-innen bzw. -senatoren der Länder, der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände, des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank, des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute an.

Wichtigstes Ziel bei der Gründung des Arbeitskreises im Jahr 1955 war, die Vorausschätzung der Steuereinnahmen auf möglichst einheitliche Annahmen und Methoden zu stützen und die Schätzung der zu erwartenden Steuereinnahmen aus der politischen Diskussion zu nehmen.

Gemeinsame Basis für alle im Arbeitskreis vorgelegten Schätzvorschläge sind die vom Arbeitskreis "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung" beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erarbeiteten Grundannahmen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Bundesgebiet. Diese Vorgaben der Bundesregierung sind die Basis für alle im Arbeitskreis vorgelegten Schätzvorschläge und haben damit erheblichen Einfluss auf das Ergebnis der Schätzung. Dabei haben die kurzfristigen Konjunkturprognosen der Bundesregierung immer im direkten Vergleich zu den Frühjahrs- bzw. Herbstgutachten großer Wirtschaftsforschungsinstitute gestanden, die ja ebenfalls Vertreter in den Arbeitskreis entsenden.

Im Frühjahr 2008 gaben die Wirtschaftsforschungsinstitute im Rahmen ihrer Gemeinschaftsdiagnose erstmals auch eine mittelfristige Prognose ab. Besondere Probleme entstehen bei der zeitlichen Vorhersage von konjunkturellen Umbrüchen. Mittelfristig können deshalb lediglich modellhafte Szenarien abgeleitet werden. Bei den mittelfristigen Vorgaben der Bundesregierung handelt es sich daher um Projektionen. Sie zeichnen die angestrebte und für erreichbar gehaltene Entwicklung auf. Die Bestrebungen der Finanzpolitiker nach möglichst realitätsnahen Steuerschätzungen konkurrieren somit mit der von den Wirtschaftspolitikern gewünschten Signalwirkung positiver Projektionen.

Gerade bei der mittelfristigen Steuerschätzung können sich hohe Fehlerquoten ergeben. Im beginnenden wirtschaftlichen Abschwung besteht die Tendenz, die Steuereingänge zu überschätzen. Umgekehrt, in Jahren mit aufwärts gerichtetem Wirtschaftswachstum, unterschätzen die Modelle zu meist die tatsächliche Entwicklung.

Auch die in die Schätzung eingehenden Wirkungen der jeweils aktuellen Steuerrechtsänderungen legt die Bundesregierung vor. Solange die Wirkungen der Rechtsänderungen noch nicht in die statistische Datenbasis für die Steuerschätzung eingegangen sind, werden i. d. R. die Schätzungen der entsprechenden Mehr- oder Mindereinnahmen des Bundesfinanzministeriums übernommen. Ausnahmen gab es bisher nur in den Fällen, in denen aus der tatsächlichen Entwicklung der Steuereinnahmen Fehlschätzungen offen zu Tage traten. Dies geschieht äußerst selten, da Fehler bei der Kalkulation der Wirkungen von Steuerrechtsänderungen im Allgemeinen in der Gesamtheit der Steuereingänge untergehen.

Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" liefert Prognosen für jede Steuerart. Soweit es die Datenbasis erlaubt, legt er getrennte Schätzungen für das alte und das neue Bundesgebiet vor. Außerdem ordnet der Arbeitskreis seine Steuereinnahmeerwartungen den drei Ebenen der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) zu. Der Bund übernimmt die Ergebnisse des Arbeitskreises - ergänzt um Korrekturposten für von der Bundesregierung geplante, aber noch nicht parlamentarisch verabschiedete Steuerrechtsänderungen - in seinen jeweiligen Haushaltsplan bzw. in die Mittelfristige Finanzplanung.

Zur Ermittlung der zukünftigen Steuereinnahmen eines Landes muss die Summe der Steuereinnahmen der Länder regionalisiert, d. h. auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden. Ein erster Schritt zu dieser Aufteilung ist die sog. Schematische Regionalisierung durch den Länderausschuss "Regionalisierung". Alle vom Grundsatz her nach dem örtlichen Aufkommen verteilten Steuereinnahmen werden anhand der Ist-Eingänge des letzten aktuell verfügbaren 12-Monats-Zeitraums auf die Länder verteilt.

Diese Ergebnisse sind die Basis für eine schematische Verteilung des Umsatzsteueranteils der Länder, die Vorabkalkulation der Zahlungsströme im Länderfinanzausgleich sowie eines Teils der Bundesergänzungszuweisungen.

3.4 Schätzung der Steuereinnahmen auf Landesebene

Die Schematische Regionalisierung wird einheitlich von allen Ländern als eine interne Arbeitsunterlage angesehen. Sie ist eine Basis für die Ableitung der jeweiligen Haushaltsansätze. Sicher ist, dass kein Land die Ergebnisse der Schematischen Regionalisierung ungeprüft übernehmen kann. Im Rah-

men der Finanzautonomie der Länder ist es selbstverständlich, dass eigene Überlegungen über die zukünftigen Entwicklungen in die Steuerschätzung einfließen.

Notwendigkeiten zu Korrekturen ergeben sich zum einen aus dem System der Schematischen Regionalisierung selbst und zum anderen aus den der Steuerschätzung zugrunde liegenden Verfahren.

Zunächst ist zu beachten, dass die Schematische Regionalisierung die einem Land für ein Haushaltsjahr zustehenden Umsatzsteuereinnahmen berechnet. Aufgrund der nachträglichen Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung zwischen den Ländern unterscheiden sich diese Beträge teilweise deutlich von den im entsprechenden Haushaltsjahr kassenmäßig zu buchenden Zahlungsströmen.

Der sog. vorläufige Vollzug der Umsatzsteuer richtet sich nach der 1. Durchführungsverordnung zu § 13 Finanzausgleichsgesetz (FAG). Sie legt den v. H.-Satz fest, den die Zahlerländer täglich aus ihren Umsatzsteueraufkommen für Zwecke des Umsatzsteuerausgleichs (und den Länderfinanzausgleich) an den Bund als Clearingstelle abführen müssen. Der Abführungssatz richtet sich nach den Ist-Ergebnissen der letzten vier abgerechneten Quartale. Den Werten für 2010 liegen damit die Steuereingänge im vierten Quartal 2008 und den ersten drei Quartalen 2009 zugrunde.

Vierteljährlich, jeweils im März, Juni, September und Dezember, wird nach den dann vorliegenden Quartalszahlen abgerechnet. D. h., die Umsatzsteuereinnahmen eines Jahres setzen sich aus dem Abrechnungsbetrag des Vorjahres, den Einnahmen der ersten drei abgerechneten Quartale sowie den Einnahmen nach dem vorläufigen Vollzug für das letzte Quartal zusammen. Gerade durch die niedrige Steuerkraft der neuen Länder ist das Transfer volumen der Umsatzsteuerverteilung erheblich angestiegen. Die Abweichungen zwischen den kassenmäßigen Einnahmen und den dem Land für das entsprechende Haushaltsjahr zustehenden Einnahmen können deshalb durchaus im dreistelligen Millionenbereich liegen.

Auch durch die Zerlegungs- bzw. Clearingverfahren, mit denen eine nicht sachgerechte, d. h. dem Sinn des Prinzips des örtlichen Aufkommens widersprechende Verteilung von Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Zinsabschlag und Feuerschutzsteuer korrigiert wird, können bei einzelnen Ländern erhebliche Einnahmeschwankungen auftreten. Durch den nachgelagerten Ein-

nahmeausgleich zwischen den Ländern ist es in den vergangenen Jahren vermehrt zu teils erheblichen Verwerfungen bei den kassenmäßigen Zuflüssen gekommen. Verstärkt wurde dieser Effekt durch den zunehmenden Einfluss von Großunternehmen auf das Steueraufkommen.

Weitere Gründe, die Ergebnisse der Schematischen Regionalisierung für Zwecke der eigenen Steuerschätzung zu überarbeiten, sind:

- Die Steuerschätzung wird i. d. R. nach geltendem Rechtsstand durchgeführt. Anstehende, aber noch nicht endgültig beschlossene Steuerrechtsänderungen können folglich auch von der Schematischen Regionalisierung nicht berücksichtigt werden.
- Zeitlich befristete Sonderentwicklungen in einzelnen Ländern können zu erheblichen strukturellen Verzerrungen im Einnahmegefüge aller Länder führen. Da jedoch erhebliche Schwierigkeiten bestehen, Sondereffekte einheitlich zu definieren, insbesondere für alle Länder verbindliche Größenvorgaben festzulegen, werden die Regionalisierungsgrundlagen i. d. R. nicht um derartige Effekte bereinigt.
- Die Schätzverfahren des Arbeitskreises basieren wie erläutert auf gesamtwirtschaftlichen Modellen. Isolierte Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder werden nicht erstellt. Auch eine realistische Prognose der bundesweiten wirtschaftlichen Entwicklung muss nicht für jedes einzelne Land in gleichem Maße zutreffen. Hier müssen unterschiedliche wirtschaftliche Tendenzen berücksichtigt werden. Auch Sonderentwicklungen einzelner Länder können von den auf einer historischen Datenbasis aufbauenden Modellen keinen Niederschlag finden.

3.5 Zuverlässigkeit der Schätzergebnisse in Nordrhein-Westfalen

Eine Gegenüberstellung der im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen ausgewiesenen Schätzergebnisse und der tatsächlichen Ist-Einnahmen der Jahre 1961 - 2008 (Übersicht 2) zeigt, dass es neben Überschätzungen auch weit hinter der Ist-Entwicklung zurückgebliebene Veranschlagungen gegeben hat. Die Fehlerquote reicht von + 10,1 v. H. (1969) bis - 8,1 v. H. (2001).

Da das Haushaltssoll nicht in allen Jahren während des Haushaltsvollzugs durch Nachträge an die Ist-Entwicklung angepasst worden ist, sind die Soll-Ist-Abweichungen nur eingeschränkt vergleichbar. Dennoch macht ein Vergleich der Fehlerquoten der Steuerschätzung mit der Konjunkturentwicklung deutlich, dass nicht nur die tatsächliche Steuereinnahmeentwicklung, sondern auch ihre Schätzung vom Konjunkturverlauf geprägt wird. Dies gilt besonders für die 60er und 70er Jahre, in denen die Konjunkturzyklen klar abgrenzbar waren, für das Ende der 80er Jahre und den Anfang der 90er Jahre, aber auch für die Jahre 2006 und 2007. Im beginnenden wirtschaftlichen Abschwung wurden die Steuereingänge häufig überschätzt, während die Einnahmen in Jahren mit aufwärts gerichteter Wirtschaftsentwicklung oft zu niedrig veranschlagt wurden.

Übersicht 2

**Vergleich der im Landeshaushaltsplan ausgewiesenen Schätzergebnisse
(Haushaltsansätze) mit der tatsächlichen Steuereinnahmentwicklung
der Jahre 1961 bis 2008**

Jahr	Haushaltssoll		Haushaltsist			
	- Mio. EUR -	Veränd. z. Vorj. - v. H. -	- Mio. EUR -	Veränd. z. Vorj. - v. H. -	Differenz zum Soll	
					- Mio. EUR -	- v. H. -
1	2	3	4	5	6	7
1961	3.775,7	x	4.074,3	x	+ 298,5	+ 7,9
1962	4.810,1	+ 27,4	4.539,7	+ 11,4	- 270,5	- 5,6
1963	4.855,2	+ 0,9	4.530,9	- 0,2	- 324,3	- 6,7
1964	4.837,2	- 0,4	4.912,6	+ 8,4	+ 75,4	+ 1,6
1965	5.154,7	+ 6,6	5.149,2	+ 4,8	- 5,5	- 0,1
1966	5.704,4	+ 10,7	5.379,0	+ 4,5	- 325,4	- 5,7
1967	5.859,6	+ 2,7	5.547,9	+ 3,1	- 311,6	- 5,3
1968	5.668,8	- 3,3	5.974,0	+ 7,7	+ 305,2	+ 5,4
1969	6.349,4	+ 12,0	6.989,2	+ 17,0	+ 639,8	+ 10,1
1961/1969	47.015,2	+ 6,7	47.096,9	+ 7,0	+ 81,7	+ 0,2
1970	7.482,8	+ 17,9	7.485,5	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0
1971	8.254,8	+ 10,3	8.343,8	+ 11,5	+ 89,0	+ 1,1
1972	9.476,8	+ 14,8	9.772,5	+ 17,1	+ 295,7	+ 3,1
1973	10.875,2	+ 14,8	11.163,0	+ 14,2	+ 287,9	+ 2,6
1974	12.772,1	+ 17,4	12.291,6	+ 10,1	- 480,5	- 3,8
1975	11.759,7	- 7,9	11.941,0	- 2,9	+ 181,3	+ 1,5
1976	12.782,3	+ 8,7	13.394,5	+ 12,2	+ 612,2	+ 4,8
1977	14.674,1	+ 14,8	14.972,4	+ 11,8	+ 298,3	+ 2,0
1978	15.788,7	+ 7,6	15.961,7	+ 6,6	+ 173,0	+ 1,1
1979	16.596,5	+ 5,1	17.268,9	+ 8,2	+ 672,4	+ 4,1
1970/1979	120.462,9	+ 10,1	122.595,0	+ 9,5	+ 2.132,0	+ 1,8
1980	18.202,0	+ 9,7	18.102,8	+ 4,8	- 99,2	- 0,5
1981	18.554,8	+ 1,9	17.935,9	- 0,9	- 618,9	- 3,3
1982	18.906,6	+ 1,9	18.466,7	+ 3,0	- 439,8	- 2,3
1983	19.086,5	+ 1,0	19.263,2	+ 4,3	+ 176,7	+ 0,9
1984	20.142,5	+ 5,5	20.081,8	+ 4,2	- 60,7	- 0,3
1985	21.218,6	+ 5,3	20.970,5	+ 4,4	- 248,1	- 1,2
1986	22.113,4	+ 4,2	22.271,5	+ 6,2	+ 158,1	+ 0,7
1987	23.499,0	+ 6,3	23.136,5	+ 3,9	- 362,5	- 1,5
1988	23.723,9	+ 1,0	24.190,1	+ 4,6	+ 466,2	+ 2,0
1989	25.053,3	+ 5,6	26.831,9	+ 10,9	+ 1.778,6	+ 7,1
1980/1989	210.500,6	+ 4,2	211.251,0	+ 4,5	+ 750,5	+ 0,4
1990	26.331,5	+ 5,1	27.108,5	+ 1,0	+ 777,0	+ 3,0
1991	27.866,4	+ 5,8	28.703,0	+ 5,9	+ 836,6	+ 3,0
1992	30.677,5	+ 10,1	31.319,0	+ 9,1	+ 641,5	+ 2,1
1993	32.037,5	+ 4,4	32.005,4	+ 2,2	- 32,1	- 0,1
1994	32.671,6	+ 2,0	32.280,8	+ 0,9	- 390,7	- 1,2
1995	33.888,4	+ 3,7	33.914,7	+ 5,1	+ 26,3	+ 0,1
1996	34.933,7	+ 3,1	33.931,1	+ 0,0	- 1.002,6	- 2,9
1997	34.545,4	- 1,1	33.373,4	- 1,6	- 1.172,0	- 3,4
1998	34.842,0	+ 0,9	35.075,4	+ 5,1	+ 233,4	+ 0,7
1999	36.425,5	+ 4,5	36.830,5	+ 5,0	+ 405,0	+ 1,1
1990/1999	324.219,5	+ 3,8	324.541,8	+ 3,2	+ 322,3	+ 0,1
2000	37.707,8	+ 3,5	37.796,9	+ 2,6	+ 89,1	+ 0,2
2001	36.609,0	- 2,9	33.639,1	- 11,0	- 2.969,9	- 8,1
2002	36.783,0	+ 0,5	35.923,8	+ 6,8	- 859,2	- 2,3
2003	34.695,0	- 5,7	33.398,5	- 7,0	- 1.296,5	- 3,7
2004	33.900,0	- 2,3	33.912,0	+ 1,5	+ 12,0	+ 0,0
2005	34.340,0	+ 1,3	34.700,7	+ 2,3	+ 360,7	+ 1,1
2006	36.445,0	+ 6,1	37.043,8	+ 6,8	+ 598,8	+ 1,6
2007	40.250,0	+ 10,4	40.522,9	+ 9,4	+ 272,9	+ 0,7
2008	41.880,0	+ 4,0	42.118,2	+ 3,9	+ 238,2	+ 0,6
2000/2008	332.609,8	+ 1,4	329.055,8	+ 1,4	- 3.554,0	- 1,1
1961/2008	1.034.808,0	+ 5,3	1.034.540,5	+ 5,1	- 267,5	- 0,0

1993 bis 1995: Bruttoveranschlagung der Beiträge des Landes zum Fonds "Deutsche Einheit".

Seit Anfang der 90er Jahre erschwerten außerdem häufige Änderungen des Steuerrechts, deren Folgewirkungen und steuertechnische Behandlung zunehmend die Prognosen. Dies gilt besonders für Rechtsänderungen, die zu Verhaltensänderungen der Steuerpflichtigen führen. Ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Einnahmen sind im Voraus kaum zuverlässig zu prognostizieren, da die Reaktionen der Steuerzahler in der Regel nicht konkret zu erfassen sind. Steuerschätzungen müssen deshalb mit Verhaltenshypothesen arbeiten.

Der Vergleich zwischen den Ansätzen im Landeshaushalt und der tatsächlichen Einnahmeentwicklung macht den Vorbehalt deutlich, unter dem Steuervorausschätzungen stehen, und zeigt, mit welchen Einschränkungen sie der haushaltsrechtlich gestellten Forderung nach Genauigkeit nachkommen.

Die Schwierigkeiten der Steuerschätzung nehmen mit zeitlichem Abstand zur Schätzperiode zu. Für den mittelfristigen Zeitraum muss die Prognose deshalb eher als eine Tendenzaussage angesehen werden, die lediglich unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen gilt und deren absolute Höhe sich z. B. schon dann ändert, wenn das Aufkommen im Basisjahr zu hoch oder zu niedrig prognostiziert wurde.

4. Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

4.1 Koordinierung der Haushalte und Finanzplanungen der Gebietskörperschaften im Finanzplanungsrat

Der Finanzplanungsrat hat nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) die Hauptaufgabe, Empfehlungen für eine Koordinierung der Finanzplanungen des Bundes, der Länder und der Kommunen zu geben. Auf diese Weise sollen die Aufstellung und der Vollzug der Haushalte aller staatlichen Ebenen eine an gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientierte Ausrichtung erfahren. Die Koordinierungsfunktion des Finanzplanungsrates ist jedoch durch die verfassungsrechtlich garantierte Selbstständigkeit der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern begrenzt.

Der Finanzplanungsrat tritt jährlich i. d. R. jeweils im Frühsommer und im Spätherbst zu Beratungen zusammen. Den Vorsitz des Gremiums führt der Bundesminister der Finanzen. Weitere Mitglieder sind der für den Bereich

Wirtschaft zuständige Bundesminister, die Finanzminister bzw. zuständigen -senatoren aller 16 Länder sowie Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände. An den Beratungen nimmt darüber hinaus ein Vertreter der Deutschen Bundesbank regelmäßig als Gast teil.

Eine besondere Bedeutung hat die Koordinierungsfunktion in Zusammenhang mit den EU-rechtlichen Vorgaben zur Gewährleistung solider mitgliedstaatlicher Finanzen erhalten. Durch die Mitte 2002 in Kraft getretene Neuregelung des § 51 a HGrG ist dem Finanzplanungsrat eine zentrale Rolle in dem innerstaatlichen Verfahren zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zugewiesen worden. So kann der Finanzplanungsrat z. B. Empfehlungen zu einer gemeinsam anerkannten Ausgabenlinie geben, etwa zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Begrenzung des Ausgabenwachstums. Soweit die Haushaltsdisziplin von Bund und Ländern einschließlich ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände nicht den EU-rechtlichen Vorgaben entspricht, kann er zudem konkrete Empfehlungen zu deren Wiederherstellung aussprechen, die dann die Richtschnur für die Haushalts- und Finanzplanungen der betroffenen Gebietskörperschaften bilden. Insoweit ist das im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zwischen den Mitgliedstaaten vereinbarte Verfahren im Falle eines Auftretens übermäßiger Defizite auf den innerstaatlichen Kontext übertragen worden.

Die jüngste Sitzung des Finanzplanungsrates fand am 08.07.2009 statt. Erörtert wurden die gesamtwirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen bei der Gestaltung der Haushaltspläne 2010 und der Mittelfristigen Finanzplanungen bis 2013 sowie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich der dazu notwendigen gemeinsamen Konsolidierungsbemühungen aller staatlichen Ebenen. Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch über aktuelle finanz- und steuerpolitische Themen statt.

In den Jahren 2007 und 2008 war der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in der Maastrichtabgrenzung nahezu ausgeglichen. Mit dem drastischen wirtschaftlichen Einbruch hat sich die Lage der öffentlichen Haushalte jedoch grundlegend verschlechtert. Konjunkturelle Mindereinnahmen und Mehrausgaben sowie Haushaltsbelastungen durch die Konjunkturpakete I und II hinterlassen tiefe Spuren. Das Defizitkriterium des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird 2009 und 2010 wieder verletzt werden. Die

Europäische Kommissionen erwartet einen Anstieg der deutschen Defizitquote im Jahr 2009 auf - 3,9 v. H. und in 2010 auf - 5,9 v. H.

Die Mitglieder des Finanzplanungsrates sehen angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage keine Alternative zu dieser expansiven Finanzpolitik. In ihrer Pressemitteilung betonen sie jedoch, dass auf mittlere Sicht kein Weg an einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung vorbeiführt. Zur Einhaltung der jüngst beschlossenen neuen verfassungsrechtlichen Verschuldungsgrenzen sowie der Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes muss ab 2011 der finanzpolitische Kurs strikter Haushaltskonsolidierung bei Bund, Ländern und Kommunen verstärkt fortgesetzt werden.

4.2 Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen

4.2.1 Beteiligungsverhältnis an der Umsatzsteuer

Die Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen ergeben sich aus § 1 Abs. 1 Finanzausgleichsgesetz. Ab 2007 erhält der Bund zunächst einen Vorabanteil zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Dieser beträgt in 2007 3,89 v. H., in 2008 4,42 v. H. und ab 2009 4,45 v. H. des Umsatzsteueraufkommens. Vom verbleibenden Aufkommen erhält der Bund dann einen Anteil (2007 5,15 v. H. und ab 2008 5,05 v. H.) für den Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung. Vom danach verbleibenden Aufkommen erhalten die Gemeinden einen Anteil von 2,2 v. H.

Vom restlichen Aufkommen stehen dem Bund 2007 49,68 v. H., ab 2008 49,7 v. H., jeweils zzgl. eines Umsatzsteuerfestbetrages (für 2007 und 2008 i. H. v. 2,263 Mrd. EUR, 2009: 934 Mio. EUR, 2010: 1,092 Mrd. EUR, 2011: 2,065 Mrd. EUR, 2012: 1,763 Mrd. EUR und 2013: 1,563 Mrd. EUR) zu. Die Länder erhalten in 2007 50,32 v. H., ab 2008 50,3 v. H., jeweils abzüglich der vorgenannten Umsatzsteuerfestbeträge. Über den Umsatzsteuerfestbetrag werden finanzielle Auswirkungen aus diversen gesetzlichen Regelungen zwischen dem Bund und den Ländern ausgeglichen (**Übersicht 3**).

Entwicklung des Umsatzsteuerfestbetrags gemäß § 1 FAG ab 2005

Stand: 15. Juni 2009

Jahr	Festbetrag in EUR	Maßnahme	
		<u>Zu Gunsten des Bundes</u>	<u>Zu Gunsten der Länder</u>
2005 und 2006	2.322.712.000	<ul style="list-style-type: none"> a) 1.322,712 Mio. EUR Artikel 5 des Gesetzes zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds "Deutsche Einheit" (Solidarpaktfortführungsgesetz - SFG) vom 20.12.2001, BGBl. I S. 3955 [Abfinanzierung Fonds "Deutsche Einheit"] b) 1.000 Mio. EUR Artikel 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003, BGBl. I S. 2954 [Hartz IV] 	
2007 und 2008	2.262.712.000	<ul style="list-style-type: none"> a) 1.322,712 Mio. EUR Artikel 5 des Gesetzes zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds "Deutsche Einheit" (Solidarpaktfortführungsgesetz - SFG) vom 20.12.2001, BGBl. I S. 3955 [Abfinanzierung Fonds "Deutsche Einheit"] b) 1.000 Mio. EUR Artikel 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003, BGBl. I S. 2954 [Hartz IV] 	<ul style="list-style-type: none"> c) 60 Mio. EUR Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HBegLG 2006) vom 29.06.2006, BGBl. I S. 1402 [Kompensation für Einnahmeausfälle der Länder bei der Spielbankabgabe, die sich aus der Umsatzbesteuerung gewerblicher Glücksspiele ergeben]
2009	933.712.000	<ul style="list-style-type: none"> a) 1.322,712 Mio. EUR Artikel 5 des Gesetzes zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds "Deutsche Einheit" (Solidarpaktfortführungsgesetz - SFG) vom 20.12.2001, BGBl. I S. 3955 [Abfinanzierung Fonds "Deutsche Einheit"] b) 1.000 Mio. EUR Artikel 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003, BGBl. I S. 2954 [Hartz IV] 	<ul style="list-style-type: none"> c) 60 Mio. EUR Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HBegLG 2006) vom 29.06.2006, BGBl. I S. 1402 [Kompensation für Einnahmeausfälle der Länder bei der Spielbankabgabe, die sich aus der Umsatzbesteuerung gewerblicher Glücksspiele ergeben] d) 100 Mio. EUR Artikel 2 des Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG) vom 10.12.2008, BGBl. I S.2403 e) 435 Mio. EUR Artikel 3 des Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" vom 21.12.2008, BGBl. I S. 2896 [Senkung Kfz-Steuer] f) 794 Mio. EUR Artikel 8 des Gesetzes zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz - FamLeistG) vom 22.12.2008, BGBl. I S. 2955 [VA-Ergebnis zum Ausgleich der Kindergelderhöhung ab 01.01.2009]
2010	1.091.712.000	<ul style="list-style-type: none"> a) 1.322,712 Mio. EUR Artikel 5 des Gesetzes zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds "Deutsche Einheit" (Solidarpaktfortführungsgesetz - SFG) vom 20.12.2001, BGBl. I S. 3955 [Abfinanzierung Fonds "Deutsche Einheit"] b) 1.000 Mio. EUR Artikel 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003, BGBl. I S. 2954 [Hartz IV] g) 325 Mio. EUR Artikel 7 des Gesetzes zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze (Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz - KraftStÄndG) vom 29.05.2009, BGBl. I S. 1170 [Korrektur des ursprünglichen Ausgleichs für die Senkung der Kfz-Steuer im Rahmen des Konjunkturpaketes I wegen Übertragung der Ertragskompetenz für die Kfz-Steuer auf den Bund ab dem 01.07.2009] 	<ul style="list-style-type: none"> c) 60 Mio. EUR Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HBegLG 2006) vom 29.06.2006, BGBl. I S. 1402 [Kompensation für Einnahmeausfälle der Länder bei der Spielbankabgabe, die sich aus der Umsatzbesteuerung gewerblicher Glücksspiele ergeben] d) 200 Mio. EUR Artikel 2 des Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG) vom 10.12.2008, BGBl. I S.2403 e) 135 Mio. EUR Artikel 3 des Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" vom 21.12.2008, BGBl. I S. 2896 [Senkung Kfz-Steuer] f) 281 Mio. EUR Artikel 8 des Gesetzes zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz - FamLeistG) vom 22.12.2008, BGBl. I S. 2955 [VA-Ergebnis zum Ausgleich der Kindergelderhöhung ab 01.01.2009] h) 880 Mio. EUR Artikel 4 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland [Ausgleich der finanziellen Belastungen der Länder für Kinderbonus im Rahmen des Konjunkturpaketes II] vom 02.03.2009, BGBl. I S. 416

Entwicklung des Umsatzsteuerfestbetrags gemäß § 1 FAG ab 2005

Stand: 15. Juni 2009

Jahr	Festbetrag in EUR	Maßnahme	
2011	2.064.712.000	<p>a) 1.322,712 Mio. EUR Artikel 5 des Gesetzes zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds "Deutsche Einheit" (Solidarpaktfortführungsgesetz - SFG) vom 20.12.2001, BGBl. I S. 3955 [Abfinanzierung Fonds "Deutsche Einheit"]</p> <p>b) 1.000 Mio. EUR Artikel 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003, BGBl. I S. 2954 [Hartz IV] i. V. m. Artikel 32 des Jahressteuergesetzes 2009 (JStG 2009) vom 19.12.2008, BGBl. I S. 2794 [Verlängerung SoBEZ Hartz IV]</p> <p>e) 152 Mio. EUR Artikel 8 des Gesetzes zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz - FamLeistG) vom 22.12.2008, BGBl. I S. 2955 [VA-Ergebnis zum Ausgleich der Kindergelderhöhung ab 01.01.2009]</p>	<p>c) 60 Mio. EUR Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HBegIG 2006) vom 29.06.2006, BGBl. I S. 1402 [Kompensation für Einnahmeausfälle der Länder bei der Spielbankabgabe, die sich aus der Umsatzbesteuerung gewerblicher Glücksspiele ergeben]</p> <p>d) 350 Mio. EUR Artikel 2 des Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG) vom 10.12.2008, BGBl. I S.2403</p>
2012	1.762.712.000	<p>a) 1.322,712 Mio. EUR Artikel 5 des Gesetzes zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds "Deutsche Einheit" (Solidarpaktfortführungsgesetz - SFG) vom 20.12.2001, BGBl. I S. 3955 [Abfinanzierung Fonds "Deutsche Einheit"]</p> <p>b) 1.000 Mio. EUR Artikel 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003, BGBl. I S. 2954 [Hartz IV] i. V. m. Artikel 32 des Jahressteuergesetzes 2009 (JStG 2009) vom 19.12.2008, BGBl. I S. 2794 [Verlängerung SoBEZ Hartz IV]</p>	<p>c) 60 Mio. EUR Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HBegIG 2006) vom 29.06.2006, BGBl. I S. 1402 [Kompensation für Einnahmeausfälle der Länder bei der Spielbankabgabe, die sich aus der Umsatzbesteuerung gewerblicher Glücksspiele ergeben]</p> <p>d) 500 Mio. EUR Artikel 2 des Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG) vom 10.12.2008, BGBl. I S.2403</p>
2013	1.562.712.000	<p>a) 1.322,712 Mio. EUR Artikel 5 des Gesetzes zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds "Deutsche Einheit" (Solidarpaktfortführungsgesetz - SFG) vom 20.12.2001, BGBl. I S. 3955 [Abfinanzierung Fonds "Deutsche Einheit"]</p> <p>b) 1.000 Mio. EUR Artikel 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 29.12.2003, BGBl. I S. 2954 [Hartz IV] i. V. m. Artikel 32 des Jahressteuergesetzes 2009 (JStG 2009) vom 19.12.2008, BGBl. I S. 2794 [Verlängerung SoBEZ Hartz IV]</p>	<p>c) 60 Mio. EUR Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HBegIG 2006) vom 29.06.2006, BGBl. I S. 1402 [Kompensation für Einnahmeausfälle der Länder bei der Spielbankabgabe, die sich aus der Umsatzbesteuerung gewerblicher Glücksspiele ergeben]</p> <p>d) 700 Mio. EUR Artikel 2 des Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG) vom 10.12.2008, BGBl. I S.2403</p>

Im Umsatzsteueranteil der Länder ist für 2007 ein Anteil von 6,32 Prozentpunkten und ab dem Jahr 2008 von 6,3 Prozentpunkten enthalten, der zum Ausgleich ihrer besonderen Belastungen infolge der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs bestimmt ist und einen besonderen Regelkreis neben den allgemeinen Verteilungsgrundsätzen darstellt. Zusätzlich erhalten die Länder über den Umsatzsteuerfestbetrag als Ausgleich für die Mindereinnahmen aufgrund des Familienleistungsgesetzes für 2009 794 Mio. EUR und für 2010 281 Mio. EUR. 2011 hat hingegen der Bund einen Anspruch i. H. v. 152 Mio. EUR.

Die Entwicklung der jeweiligen Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden ab 1995 - 2008 ergibt sich aus der folgenden Tabelle (**Übersicht 4**):

Umsatzsteuer

Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden am Aufkommen der Umsatzsteuer

Stand: 25. Mai 2009

Übersicht 4

Jahr	USt-Aufkommen (brutto)	Vorabanteil Arbeitslosen- versicherung		Vorabanteil Renten- versicherung		Gemeindeanteil		Festbetrag Bund	Bundesanteil		Länderanteil			Bund	Länder	Gemeinden	Summe	
		Mio. EUR	v. H.	Mio. EUR	v. H.	Mio. EUR	v. H.		Mio. EUR	v. H.	Mio. EUR	v. H.	Mio. EUR					davon Kinder- geld-Anteil
														Nettoanteile in v.H. des Umsatzsteueraufkommens				
														v. H.	Festbetrag Bund	Mio. EUR		
1995	119.960								56,00	67.178	44,00	52.783			56,00000000	44,00000000	0,00000000	100,00
1996	121.283								50,50	61.248	49,50	60.035	5,50	6.671	50,50000000	49,50000000	0,00000000	100,00
1997	123.170								50,50	62.201	49,50	60.969	5,50	6.774	50,50000000	49,50000000	0,00000000	100,00
1998	127.932			3,64	4.657	2,2	2.712		50,50	60.885	49,50	59.679	5,50	6.631	51,23124040	46,64883960	2,11992000	100,00
1999	137.156			5,63	7.722	2,2	2.848		50,50	63.926	49,50	62.660	5,50	6.962	52,23839930	45,68546070	2,07614000	100,00
2000	140.871			5,63	7.931	2,2	2.925		50,3	65.333	49,75	64.683	5,75	7.476	52,00766465	45,91619535	2,07614000	100,00
2001	138.935			5,63	7.822	2,2	2.884		50,3	64.435	49,75	63.794	5,75	7.373	52,00766465	45,91619535	2,07614000	100,00
2002	138.195			5,63	7.780	2,2	2.869		49,60	63.263	50,40	64.283	6,40	8.163	51,40775456	46,51610544	2,07614000	100,00
2003	136.996			5,63	7.713	2,2	2.844		49,60	62.714	50,40	63.725	6,40	8.092	51,40775456	46,51610544	2,07614000	100,00
2004	137.366			5,63	7.734	2,2	2.852	- 2.650	49,60	60.233	50,40	66.547	6,40	8.114	49,47860098	48,44525902	2,07614000	100,00
2005	139.712			5,63	7.866	2,2	2.901	2.323	49,60	66.280	50,40	62.666	6,40	8.253	53,07024862	44,85361138	2,07614000	100,00
2006	146.688			5,63	8.259	2,2	3.045	2.323	49,60	69.473	50,40	65.911	6,40	8.665	52,99118779	44,93267221	2,07614000	100,00
2007	169.636	3,89	6.599	5,15	8.396	2,2	3.402	2.263	49,68	77.398	50,32	73.841	6,32	9.558	54,46563752	43,52883511	2,00552737	100,00
2008	175.989	4,42	7.779	5,05	8.495	2,2	3.514	2.263	49,70	79.895	50,30	76.307	6,30	9.841	54,64455163	43,35887775	1,99657062	100,00
2009	174.507	4,45	7.766	5,05	8.420	2,2	3.483	934	49,70	77.888	50,30	76.950	6,30	794	53,90853589	44,09552016	1,99594395	100,00
2010	179.250	4,45	7.977	5,05	8.649	2,2	3.578	1.092	49,70	80.138	50,30	78.909	6,30	281	53,98252353	44,02153252	1,99594395	100,00
2011	182.800	4,45	8.135	5,05	8.821	2,2	3.649	2.065	49,70	82.676	50,30	79.520	6,30	- 152	54,50297152	43,50108453	1,99594395	100,00
2012	187.150	4,45	8.328	5,05	9.031	2,2	3.735	1.763	49,70	84.293	50,30	81.763	6,30	10.462	54,31535041	43,68870564	1,99594395	100,00
2013	191.600	4,45	8.526	5,05	9.245	2,2	3.824	1.563	49,70	86.055	50,30	83.949	6,30	10.710	54,18909087	43,81496518	1,99594395	100,00

Datenbasis:

1995 - 2007: Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern.

2008: Vorläufige Abrechnung des Finanzausgleichs.

2009: Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern.

2010 - 2013: Steuerschätzung Mai 2009.

4.2.2 Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes im Haushaltsplanentwurf 2010

In den Einnahmetiteln des Haushaltsplanentwurfs 2010 (Hauptgruppen 2 und 3) sind rd. 5.782,5 Mio. EUR aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen vorgesehen. Die wichtigsten Leistungen des Bundes einschließlich ihrer voraussichtlichen mittelfristigen Entwicklung sind in der nachstehenden **Übersicht 5** aufgelistet. Für 2010 sind darin rd. 98 v. H. aller vom Land erwarteten Bundesmittel erfasst.

Übersicht 5

Leistungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen nach bedeutenden Einnahmepositionen 2009 bis 2013

Art der Leistung	Kapitel - Titel	Haushaltsplan einschl. Ergänzung zum 2. Nachtrags- entwurf	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		2009 ¹⁾		2010	2011	2012
- Mio. EUR -						
1. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91 a und b GG:						
11 Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	08 030 - 231 61, 331 61	26,9	26,9	26,9	26,9	26,9
12 Verbesserung der Agrarstruktur (einschl. Sonderrahmenplan)	10 080 - alle Titel 231 und 331	41,2	45,9	45,9	45,9	45,9
13 Gemeinsame Forschungsförderung gemäß Artikel 91 b GG (Blaue-Liste-Einrichtungen)	06 030 - 231 11, 331 11	26,9	27,4	27,8	28,7	29,7
14 Forschungsbauten	06 100 - 331 30	25,0	28,0	35,0	35,0	35,0
2. Aufgrund von Geldleistungsgesetzen nach Artikel 104 a Absatz 3 GG:						
21 Aufstiegsfortbildung	05 030 - 231 10	19,1	26,7	26,7	26,7	26,7
22 Ausbildungsförderung im Schulbereich	05 030 - 231 61, 331 61	114,2	114,2	114,2	114,2	114,2
23 Ausbildungsförderung im Hochschulbereich	06 027 - 231 62, 331 62	247,7	247,7	247,7	247,7	247,7
24 Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	11 025 - 231 10	960,0	960,0	960,0	960,0	960,0
25 Beteiligung des Bundes an den Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	11 025 - 231 20	109,9	131,0	140,3	149,6	149,6
26 Wohngeld	14 050 - 231 10	184,0	168,1	168,1	168,1	168,1
27 Unterhaltsvorschussgesetz	15 055 - 231 10	71,4	69,3	69,3	69,3	69,3
3. Als Finanzhilfen nach Artikel 104 a Absatz 4 GG:						
31 Zuweisungen für den Wohnungsbau (einschl. Aussiedlerwohnungsbau)	14 050 - 331 70	97,1	97,1	97,1	97,1	97,1
32 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen/ Stadtbau West	14 500 - 331 10	36,9	39,0	39,0	39,0	39,0
33 Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt	14 500 - 331 12	19,9	22,0	22,0	22,0	22,0
34 Innenentwicklung der Städte und Gemeinden	14 500 - 331 14	2,7	5,4	5,4	5,4	5,4
35 Energetische Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	14 500 - 331 15	11,2	31,1	31,0	19,3	9,6
36 Städtebaulicher Denkmalschutz West	14 500 - 331 16	--	2,5	2,1	2,5	2,1
37 Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (ÖPNV) nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und nach dem Entflechtungsgesetz	14 110 - 331 10, 331 12	212,8	221,7	210,0	199,7	181,7
38 Finanzhilfen des Bundes nach dem GVFG (kommunaler Straßenbau)	14 140 - 331 10	129,8	129,8	129,8	129,8	129,8
4. Sonstige:						
41 Kompensation infolge der Übertragung der Ertragshoheit für die Kraftfahrzeugsteuer von den Ländern auf den Bund gemäß Artikel 106 b GG	14 110 - 231 10	967,6	1.903,5	1.903,5	1.903,5	1.903,5
42 Regionalisierungsgesetz	14 110 - 231 10	1.067,8	1.083,8	1.100,0	1.116,5	1.133,3
43 Erstattung von Entschädigungslasten der Wiedergutmachung	03 810 - 231 00	32,6	29,6	27,9	26,3	24,9
44 Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes gemäß Artikel 143 c GG für den Bildungsbereich	05 300 - 231 00	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9
45 Investitionen aus dem Bundesprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" gemäß Artikel 104 b GG	15 040 - 331 00	82,7	81,0	79,4	77,8	76,3
46 Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes gemäß Artikel 143 c GG für den Bildungsbereich - Kompensationsmittel Aus- und Neubau von Hochschulen -	06 100 - 331 40	107,0	107,0	107,0	107,0	107,0
47 Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Hochschulpaktes 2020	06 100 - 231 50	39,4	56,1	76,6	81,3	156,9
Nachgewiesene Leistungen des Bundes insgesamt ¹⁾:		4.638,8	5.659,7	5.697,6	5.704,2	5.766,5

¹⁾ Zusätzlich erhält das Land Nordrhein-Westfalen einmalig in 2009 Zuweisungen i. H. v. 2,133 Mrd. EUR vom Sondervermögen des Bundes "Investitions- und Tilgungsfonds" für Investitionen gemäß § 3 Abs. 1 ZulnvG.

4.3 Horizontale Umsatzsteuerverteilung

Der Länderanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer wird im Gegensatz zu den übrigen Gemeinschaftsteuern nicht nach dem örtlichen Aufkommen verteilt. Art. 107 Abs. 1 Satz 4 GG sieht als grundsätzlichen Verteilungsschlüssel die Einwohnerzahl vor. Lediglich in Höhe eines Teilbetrags, der 25 v. H. des Länderanteils insgesamt nicht übersteigen darf, können finanzschwache Länder vorab sog. Ergänzungsanteile erhalten.

Umsatzsteuer-Ergänzungsanteile

§ 5 des Maßstäbengesetzes (MaßstG) bestimmt diese grundgesetzlich eröffnete Möglichkeit näher: Zur Vermeidung besonders großer Einnahmeunterschiede sollen finanzschwache Länder Ergänzungsanteile erhalten. Gemäß § 2 Finanzausgleichsgesetz sind dies Länder, deren Pro-Kopf-Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuerumlage und den Landessteuern den Länderdurchschnitt nicht erreichen. Die Höhe der Ergänzungsanteile richtet sich nach ihren jeweiligen Fehlbeträgen zum Länderdurchschnitt:

- Fehlbeträge bis 97 v. H. der durchschnittlichen Pro-Kopf-Steuererinnahmen werden zu 95 v. H. aufgefüllt.
- Für die bis zum Durchschnitt verbleibenden Fehlbeträge reduziert sich der Auffüllsatz degressiv von 95 auf 60 v. H.
- Der nach Gewährung der Ergänzungsanteile verbleibende Umsatzsteuer-Länderanteil wird nach Einwohnern verteilt.
- Ergeben sich rechnerisch insgesamt höhere Ergänzungsanteile als 25 v. H. des Umsatzsteuer-Länderanteils insgesamt, müssen diese anteilig auf die Obergrenze von einem Viertel zurückgeführt werden.

Durch diese Vorwegauffüllung kommt es zu einer beträchtlichen Anhebung der Finanzkraft der finanzschwachen Länder. So werden schon im Zuge der Steuerverteilung erhebliche Finanzausgleichswirkungen erzielt. Das anfängliche Steuerkraftgefälle wird dadurch in hohem Maße verringert, so dass der nachfolgende Länderfinanzausgleich entlastet wird. Wegen dieses Ausgleichseffektes wird die gesetzliche Umsatzsteuerverteilung daher häufig als

erste Stufe des Finanzausgleichs bezeichnet, obwohl sie nicht dem Länderfinanzausgleich im engeren Sinne zuzuordnen ist.

Umsatzsteuerausgleich

















Soweit das Erfordernis zur Vorwegauffüllung besteht, werden zwar mindestens 75 v. H., jedoch weniger als 100 v. H. des Umsatzsteuer-Länderanteils nach Einwohnern verteilt. Der zur Vorwegauffüllung benötigte Betrag geht allen Ländern - auch den Begünstigten! - im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl verloren. Somit erhalten alle Länder, die nicht von der Vorwegauffüllung profitieren, automatisch einen Umsatzsteueranteil, der unter ihrer Einwohnerquote liegt. Im Extremfall kann dieser Effekt sogar bei einem begünstigten Land eintreten, nämlich dann, wenn der auf das Land entfallende anteilige Verlust höher ist als die Vorwegauffüllung. Die zuvor dargestellte Einnahmeminderung - Differenz zwischen Einwohneranteil und gesetzlichem Umsatzsteueranteil - infolge vorangegangener Vorwegauffüllung wird als Umsatzsteuerausgleich bezeichnet. Diese transferbedingten Beiträge werden im bundesstaatlichen Finanzausgleich regelmäßig den aufzubringenden Ausgleichsleistungen zugerechnet.

Nordrhein-Westfalen erbringt regelmäßig erhebliche Beiträge im Umsatzsteuerausgleich (**Übersicht 6**). Im Jahr 2008 lag die Steuerkraft des Landes (vor Umsatzsteuerausgleich und Länderfinanzausgleich) bei 104,22 v. H. des Länderdurchschnitts. Das Land war somit kein Empfänger von Umsatzsteuerergänzungsanteilen. Das gesamte Volumen der Ergänzungsanteile für die finanzschwachen Länder belief sich im Jahr 2008 auf rd. 12,9 Mrd. EUR. Da dieser Betrag unter den Ländern nicht für eine Verteilung nach Einwohnern zur Verfügung stand, wurde er durch Nordrhein-Westfalen in Höhe seines Einwohneranteils "mitfinanziert". Im Umsatzsteuerausgleich hatte Nordrhein-Westfalen demnach einen Beitrag von rd. 2.813 Mio. EUR (12,9 Mrd. EUR x 21,88 v. H. Einwohneranteil) zu leisten.

Umsatzsteuerausgleich

Beiträge und Zuweisungen im Umsatzsteuerausgleich ab 1995

Stand: 25. Mai 2009

Zeitraum	 NRW	 BY	 BW	 NI	 HE	 SN	 RP	 ST	 SH	 TH	 BB	 MV	 SL	 BE	 HH	 HB	Ausgleichsvolumen
- in Mio. EUR -																	
1995	- 1.645	- 1.102	- 949	- 714	- 553	1.864	- 365	1.315	- 250	1.207	903	829	- 0	- 320	- 157	- 63	+/- 6.119
1996	- 1.876	- 1.259	- 1.084	- 817	- 630	2.140	- 417	1.443	- 286	1.347	1.122	931	- 0	- 363	- 179	- 71	+/- 6.982
1997	- 1.814	- 1.218	- 1.050	- 791	- 609	2.089	- 405	1.416	- 278	1.288	1.099	887	- 25	- 348	- 172	- 68	+/- 6.779
1998	- 1.971	- 1.323	- 1.141	- 861	- 662	2.237	- 441	1.506	- 303	1.357	1.217	968	52	- 375	- 187	- 74	+/- 7.336
1999	- 2.180	- 1.469	- 1.267	- 748	- 733	2.409	- 488	1.618	- 336	1.435	1.349	1.027	82	- 411	- 206	- 81	+/- 7.920
2000	- 2.460	- 1.666	- 1.435	- 540	- 828	2.708	- 551	1.751	- 380	1.597	1.476	1.063	52	- 463	- 234	- 90	+/- 8.647
2001	- 2.179	- 1.484	- 1.276	- 714	- 734	2.438	- 488	1.574	- 338	1.447	1.289	1.069	- 18	- 298	- 208	- 80	+/- 7.818
2002	- 2.278	- 1.559	- 1.341	- 634	- 767	2.487	- 392	1.469	- 354	1.375	1.275	1.022	54	- 56	- 218	- 83	+/- 7.683
2003	- 1.999	- 1.371	- 1.181	- 775	- 673	2.286	- 449	1.457	- 312	1.296	1.237	966	- 40	- 178	- 192	- 73	+/- 7.242
2004	- 2.046	- 1.407	- 1.212	33	- 689	2.085	- 459	1.273	- 320	1.186	1.100	841	- 18	- 96	- 197	- 75	+/- 6.518
2005	- 2.474	- 1.706	- 1.470	487	- 835	2.200	- 443	1.445	- 187	1.188	1.161	909	42	11	- 238	- 91	+/- 7.442
2006	- 2.607	- 1.804	- 1.552	397	- 878	2.342	- 298	1.323	- 256	1.345	1.224	993	88	32	- 252	- 96	+/- 7.744
2007	- 2.777	- 1.928	- 1.657	391	- 936	2.365	- 240	1.302	- 81	1.380	1.218	1.064	71	202	- 271	- 102	+/- 7.993
2008 ¹⁾	- 2.813	- 1.960	- 1.683	585	- 950	2.319	- 432	1.358	45	1.318	1.141	1.028	90	334	- 277	- 104	+/- 8.219
Summe 1995 - 2008	- 31.118	- 21.254	- 18.300	- 4.701	- 10.477	31.968	- 5.870	20.251	- 3.635	18.767	16.813	13.596	429	- 2.330	- 2.988	- 1.151	+/- 104.442
Ø 1995 - 2008	- 2.223	- 1.518	- 1.307	- 336	- 748	2.283	- 419	1.446	- 260	1.340	1.201	971	31	- 166	- 213	- 82	+/- 7.460

¹⁾ Datenbasis: Vorläufige Abrechnung.

4.4 Finanzausgleich unter den Ländern ab 2005

Die Regelungen zum neuen Finanzausgleich¹⁰ und zum Solidarpaket II¹¹ sollen zur Überwindung der Folgen der Teilung und zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland innerhalb einer Generation beitragen. Sie sind daher bis zum 31.12.2019 befristet.

Folgende wichtige strukturelle Änderungen des Länderfinanzausgleichs wurden vorgenommen:

- Das System insgesamt ist anreizgerechter: Hat ein Land einen überdurchschnittlichen Steuerzuwachs, verbleiben ihm 12 v. H. der überdurchschnittlichen Einnahmen; sie werden nicht in den Finanzausgleich eingerechnet.
- Hafentlasten werden nicht mehr im Länderfinanzausgleich berücksichtigt, sondern außerhalb des Systems geregelt.
- Die kommunale Finanzkraft wird zu 64 v. H. einbezogen. Dies ist ein Kompromiss zwischen der bis 2004 hälftigen Einbeziehung und der Forderung nach 100%iger Einbeziehung.

Nordrhein-Westfalen finanzierte im Zeitraum 1995 bis einschließlich 2008 mit insgesamt rd. 11,7 Mrd. EUR rd. 12 v. H. des gesamten Ausgleichsvolumens. Einen Überblick über die Abrechnungsergebnisse der Länder gibt die nachfolgende Tabelle (Übersicht 7):

















¹⁰ Gesetz zur Fortführung des Solidarpaktes, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Abwicklung des Fonds "Deutsche Einheit" (Solidarpaktfortführungsgesetz - SFG) vom 20.12.2001.

¹¹ Die Vereinbarungen zum Solidarpaket II wurden in gleichlautenden Entschlüssen vom Bundestag am 04.07.2001 (BT-Drs.: 14/6577) und vom Bundesrat am 13.07.2001 (BR-Drs.: 485/01) angenommen.

Länderfinanzausgleich

Beiträge und Zuweisungen in den Ausgleichsjahren

Stand: 18. Mai 2009

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Volumen LFA
																	
Ausgleichszuweisungen/ Ausgleichsbeiträge (-) in Mio. EUR																	
1995 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.763	- 1.294	- 1.433	231	- 1.101	906	117	574	- 72	521	442	394	92	2.159	- 60	288	+/- 5.724
1996 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.598	- 1.463	- 1.289	283	- 1.656	1.005	118	634	8	576	529	438	120	2.217	- 246	325	+/- 6.253
1997 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.564	- 1.586	- 1.232	344	- 1.610	981	151	601	- 3	574	504	431	104	2.266	- 140	179	+/- 6.134
1998 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.583	- 1.487	- 1.778	403	- 1.758	1.019	219	617	- 0	595	534	448	116	2.501	- 314	466	+/- 6.920
1999 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.318	- 1.635	- 1.760	532	- 2.433	1.122	195	672	89	612	587	464	153	2.725	- 345	340	+/- 7.490
2000 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.141	- 1.884	- 1.957	568	- 2.734	1.182	392	711	185	670	644	500	167	2.812	- 556	442	+/- 8.273
2001 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 278	- 2.277	- 2.115	952	- 2.629	1.031	229	591	60	573	498	434	146	2.653	- 268	402	+/- 7.568
2002 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 1.628	- 2.047	- 1.663	487	- 1.910	1.047	419	607	112	571	541	439	139	2.677	- 197	407	+/- 7.445
2003 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 50	- 1.859	- 2.169	392	- 1.876	936	259	520	16	500	502	393	107	2.639	- 656	346	+/- 6.610
2004 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 213	- 2.315	- 2.170	446	- 1.529	930	190	532	102	517	534	403	116	2.703	- 578	331	+/- 6.805
2005 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 490	- 2.234	- 2.235	363	- 1.606	1.020	294	587	146	581	588	433	113	2.456	- 383	366	+/- 6.948
2006 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 132	- 2.093	- 2.057	240	- 2.418	1.078	346	590	124	617	611	475	115	2.709	- 623	417	+/- 7.322
2007 - endg. Abrechnung / 2. DVO	- 38	- 2.311	- 2.316	318	- 2.885	1.165	343	627	136	644	675	513	125	2.900	- 368	471	+/- 7.917
2008 - vorläufige Abrechnung	50	- 2.938	- 2.521	323	- 2.489	1.170	377	632	178	643	627	545	117	3.154	- 375	507	+/- 8.322
Summe 1995 - 2008	- 11.745	- 27.424	- 26.694	5.882	- 28.633	14.592	3.649	8.496	1.081	8.195	7.817	6.311	1.729	36.571	- 5.109	5.285	+/- 99.731
Ø 1995 - 2008	- 839	- 1.959	- 1.907	420	- 2.045	1.042	261	607	77	585	558	451	123	2.612	- 365	378	+/- 7.124

4.5 Bundesergänzungszuweisungen ab 2005

Der Bund hebt - wie bis 2005 auch - die Finanzkraft leistungsschwacher Länder allgemein an (Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen) und finanziert Sonderlasten leistungsschwacher Länder (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen).

Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen werden - wie bis 2005 auch - als sog. Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen gewährt. Anspruchsberechtigt sind Länder, deren Finanzkraft nach Durchführung des Länderfinanzausgleichs 99,5 v. H. der länderdurchschnittlichen Finanzkraft nicht erreicht; die entsprechenden Fehlbeträge werden zu 77,5 v. H. aufgefüllt. Damit wird die Einhaltung der Finanzkraftreihenfolge der Länder und des Nivellierungsverbots gewährleistet. Das Volumen der Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen hat sich allerdings im Vergleich zum alten Recht verringert.

Die ostdeutschen Länder und Berlin erhalten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung von Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft. Der Bund stellt hierzu für 15 Jahre insgesamt einen Betrag von rd. 105 Mrd. EUR zur Verfügung, der degressiv zurückgeführt wird. Es handelt sich um folgende Zuweisungen für die Jahre 2005 - 2019:

Jahr	Zuweisungen - Mio. EUR -	Jahr	Zuweisungen - Mio. EUR -
2005	10.532,6	2013	6.544,5
2006	10.481,5	2014	5.777,6
2007	10.379,2	2015	5.061,8
2008	10.225,8	2016	4.294,9
2009	9.510,0	2017	3.579,0
2010	8.743,1	2018	2.812,1
2011	8.027,3	2019	2.096,3
2012	7.260,3		

Zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit erhalten die ostdeutschen Länder ab 2005 zusätzlich insgesamt jährliche Zahlungen i. H. v. 1 Mrd. EUR, die von allen Ländern entsprechend ihrer Anteile an der Umsatzsteuer getragen werden. Bund und Länder überprüfen ge-

meinsam in einem Abstand von drei Jahren, erstmals im Jahr 2010, in welcher Höhe die Sonderlasten dieser Länder ab dem jeweils folgenden Jahr auszugleichen sind.

Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Kosten politischer Führung wurden seit Anfang 2005 um insgesamt $\frac{1}{3}$ auf rd. 0,52 Mrd. EUR zurückgeführt und werden ab 2008 jeweils im Abstand von fünf Jahren hinsichtlich der Voraussetzungen für ihre Gewährung überprüft.

4.6 Fonds "Deutsche Einheit" ab 2005

Seit dem 01.01.2005 ist der Fonds "Deutsche Einheit" in den Finanzausgleich integriert. Für die Jahre 2005 - 2019 übernimmt der Bund gegen Kompensationsleistungen (insb. Festbetrag Umsatzsteuer) der Länder die Annuitätenzahlungen.

Mit Ablauf des Jahres 2019 wird der Fonds aufgelöst; verbleibende Verbindlichkeiten und Vermögen des Fonds gehen dann auf den Bund über. Eine am 31.12.2019 noch bestehende Restschuld bis zur Höhe von rd. 6,5 Mrd. EUR übernimmt der Bund vollständig. Weist der Bund nach, dass die Restschuld des Fonds "Deutsche Einheit" Ende 2019 aufgrund der tatsächlichen Zinsentwicklung den Referenzbetrag von rd. 6,5 Mrd. EUR übersteigt, erhält er von den westdeutschen Ländern einschließlich West-Berlin einen Ausgleich i. H. v. 53,3 v. H. des übersteigenden Betrages.

5. Vermögen und Schulden des Landes

5.1 Grundbesitz

Das zum 01.01.2001 errichtete teilrechtsfähige Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) hat die Aufgabe, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte für Zwecke des Landes nach kaufmännischen Grundsätzen zu erwerben, zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu verwerten.

Für diese Aufgabe ist zum 01.01.2001 das Liegenschaftsvermögen des Landes NRW bis auf wenige Ausnahmen an den BLB NRW abgegeben worden.

Von der Abgabe ausgenommen wurde lediglich das Grundvermögen der Forstwirtschaft und des Natur- und Landschaftsschutzes sowie wenige Sonderliegenschaften, d. h. Liegenschaften, die wegen ihrer Beschaffenheit oder Nutzung für eine Bewirtschaftung, Entwicklung oder Verwertung nach kaufmännischen Grundsätzen durch den BLB NRW ungeeignet sind.

Zu den Sonderliegenschaften gehören beispielsweise die Gebäude des Landtages, die Kirchen im Eigentum des Landes, die Schlösser Augustsburg und Falkenlust in Brühl etc.

Das vom BLB NRW verwaltete Liegenschaftsvermögen besteht aus rd. 1.324 Grundstücken mit rd. 4.257 Gebäuden und hat einen Wert von rd. 7,6 Mrd. EUR (Stand: 31.12.2008).

Es bestehen ferner die folgenden Schul- und Studienfonds als Sondervermögen ohne Rechtspersönlichkeit, die zum überwiegenden Teil aus Grundvermögen bestehen:

- Haus Büren'scher Fonds
- Paderborner Studienfonds
- Bergischer Schulfonds
- Gymnasialfonds Münstereifel
- Münster'scher Studienfonds
- Beckum-Ahlen'scher Klosterfonds

Die Verwaltung des Bergischen Schulfonds, des Gymnasialfonds Münstereifel, des Münster'schen Studienfonds und des Beckum-Ahlen'schen Klosterfonds wird seit dem 01.01.2002 vom BLB NRW wahrgenommen.

Das Land NRW - Landesforstverwaltung - ist mit Stichtag 31.12.2008 Eigentümer von ca. 119.550 ha Forstfläche, davon 116.050 ha Holzboden- und Nichtholzbodenfläche sowie 3.500 ha Nebenflächen im Wert von insgesamt 511 Mio. EUR als Verwaltungsvermögen. Dazu kommt ein aktivierter Bestandeswert an stehendem Holzvorrat von 469 Mio. EUR. Dies ist der weitest- und größte Teil des Grundvermögens des Landes und umfasst ca. 13 v. H. der Gesamtwaldfläche im Land. Über 40 v. H. der Waldfläche sind als FFH-Gebiete ("Flora-Fauna-Habitat") und/oder Naturschutzgebiet ausgewiesen worden. Insgesamt sind ca. 75 v. H. der im Eigentum der Landesforstverwaltung befindlichen land- und forstwirtschaftlichen Flächen als Naturschutz-, FFH- und Vogelschutzgebiete gemeldet. Die restlichen Flächen - bis auf ca.

2 v. H. - stehen unter Landschaftsschutz. Ferner hat das Land bisher ca. 2.893 ha Waldfläche angepachtet. Die Jagdbetriebsfläche (Verwaltungs-jagdfläche) beträgt 52.994 ha. Sie setzt sich zusammen aus Eigentum und angegliederten Flächen abzüglich abgegliederter und verpachteter Flächen. Hinzu kommen noch 7.438 ha Nationalpark Eifel, auf der die Wildbewirt-schaftung gemäß den Vorgaben der Nationalparkverordnung erfolgt. Die verbleibende Fläche ist an Dritte verpachtet. Die Umsatzerlöse aus normaler Geschäftstätigkeit im Bereich des Forst- und Jagdbetriebes betragen im Haushaltsjahr 2008 rd. 45,833 Mio. EUR, darin sind 25,927 Mio. EUR an Transfererlösen enthalten. Aufgrund des Sturmschadensereignisses "Kyrill" im Januar 2007 konnte der Forst- und Jagdbetrieb in 2008 noch außerordentliche Erlöse durch den Verkauf von Kalamitätsholz von rd. 24,162 Mio. EUR erzielen. Der Landesbetrieb hat das Geschäftsjahr 2008 mit einem Fehlbetrag von 852.000 EUR abgeschlossen.

5.2 Landesbetriebe

Derzeit verfügt das Land über insgesamt sechs Landesbetriebe i. S. v. § 26 der LHO.

a) Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)

Das ehemalige Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW ist 2001 in einen Landesbetrieb überführt worden. Im Rahmen der Konsolidierung der IT-Landschaft der Landesverwaltung wurden die Gemein-samen Gebietsrechenzentren in Hagen, Köln und Münster mit Ablauf des 31.12.2008 aufgelöst und mit dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW zusammengeführt.

Seit dem 01.01.2009 trägt das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW den Namen "Information und Technik Nordrhein-West-falen (IT.NRW)".

IT.NRW ist zentraler IT-Dienstleister und steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung, dem Landtag sowie dem Landesrechnungshof zur Durchführung von Aufgaben der Informationstechnik zur Verfügung. IT.NRW betreibt die Kommunikations- und IT-Infrastruktur für die Lan-desverwaltung (Datenverarbeitungszentrale, Landesverwaltungsnetz) und berät und unterstützt die Behörden und Einrichtungen des Landes bei IT-Vorhaben. IT.NRW stellt der Landesverwaltung umfangreiche Dienst-leistungen im IT-Umfeld zur Verfügung, insbesondere in den Bereichen:

E-Government, Beratung, Kommunikationsanwendungen, Softwareentwicklung und -betrieb, Rechenzentrumsleistungen, Service und Wartung, Druck und Versand, Beschaffungen und Ausschreibungen.

Im Geschäftsbereich Statistik ist IT.NRW statistisches Landesamt sowie zentraler statistischer Dienstleister. Zu den Aufgaben in diesem Bereich gehören die Durchführung, Auswertung, Analyse und Weiterentwicklung sowie die Veröffentlichung der durch EU-, Bundes- und Landesrecht angeordneten Statistiken, die Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Volksabstimmungen, die Bereitstellung der Landesdatenbank sowie die Unterstützung und Beratung des Landtages, des Landesrechnungshofs und der Landesverwaltung insgesamt bei statistischen Fragen.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2010 weist für diese Aufgaben von IT.NRW einen Betriebskostenzuschuss des Landes i. H. v. 67,5 Mio. EUR aus. Darüber hinaus wird im Jahr 2010 ein Investitionszuschuss für den "Zensus 2010/2011" i. H. v. 1,2 Mio. EUR gewährt.

b) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Hagen**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Hagen ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden. Es wurde mit Ablauf des 31.12.2008 zeitgleich mit den Gemeinsamen Gebietsrechenzentren Münster und Köln aufgelöst und ab dem 01.01.2009 mit dem Landesbetrieb IT.NRW zusammengeführt.

c) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Köln**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Köln ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden. Es wurde mit Ablauf des 31.12.2008 zeitgleich mit den Gemeinsamen Gebietsrechenzentren Münster und Hagen aufgelöst und ab dem 01.01.2009 mit dem Landesbetrieb IT.NRW zusammengeführt.

d) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Münster**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Münster ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden. Es wurde mit Ablauf des 31.12.2008

zeitgleich mit den Gemeinsamen Gebietsrechenzentren Hagen und Köln aufgelöst und ab dem 01.01.2009 mit dem Landesbetrieb IT.NRW zusammengeführt.

e) **Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen**

Die zentrale geowissenschaftliche Einrichtung wird seit Januar 2001 als Landesbetrieb geführt. Der Landesbetrieb untersucht landesweit den Untergrund, erfasst, sammelt und dokumentiert untergrundbezogene Daten, interpretiert diese und stellt sie in einem Fachinformationssystem für Planung und Problemlösung bei allen untergrundbezogenen Fragestellungen zur Verfügung. Er nimmt als geologische Landesanstalt nach dem Lagerstättengesetz wesentliche Funktionen im öffentlichen Interesse insbesondere für die Daseinsfürsorge und die Risikobewertung wahr.

Der geprüfte Jahresabschluss 2007 weist zum 31.12.2007 ein Anlagevermögen von 2,0 Mio. EUR und ein Umlaufvermögen von 7,7 Mio. EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2010 ist für das Haushaltsjahr 2010 eine Zuführung des Landes für den laufenden Betrieb i. H. v. 14,9 Mio. EUR erforderlich. Zuführungen für Investitionen wurden für das Haushaltsjahr 2010 nicht vorgesehen.

f) **Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen**

Der seit dem 01.01.2001 bestehende Landesbetrieb Straßenbau erbringt Dienstleistungen für die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Die Aufgaben umfassen insbesondere Planung, Baumanagement und Betrieb der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs, der Landesstraßen und in bestimmten Kommunen der Kreis- und Gemeindestraßen.

Wie schon für 2009 plant der Landesbetrieb Straßenbau auch für 2010 ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Allerdings fallen die Zuführungen aus dem Landeshaushalt an den Landesbetrieb Straßenbau in 2010 geringer aus als in 2009. Denn die Zuführung zum laufenden Betrieb und zur betrieblichen Unterhaltung von Landesstraßen sinkt von 313,2 Mio. EUR in 2009 auf 304,9 Mio. EUR in 2010. Die verminderte Zuführung zwingt den Landesbetrieb Straßenbau zu erheblichen Einsparanstrengungen bei sämtlichen Aufwandspositionen, zumal gleichzeitig Kostensteige-

rungen kompensiert werden müssen. Im Personalbereich erfolgen dabei weitere Stelleneinsparungen aufgrund der Einsparvorgaben der Landesregierung. Die Zuführung zu betrieblichen Investitionen beträgt 16,8 Mio. EUR in 2010 nach 15,3 Mio. EUR im Vorjahr.

g) **Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen**

Das Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen ist 1995 in einen Landesbetrieb überführt worden. Die Geschäftstätigkeit umfasst die Durchführung von Prüfungen von Stoffen, Produkten, Anlagen und Verfahren im öffentlichen Interesse mit dem Ziel, die Allgemeinheit gegen Gefahren zu sichern und die Wirtschaft in der Qualitätssicherung zu unterstützen.

Der geprüfte Jahresabschluss 2007 weist zum 31.12.2007 ein Anlagevermögen von 3,9 Mio. EUR und ein Umlaufvermögen von 5,9 Mio. EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2010 ist für das Haushaltsjahr 2010 ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwarten.

h) **Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen**

Zum 01.01.2005 wurde der Landesbetrieb Wald und Holz NRW errichtet.

Der Landesbetrieb Wald und Holz NRW nimmt Aufgaben im Rahmen der Geschäftsfelder

- Landeseigener Betrieb,
- Forstliche Dienstleistungen und
- Hoheitsaufgaben

wahr. Seine Aufgaben ergeben sich insbesondere aus dem Bundeswaldgesetz (BWaldG) und dem Landesforstgesetz (LFoG). Der Landesbetrieb ist als Teil der Landesforstverwaltung für die Erhaltung und Vermehrung des Waldbestandes und die Sicherung seiner Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion i. S. d. umfassenden Nachhaltigkeitsdefinition des LFoG verantwortlich.

Der Landesbetrieb Wald und Holz ist eine Einheitsforstverwaltung (Sonderverwaltung), d. h. der Landesbetrieb bewirtschaftet den Staatswald des Landes NRW, unterstützt den privaten und kommunalen Waldbesitz als Dienstleister und ist als Forstbehörde für die Erhaltung des Waldes

und die Förderung der Forst- und Holzwirtschaft tätig. Der Landesbetrieb erfüllt daneben die Aufgaben der Oberen Jagdbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die planmäßigen Zuführungen aus dem Landeshaushalt dienen der Erfüllung der oben angeführten Aufgaben. Sie enthalten Beträge für den nicht kostendeckenden Entgeltbereich, die Hoheitsaufgaben und Beträge für den Ausgleich von Mindererträgen, die durch den Verzicht auf Nutzungsmöglichkeiten in den Landesforsten begründet sind. Sie betragen im Jahr 2008 46,8 Mio. EUR (zzgl. 1,69 Mio. EUR Investitionen). Die Zuführungshöhe in 2009 wird auf ein Volumen von 35,6 Mio. EUR (zzgl. 1,69 Mio. EUR Investitionen) zurückgehen, da einmalig 6,6 Mio. EUR aus Rücklagen aufgelöst werden können. Für 2010 sind 39,8 Mio. EUR (zzgl. 1,69 Mio. EUR Investitionen) veranschlagt.

i) **Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen**

Die Eichverwaltung Nordrhein-Westfalen ist im Januar 2001 in einen Landesbetrieb überführt worden. Kernaufgabe des Landesbetriebes ist der Vollzug der Bestimmungen im gesetzlich geregelten Mess- und Eichwesen, insbesondere im Gesetz über Einheiten im Messwesen, im Eichgesetz, im Medizinproduktegesetz, in der Fertigpackungsverordnung und im Waffengesetz (Beschussrecht). Daneben ist der Landesbetrieb nach dem Gefahrgutrecht u. a. zuständig für die Erteilung und Entziehung der Zulassung für Container und für die Baumusterzulassung von fest verbundenen Tanks, Aufsetztanks und Batteriefahrzeugen. Für den Regierungsbezirk Arnsberg ist der Landesbetrieb regional zuständige Messstelle zur Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz.

Der geprüfte Jahresabschluss 2007 weist zum 31.12.2007 ein Anlagevermögen von 2,6 Mio. EUR und ein Umlaufvermögen von 7,0 Mio. EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2010 ist für das Haushaltsjahr 2010 eine Zuführung des Landes für den laufenden Betrieb i. H. v. 5,1 Mio. EUR erforderlich. Zuführungen für Investitionen sind für das Haushaltsjahr 2010 nicht vorgesehen.

5.3 **Kapitalvermögen**

a) **Rücklagen am 31.12.2008:**

Zum 31.12.2008 bestanden Rücklagen gemäß § 62 LHO in Form von zwei Sondervermögen:

1. Sondervermögen Versorgungs**rücklage** des Landes Nordrhein-Westfalen nach § 14 a Bundesbesoldungsgesetz i. V. m. dem Versorgungsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen: 2,31 Mrd. EUR,
2. Sondervermögen Versorgungs**fonds** des Landes Nordrhein-Westfalen gemäß Versorgungsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen: 147,1 Mio. EUR.

b) **Sonstiges Kapitalvermögen:**

Der wesentliche Teil des sonstigen Kapitalvermögens des Landes besteht in Forderungen. Bei den Forderungen handelt es sich hauptsächlich um Darlehen.

Die Darlehensforderungen beruhen zum größten Teil auf den seit 1945 aus ordentlichen und außerordentlichen Landesmitteln ausgezahlten Darlehen.

Daneben bestehen in geringem Umfang Forderungen im Wesentlichen aus Restkaufgeldern und Vorauszahlungen.

Außerdem besteht eine Forderung des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber seinem teilrechtsfähigen Sondervermögen BLB NRW i. H. v. 4.983,7 Mio. EUR.

Die Forderungen (ohne BLB NRW) betragen nach dem Stand vom Rechnungsabschluss 2008:

Aufgabengebiet	- Mio. EUR -
1. Allgemeine Dienste	0,0
2. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1,7
3. Soziale Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	863,2
4. Gesundheit, Sport und Erholung	9,1
5. Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	0,6
6. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	220,5
7. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	232,5
8. Verkehrs- und Nachrichtendienst	2,8
9. Wirtschaftsunternehmen, Allgem. Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	82,8
10. Allgemeine Finanzwirtschaft	0,0
Insgesamt	1.413,2

5.4 Beteiligungen

Das Land Nordrhein-Westfalen ist an den nachstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gesellschaften des Privatrechts beteiligt (Stand: 31.12.2008).

Für die in Klammern angegebenen verwaltenden Ministerien werden folgende Abkürzungen verwendet:

StK	=	Staatskanzlei
MIWFT	=	Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie
FM	=	Finanzministerium
MWME	=	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
IM	=	Innenministerium
MAGS	=	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
MSW	=	Ministerium für Schule und Weiterbildung
MBV	=	Ministerium für Bauen und Verkehr
MUNLV	=	Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
MGFFI	=	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
Kreditinstitute				
1. NRW.Bank	675.000.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		436.995.000 / 64,74		
2. Landschaftsverband Rheinland				119.002.500 / 17,63
3. Landschaftsverband Westfalen-Lippe				119.002.500 / 17,63
(FM)				
2. WestLB AG	2.269.530.600			
1. Land NRW		403.212.600 / 17,77		
2. NRW.Bank				700.415.800 / 30,86
3. Rheinischer Sparkassen- und Giroverband				568.116.600 / 25,03
4. Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband				568.116.600 / 25,03
5. Landschaftsverband Rheinland				14.834.500 / 0,65
6. Landschaftsverband Westfalen-Lippe *				14.834.500 / 0,65
* Mittelbar gehalten über die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH.				
(FM)				
3. Finanzierungsgesellschaft des Landes NRW zur Kapitalerhöhung bei der WestLB AG mbH	25.000			
Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 100,00		
(FM)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
4. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	3.750.000.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		156.272.780 / 4,17		
2. Bundesrepublik Deutschland				3.000.000.000 / 80,00
3. Länder der Bundesrepublik				593.727.220 / 15,83
(FM)				
Wohnungs- und Siedlungsunternehmen				
5. Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landesentwicklung (DGL) GmbH in Liquidation, Düsseldorf	8.691.962			
1. Land Nordrhein-Westfalen		751.446 / 8,65		
2. Bundesrepublik Deutschland				2.028.602 / 23,34
3. Landwirtschaftliche Rentenbank				2.179.995 / 25,08
4. Deutsche Genossenschafts-Hypotheken- bank AG				1.413.620 / 16,26
5. Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank				1.090.125 / 12,54
6. DGL (eigene Anteile)				1.228.174 / 14,13
(MUNLV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
6. Aufbaugemeinschaft Espelkamp GmbH, Espelkamp	3.720.000			
1. BVG			1.860.000 / 50,00	
2. Stiftung Kronenkreuz, Stuttgart				930.000 / 25,00
3. Evang. Kirche von Westfalen, Bielefeld				930.000 / 25,00
(MBV)				
7. LEG Stadtentwicklung GmbH & Co. KG, Dortmund Land Nordrhein-Westfalen	1.000.000		1.000.000 / 100,00	
(MBV)				
8. LEG Stadtentwicklung Service GmbH Land Nordrhein-Westfalen	250.000		250.000 / 100,00	
(MBV)				
9. NRW Urban Service GmbH, Dortmund Land Nordrhein-Westfalen	25.000		25.000 / 100,00	
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
Verkehrsunternehmen				
10. Deutsche Lufthansa AG, Köln	1.172.275.200			
1. BVG			2.813.460 / 0,24	
2. Sonstige				1.169.461.740 / 99,76
(MBV)				
11. Flughafen Köln/Bonn GmbH, Köln	10.821.000			
1. BVG			3.348.000 / 30,94	
2. Bundesrepublik Deutschland				3.348.000 / 30,94
3. Stadt Köln				3.367.000 / 31,12
4. Stadt Bonn				656.000 / 6,06
5. Rhein-Sieg-Kreis				64.000 / 0,59
6. Rhein.-Berg. Kreis				38.000 / 0,35
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
12. Flughafen Essen-Mülheim GmbH, Mülheim	195.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		65.000 / 33,33		
2. Stadt Essen				65.000 / 33,33
3. Stadt Mülheim				65.000 / 33,33
(MBV)				
13. Duisburger Hafen Aktiengesellschaft, Duisburg	46.020.000			
1. BVG			15.340.000 / 33,33	
2. Bundesrepublik Deutschland				15.340.000 / 33,33
3. Stadt Duisburg				15.340.000 / 33,33
(MBV)				
14. LOGPORT Logistic Center Duisburg GmbH	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		3.835 / 15,00		
2. Stadt Duisburg				7.669 / 30,00
3. Duisburg-Ruhrorter-Häfen AG				14.061 / 55,00
(MWME)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
15. Agentur Nahverkehr NRW GmbH i. L. 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Zweckverbände zu je 10 v. H. (MBV)	30.000		3.000 / 10,00	27.000 / 90,00
Sonstige Beteiligungen				
16. Neue Schauspiel GmbH, Düsseldorf 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Stadt Düsseldorf (StK)	25.565		12.782 / 50,00	12.782 / 50,00
17. IWF Wissen und Medien g.GmbH, Göttingen 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. 9 Länder der Bundesrepublik (MIWFT)	51.129		5.113 / 10,00	46.016 / 90,00
18. Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, Gemeinnützige Gesellschaft mbH, München 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. 15 Länder der Bundesrepublik (MSW)	163.613		10.226 / 6,25	153.387 / 93,75

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
19. NRW.Invest GmbH, Düsseldorf Land Nordrhein-Westfalen (MWME)	25.565			
		25.565 / 100,00		
20. Forschungszentrum Jülich GmbH (FZJ) 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Bundesrepublik Deutschland (MIWFT)	520.000			
		52.000 / 10,00		
				468.000 / 90,00
21. Messe Düsseldorf GmbH 1. BVG 2. Stadt Düsseldorf 3. Stadt Düsseldorf (Amt 80) 4. Industrierrains Düsseldorf Reisholz AG 5. Industrie- und Handelskammer Düsseldorf 6. Handwerkskammer Düsseldorf (MWME)	15.625.000			
			3.125.000 / 20,00	
				2.204.000 / 14,11
				6.625.000 / 42,40
				3.125.000 / 20,00
				273.000 / 1,75
				273.000 / 1,75

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
22. Koelnmesse GmbH, Köln	51.200.000			
1. BVG			10.240.000 / 20,00	
2. Eigenbetrieb Veranstaltungszentrum Köln				40.460.800 / 79,025
3. Industrie- und Handelskammer Köln				371.200 / 0,725
4. Einzelhandelsverband Bez. Köln e. V.				38.400 / 0,075
5. Handwerkskammer Köln				25.600 / 0,05
6. Gastgewerbeinnung zu Köln e. V.				25.600 / 0,05
7. Wirtschaftsvereinigung Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V.				38.400 / 0,075
(MWME)				
23. Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit mbH, Köln	27.300			
1. Land Nordrhein-Westfalen		1.050 / 3,85		
2. Bundesrepublik Deutschland				12.600 / 46,15
3. Freistaat Bayern				1.050 / 3,85
4. TÜV Bayern, Hessen, Sachsen, Südwest e. V.				4.200 / 15,38
5. TÜV Rheinland, Berlin, Brandenburg, Pfalz e. V.				3.150 / 11,54
6. TÜV Nord e. V.				3.150 / 11,54
7. TÜV Saarland e. V.				1.050 / 3,85
8. Germanischer Lloyd AG				1.050 / 3,85
(MWME)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
24. Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Informationen mbH, Karlsruhe	47.840			
1. Land Nordrhein-Westfalen		1.040 / 2,17		
2. Bundesrepublik Deutschland				23.920 / 50,00
3. 13 Länder der Bundesrepublik				13.520 / 28,26
4. Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e. V., München				1.560 / 3,26
5. Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V., München				1.560 / 3,26
6. Deutsche Physikalische Gesellschaft e. V., Bad Honnef				1.560 / 3,26
7. Verein Deutscher Ingenieure e. V., Düsseldorf				1.560 / 3,26
8. Gesellschaft für Informatik e. V., Bonn				1.560 / 3,26
9. Deutsche Mathematikervereinigung				1.560 / 3,26
(MIWFT)				
25. Krankenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen mbH	102.258			
1. Land Nordrhein-Westfalen		51.129 / 50,00		
2. Gemeinnützige Gesellschaft für Diabetesranke Bad Oeynhausen mbH				51.129 / 50,00
(MAGS)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
26. Hochschul-Informationssystem Gesellschaft mbH, Hannover	49.200			
1. Land Nordrhein-Westfalen		2.050 / 4,17		
2. Bundesrepublik Deutschland				16.400 / 33,33
3. 15 Länder der Bundesrepublik				30.750 / 62,50
(MIWFT)				
27. ZENIT Zentrum für Innovation und Technik in Nordrhein-Westfalen GmbH, Mülheim a. d. Ruhr	153.388			
1. Land Nordrhein-Westfalen		51.129 / 33,33		
2. Bankenkonsortium (WestLB Girozentrale, Bankenvereinigung NRW e. V., Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank e. G.)				51.129 / 33,33
3. Trägerverein ZENIT e. V.				51.129 / 33,33
(MIWFT)				
28. Gollwitzer-Meier Klinikgesellschaft Bad Oeynhausen mbH	127.823			
1. Land Nordrhein-Westfalen		76.694 / 60,00		
2. Stadt Bad Oeynhausen				51.129 / 40,00
(MAGS)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
29. Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH Land Nordrhein-Westfalen (MAGS)	25.565		25.565 / 100,00	
30. Bildungszentrum für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft GmbH (BEW), Essen Land Nordrhein-Westfalen (MUNLV)	101.849		101.849 / 100,00	
31. Wuppertal-Institut für Klima-Umwelt-Energie GmbH im Wissenschaftszentrum NRW Land Nordrhein-Westfalen (MIWFT)	25.565		25.565 / 100,00	
32. Klinik am Rosengarten im Staatsbad Oeynhausen GmbH (vormals: IVO-Immobilien- Verwaltungsgesellschaft Staatsbad Oeynhausen mbH) Land Nordrhein-Westfalen (MAGS)	14.073.207		14.073.207 / 100,00	

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
33. Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH, Düsseldorf	25.565			
1 Land Nordrhein-Westfalen		8.948 / 35,00		
2 Westdeutscher Rundfunk				10.226 / 40,00
3 Zweites Deutsches Fernsehen				2.557 / 10,00
4 RTL Television GmbH				2.557 / 10,00
5 Landesanstalt für Medien				1.278 / 5,00
(StK)				
34. START Zeitarbeit NRW GmbH	76.140			
1 Land Nordrhein-Westfalen		18.300 / 24,03		
2 Kreis Wesel (treuhänderisch)				4.980 / 6,54
3 Landesvereinigung Arbeitgeber- verbände e. V.				6.000 / 7,88
4 NRW Handwerkstag e. V.				6.000 / 7,88
5 Arbeitgeberverband Stahl NRW e. V.				6.000 / 7,88
6 Vermögensverwaltungs- und Treuhand- gesellschaft des DGB GmbH				4.980 / 6,54
7 Stiftung START Niederlande				4.980 / 6,54
8 Evangelische Kirche im Rheinland				4.980 / 6,54
9 Stadt Troisdorf (treuhänderisch für den NRW Städte- und Gemeindebund)				4.980 / 6,54
10. AG Spitzenverbände d. Freien Wohlfahrtspflege				4.980 / 6,54
11. Stadt Düsseldorf (treuhänderisch für Städtetag NRW)				4.980 / 6,54
12. Stadt Duisburg				4.980 / 6,54
(MAGS)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
35. Intern. Konversionszentrum Bonn (BICC) GmbH	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		21.730 / 85,00		
2. Land Brandenburg				3.835 / 15,00
(MIWFT)				
36. Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	41.926			
1. Land Nordrhein-Westfalen		1.023 / 2,44		
2. Übrige Gesellschafter				40.903 / 97,56
(StK)				
37. Ecmc Europäisches Zentrum für Medien- kompetenz GmbH, Marl	81.807			
1. Land Nordrhein-Westfalen		10.226 / 12,50		
2. 3 weitere öffentlich-rechtliche Gesellschafter				23.008 / 28,12
3. Eigene Anteile (incl. eingezogene Anteile)				48.573 / 59,38
(StK)				
38. RUHR.2010 GmbH	25.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		6.250 / 25,00		
2. Regionalverband Ruhr				8.250 / 33,00
3. Stadt Essen				4.250 / 17,00
4. Initiativkreis Ruhrgebiet Verwaltungs GmbH				6.250 / 25,00
(StK)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
39. Deutsches Institut für Entwicklungs- politik GmbH (DIE)	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		6.391 / 25,00		
2. Bundesrepublik Deutschland				19.174 / 75,00
(MGFFI)				
40. LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH	192.000			
Land Nordrhein-Westfalen		192.000 / 100,00		
(MAGS)				
41. CeGi Center for Geoinformation GmbH i. L.	250.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 10,00		
2. Private Gesellschafter				225.000 / 90,00
(IM)				
42. BahnflächenEntwicklungsGesellschaft NRW mbH (BEG)	25.050			
1. Land Nordrhein-Westfalen		12.550 / 50,10		
2. Deutsche Bahn AG				12.500 / 49,90
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
43. Kultur Ruhr GmbH	30.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		15.300 / 51,00		
2. Regionalverband Ruhr				13.950 / 46,50
3. Verein pro Ruhrgebiet e. V.				750 / 2,50
(StK)				
44. Entwicklungsgesellschaft Zollverein mbH	50.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 50,00		
2. Stadt Essen				25.000 / 50,00
(MBV)				
45. Ruhrpilot Besitz GmbH	25.000			
Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 100,00		
(MBV)				
46. Ruhrdigital Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft	25.000			
Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 100,00		
(IM)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
47. Public Konsortium d-NRW GbR	--			
1. Land Nordrhein-Westfalen		-- / 97,43		
2. Kommunen				-- / 2,57
(IM)				
48. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH	36.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		12.000 / 33,33		
2. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben				12.000 / 33,33
3. Kreis Euskirchen				6.480 / 18,00
4. Kreis Aachen				2.160 / 6,00
5. Kreis Düren				2.160 / 6,00
6. Stadt Schleiden				1.200 / 3,33
(MWME)				
49. Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG)	25.565			
Land Nordrhein-Westfalen		25.565 / 100,00		
(FM)				
Insgesamt Anteil Nordrhein-Westfalen/BVG (EUR)	8.020.914.377	1.013.548.908	36.726.460	

5.5 Schulden

Die Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen zum 31.12.2008 setzen sich wie folgt zusammen:

- Mio. EUR -	
1. Schulden aus Kreditmarktmitteln	113.599,6
2. Schulden bei Gebietskörperschaften:	
a) beim Bund	2.918,4
b) bei Ländern	-
c) bei Gemeinden (GV)	-
d) beim ERP-Sondervermögen	-
<hr/>	
Schulden bei Gebietskörperschaften zusammen	2.918,4
<hr/>	
Schulden insgesamt	116.518,0

Schuldenstand am Kreditmarkt nach Arten

- Mio. EUR -	
Landesschatzanweisungen	63.825,3
Schuldscheindarlehen (einschließlich Kredite)	49.774,3
<hr/>	
Kreditmarktmittel insgesamt	113.599,6

5.6 Gewährleistungen

Das Kapitalbuch für Bürgschaften des Landes Nordrhein-Westfalen weist zum 31.12.2008 den folgenden Stand an Gewährleistungsverpflichtungen aus:

- Mio. EUR -	
1. Bürgschaften:	
a) Wirtschaftsbetriebe	1.787,1
b) Unternehmen mit Landesbeteiligung	17,0
c) Finanzierungsgesellschaft	0,0
d) Kleinwohnungen	1,6
e) Landwirtschaftliche Betriebe	1,5
2. Rückbürgschaften:	
a) Kreditgarantiegemeinschaften	605,0
b) Wohnungsbau	233,9
<hr/>	
Zwischensumme	2.646,1
<hr/>	
3. Garantien (einschließlich Rückgarantie- und Haftungsfreistellungserklärungen)	9.360,4
<hr/>	
Gewährleistungen insgesamt	12.006,5
<hr/>	

6. **Finanzstatistische Übersichten:**

1. Gesamtausgaben ¹⁾ von Bund, Ländern und Gemeinden ²⁾

Jahr	Bund		Länder ³⁾		Gemeinden ³⁾	
	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.
1970	45,0	-	39,4	-	28,9	-
1971	50,3	+ 11,9	45,2	+ 14,8	34,5	+ 19,3
1972	56,8	+ 12,8	51,1	+ 13,1	38,2	+ 10,8
1973	62,7	+ 10,3	58,8	+ 15,1	43,0	+ 12,5
1974	68,5	+ 9,4	68,0	+ 15,5	49,0	+ 14,0
1975	80,2	+ 17,1	74,2	+ 9,2	51,8	+ 5,6
1976	83,1	+ 3,6	78,4	+ 5,6	53,1	+ 2,6
1977	87,9	+ 5,8	82,1	+ 4,7	54,5	+ 2,7
1978	96,9	+ 10,2	89,3	+ 8,8	54,7	+ 0,4
1979	104,0	+ 7,3	96,9	+ 8,5	59,5	+ 8,8
1980	110,3	+ 6,1	104,8	+ 8,1	66,6	+ 11,8
1981	119,1	+ 8,0	107,7	+ 2,8	69,4	+ 4,3
1982	125,1	+ 5,0	111,2	+ 3,3	69,5	+ 0,0
1983	126,2	+ 0,9	113,1	+ 1,6	68,6	- 1,3
1984	128,7	+ 2,0	115,9	+ 2,5	69,7	+ 1,7
1985	131,5	+ 2,1	120,2	+ 3,7	73,4	+ 5,3
1986	133,7	+ 1,7	124,7	+ 3,8	77,8	+ 6,0
1987	137,6	+ 2,9	129,0	+ 3,4	80,8	+ 3,9
1988	140,8	+ 2,4	131,8	+ 2,2	83,1	+ 2,9
1989	148,2	+ 5,2	137,8	+ 4,5	87,7	+ 5,4
1990	157,5	+ 6,3	146,3	+ 6,2	94,7	+ 8,1
1991	205,4	x ⁴⁾	200,2	x ⁴⁾	125,4	x ⁴⁾
1992	218,4	+ 6,3	215,1	+ 7,4	142,7	+ 13,8
1993	233,9	+ 7,1	226,0	+ 5,2	148,2	+ 3,9
1994	240,9	+ 3,0	230,1	+ 1,7	150,4	+ 1,5
1995	237,6	- 1,4	237,2	+ 3,1	152,7	+ 1,5
1996	232,9	- 2,0	243,1	+ 2,5	148,6	- 2,7
1997	226,0	- 3,0	241,6	- 0,6	143,7	- 3,3
1998	233,6	+ 3,4	243,2	+ 0,7	142,5	- 0,8
1999	246,9	+ 5,7	245,3	+ 0,8	143,8	+ 0,9
2000	244,4	- 1,0	249,3	+ 1,7	146,1	+ 1,6
2001	243,1	- 0,5	255,0	+ 2,3	148,3	+ 1,5
2002 ⁵⁾	249,3	+ 2,5	257,0	+ 0,8	150,0	+ 1,1
2003	256,7	+ 3,0	258,7	+ 0,7	149,9	- 0,0
2004	251,6	- 2,0	256,1	- 1,0	150,1	+ 0,1
2005	259,8	+ 3,3	259,2	+ 1,2	153,2	+ 2,1
2006	261,0	+ 0,5	259,1	- 0,0	157,4	+ 2,8
2007 ⁶⁾	270,5	+ 3,6	264,9	+ 2,2	160,7	+ 2,1
2008 ^{6) 7)}	282,3	+ 4,4	274,9	+ 3,8	167,3	+ 4,1

¹⁾ Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge.

²⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet.

³⁾ Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischer Buchführung.

⁴⁾ Mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

⁵⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik.

⁶⁾ Gemeinden vorläufiges Ist.

⁷⁾ Stand: Finanzplanungsrat Juni/Juli 2009, tlw. vorläufiges Ist.

2. Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden ¹⁾

Jahr	Personalausgaben			Personalausgabenquote ²⁾		
	Bund	Länder	Gemeinden	Bund	Länder	Gemeinden
	- in Mio. EUR -			- in v. H. -		
1970	7.438	15.933	7.782	16,5	40,5	26,9
1971	8.702	19.144	9.338	17,3	42,4	27,1
1972	9.692	21.305	10.498	17,1	41,7	27,5
1973	10.875	24.586	12.112	17,4	41,8	28,2
1974	12.287	28.511	14.245	17,9	42,0	29,1
1975	13.011	31.165	15.521	16,2	42,0	30,0
1976	13.421	33.109	16.179	16,2	42,2	30,5
1977	14.043	35.515	16.902	16,0	43,3	31,0
1978	14.710	37.365	15.057	15,2	41,8	27,5
1979	15.426	39.861	15.817	14,8	41,1	26,6
1980	16.433	42.739	17.115	14,9	40,8	25,7
1981	17.426	44.395	18.130	14,6	41,2	26,1
1982	17.587	45.807	18.610	14,1	41,2	26,8
1983	17.966	47.197	19.032	14,2	41,7	27,8
1984	18.128	47.839	19.429	14,1	41,3	27,9
1985	18.749	48.923	20.217	14,3	40,7	27,5
1986	19.398	50.930	21.479	14,5	40,8	27,6
1987	20.083	52.538	22.588	14,6	40,7	27,9
1988	20.511	53.858	23.107	14,6	40,9	27,8
1989	21.136	55.158	23.717	14,3	40,0	27,1
1990	22.088	58.101	25.320	14,0	39,7	26,7
1991	24.915	70.936	35.541	12,1	35,4	28,4
1992	26.328	78.084	39.718	12,1	36,3	27,8
1993	26.952	82.908	40.359	11,5	36,7	27,2
1994	26.928	84.891	39.741	11,2	36,9	26,4
1995	27.064	88.361	40.524	11,4	37,2	26,5
1996	27.031	89.890	39.835	11,6	37,0	26,8
1997	26.836	90.451	38.980	11,9	37,4	27,1
1998	26.653	91.363	38.710	11,4	37,6	27,2
1999	26.963	93.028	39.191	10,9	37,9	27,3
2000	26.517	93.802	39.550	10,8	37,6	27,1
2001	26.807	94.537	39.388	11,0	37,1	26,6
2002 ³⁾	26.986	96.932	40.000	10,8	37,7	26,7
2003	27.235	97.051	40.547	10,6	37,5	27,0
2004	26.758	97.364	40.485	10,6	38,0	27,0
2005	26.372	96.376	40.746	10,1	37,2	26,6
2006	26.110	94.624	40.673	10,0	36,5	25,8
2007 ⁴⁾	26.038	95.381	40.534	9,6	36,0	25,2
2008 ^{4) 5)}	27.012	95.857	42.211	9,6	34,9	25,2

¹⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet.

²⁾ Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H. (ohne besondere Finanzierungsvorgänge).

³⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik.

⁴⁾ Gemeinden vorläufiges Ist.

⁵⁾ Stand: Finanzplanungsrat Juni/Juli 2009; tlw. vorläufiges Ist.

3. Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften 1980, 1990, 1998 bis 2008 ¹⁾ (Schuldenaufnahme ./ Schuldentilgung am Kreditmarkt)

Gebietskörperschaft	1980	1990	1998	1999	2000	2001	2002 ¹⁰⁾	2003	2004	2005	2006	2007 ¹¹⁾	2008 ^{11) 12)}
	- in Mio. EUR -												
1. Bund	13.860	16.263 ²⁾	28.852	26.110	23.759	22.826	31.863	38.648	39.542	31.197	27.893	14.336	11.535
2. Länder insgesamt	10.816	9.313	15.137 ⁵⁾	11.810 ⁵⁾	12.948 ⁵⁾	20.922 ⁵⁾	26.902 ⁵⁾	26.818 ⁵⁾	26.774 ⁵⁾	24.958	13.963	3.619	2.873
davon													
- Nordrhein-Westfalen	4.126	2.219	3.243	2.673	3.623	5.407 ⁶⁾	4.164	6.666 ⁶⁾	6.872	6.770 ⁷⁾	3.393	1.980 ⁸⁾	1.228 ⁹⁾
- übrige Flächenländer	5.763	5.205	8.810 ⁵⁾	6.474 ⁵⁾	6.381 ⁵⁾	9.478 ⁵⁾	15.301 ⁵⁾	14.583 ⁵⁾	13.869 ⁵⁾	12.936	7.323	3.343	1.831
- Stadtstaaten ³⁾	927	1.889	3.084 ⁵⁾	2.662 ⁵⁾	2.944 ⁵⁾	6.037 ⁵⁾	7.437 ⁵⁾	5.569 ⁵⁾	6.032 ⁵⁾	5.252	3.247	- 1.704	- 186
3. Gemeinden insgesamt ⁴⁾	2.227	1.471	671	154	- 287	210	707	1.788	746	162	- 1.969	- 2.532	- 3.076
davon													
- Nordrhein-Westfalen	1.163	793	171	103	74	- 189	290	461	200	94	- 260	- 728	- 388
- übrige Flächenländer	1.064	678	499	52	- 361	399	417	1.327	546	67	- 1.709	- 1.804	- 2.688

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

¹⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet.

²⁾ Ohne übergeleiteten DDR-Haushalt, 2. Halbjahr 1990.

³⁾ Bis 1990 Berlin-West, ab 1991 Berlin insgesamt.

⁴⁾ Ohne innere Darlehen.

⁵⁾ Einschl. Sanierungshilfen für das Saarland (bis 1998: 818 Mio. EUR; 1999: 614 Mio. EUR; 2000: 537 Mio. EUR; 2001: 460 Mio. EUR; 2002: 383 Mio. EUR; 2003: 307 Mio. EUR; 2004: 256 Mio. EUR) und für Bremen (bis 1999: 920 Mio. EUR; 2000: 818 Mio. EUR; 2001: 716 Mio. EUR; 2002: 614 Mio. EUR; 2003: 511 Mio. EUR; 2004: 358 Mio. EUR).

⁶⁾ Aufgrund von durchgeführten Ausgliederungen nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar.

⁷⁾ Nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar aufgrund Kapitalzuführung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW sowie an die landeseigene Beteiligungsverwaltungsgesellschaft.

⁸⁾ Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt.

⁹⁾ Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführung zum Risikofonds WestLB und zum Sondervermögen "Abrechnung Finanzmarktstabilisierungsfonds" eingeschränkt.

¹⁰⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik.

¹¹⁾ Gemeinden vorläufiges Ist.

¹²⁾ Stand: Finanzplanungsrat Juni/Juli 2009; tlw. vorläufiges Ist, NRW endgültig.

Quellen: Finanzberichte des Bundes, BMF; Haushaltsrechnungsstatistik; Vierteljahresstatistik.

**4. Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,
der Länder und des Landes Nordrhein-Westfalen
nach der Steuerverteilung
- ohne steuerähnliche Abgaben -**

Jahr	Bund ¹⁾	Veränd. zum Vorjahr	Länder ²⁾	Veränd. zum Vorjahr	Nordrhein- Westfalen ³⁾	Veränd. zum Vorjahr	
	- in Mio. EUR -	- in v. H. -	- in Mio. EUR -	- in v. H. -	- in Mio. EUR -	- in v. H. -	- in Mio. EUR -
1970	42.742,3	+ 2,7	25.810,8	+ 8,1	7.485,5	+ 7,1	+ 496,3
1971	47.587,7	+ 11,3	28.942,4	+ 12,1	8.343,8	+ 11,5	+ 858,3
1972	52.001,5	+ 9,3	34.228,3	+ 18,3	9.772,5	+ 17,1	+ 1.428,8
1973	58.777,0	+ 13,0	39.106,6	+ 14,3	11.163,0	+ 14,2	+ 1.390,5
1974	61.054,6	+ 3,9	42.614,8	+ 9,0	12.291,6	+ 10,1	+ 1.128,6
1975	61.361,4	+ 0,5	41.701,2	- 2,1	11.941,0	- 2,9	- 350,6
1976	67.379,9	+ 9,8	46.312,2	+ 11,1	13.394,5	+ 12,2	+ 1.453,5
1977	74.108,2	+ 10,0	52.761,2	+ 13,9	14.972,4	+ 11,8	+ 1.577,8
1978	79.343,7	+ 7,1	56.489,8	+ 7,1	15.961,7	+ 6,6	+ 989,3
1979	85.597,1	+ 7,9	61.362,7	+ 8,6	17.268,9	+ 8,2	+ 1.307,3
1980	90.776,0	+ 6,1	64.154,0	+ 4,5	18.102,8	+ 4,8	+ 833,9
1981	93.021,2	+ 2,5	64.519,3	+ 0,6	17.935,9	- 0,9	- 166,9
1982	94.370,1	+ 1,5	66.668,3	+ 3,3	18.466,7	+ 3,0	+ 530,8
1983	98.099,2	+ 4,0	70.057,0	+ 5,1	19.263,2	+ 4,3	+ 796,5
1984	101.677,8	+ 3,6	73.560,5	+ 5,0	20.081,8	+ 4,2	+ 818,6
1985	106.312,8	+ 4,6	77.980,3	+ 6,0	20.970,5	+ 4,4	+ 888,7
1986	107.669,9	+ 1,3	81.857,5	+ 5,0	22.271,5	+ 6,2	+ 1.301,0
1987	111.890,1	+ 3,9	85.124,1	+ 4,0	23.136,5	+ 3,9	+ 865,0
1988	113.850,3	+ 1,8	88.435,5	+ 3,9	24.190,1	+ 4,6	+ 1.053,7
1989	127.713,3	+ 12,2	96.744,0	+ 9,4	26.831,9	+ 10,9	+ 2.641,8
1990	133.872,5	+ 4,8	97.793,3	+ 1,1	27.108,5	+ 1,0	+ 276,6
1991 ⁴⁾	164.295,4	x	114.693,8	x	28.703,0	+ 5,9	+ 1.594,5
1992	182.453,9	+ 11,1	126.479,2	+ 10,3	31.319,0	+ 9,1	+ 2.616,0
1993	184.192,7	+ 1,0	130.957,8	+ 3,5	31.346,8	+ 0,1	+ 27,9
1994	197.432,7	+ 7,2	133.931,5	+ 2,3	31.164,0	- 0,6	- 182,8
1995 ⁵⁾	199.816,6	+ 1,2	147.233,2	+ 9,9	33.395,9	+ 7,2	+ 2.231,9
1996 ⁶⁾	190.400,1	- 4,7	150.438,3	+ 2,2	33.931,1	+ 1,6	+ 535,2
1997	188.280,3	- 1,1	148.668,7	- 1,2	33.373,4	- 1,6	- 557,7
1998	194.030,1	+ 3,1	156.520,2	+ 5,3	35.075,4	+ 5,1	+ 1.702,0
1999	211.726,6	+ 9,1	164.723,8	+ 5,2	36.830,5	+ 5,0	+ 1.755,1
2000	219.034,4	+ 3,5	169.249,1	+ 2,7	37.796,9	+ 2,6	+ 966,4
2001	213.342,2	- 2,6	159.114,8	- 6,0	33.639,1	- 11,0	- 4.157,8
2002	214.371,5	+ 0,5	156.231,2	- 1,8	35.923,8	+ 6,8	+ 2.284,7
2003	214.009,5	- 0,2	155.510,1	- 0,5	33.398,5	- 7,0	- 2.525,3
2004	208.917,2	- 2,4	157.920,8	+ 1,6	33.912,0	+ 1,5	+ 513,5
2005	211.810,2	+ 1,4	158.843,9	+ 0,6	34.700,7	+ 2,3	+ 788,7
2006	225.634,1	+ 6,5	173.409,7	+ 9,2	37.043,8	+ 6,8	+ 2.343,1
2007	251.356,3	+ 11,4	191.948,6	+ 10,7	40.522,9	+ 9,4	+ 3.479,0
2008	261.080,2	+ 3,9	200.021,1	+ 4,2	42.118,2	+ 3,9	+ 1.595,4

¹⁾ Ohne EU-Anteile, vor Abzug von Ergänzungszuweisungen und (ab 1996) Bahnstrukturreform.

²⁾ Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten.

³⁾ Isteinnahmen lt. Haushaltsrechnung, zur Vergleichbarkeit mit den Ländern 1993 bis 1995 nettogestellt.

⁴⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet, daher mit Vorjahr nicht vergleichbar.

⁵⁾ Die Veränderungsraten sind durch die Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer ab 1995 um 7 v. H.-Punkte zur Finanzierung der Mehrbelastung aufgrund der Neuregelung des LFA mit dem Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar (Hinweis auf Seiten A 58 ff. des Finanzberichts NRW 1997).

⁶⁾ Veränderungsraten durch Umstellung des Kindergeldverfahrens mit Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar.

5. Gesamtverschuldung ¹⁾ der Gebietskörperschaften 1970, 1980, 1987 bis 2008 - in Mrd. EUR -

Stand 31.12.	1970	1980	1987	1988	1989	1990	1991 ⁹⁾	1992	1993	1994	1995	1996
Bund ²⁾	24,4	117,6	225,2	243,0	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,3	385,7	426,0
Lastenausgleichsfonds	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ERP-Sondervermögen ⁸⁾	0,7	1,6	2,9	3,0	3,5	4,7	8,3	12,4	14,4	14,3	18,6	19,0
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0
Fonds "Deutsche Einheit"	-	-	-	-	-	10,1	25,8	38,0	44,8	45,8	44,6	42,7
Erblastentilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	168,2	165,4
Kreditabwicklungsfonds	-	-	-	-	-	14,1	14,0	46,9	51,8	52,4	-	-
Länder	24,8	81,5	159,4	169,1	172,9	182,7	193,8	212,0	234,7	250,9	272,2	294,5
Gemeinden (GV) ^{3) 4) 5)}	23,2	48,6	60,0	61,1	62,3	63,8	70,5	75,5	81,7	85,1	88,1	89,8
Zweckverbände ^{4) 5) 6)}	-	4,0	4,5	4,6	4,9	5,2	5,6	6,4	8,7	11,3	11,6	11,4
Bundeseisenbahnvermögen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36,5	40,1	39,8
Zusammen ⁷⁾	62,9	236,6	431,7	459,6	472,8	536,2	595,9	679,9	765,5	840,1	1.009,3	1.069,2
nachr.: Schulden bei Verwaltungen	13,6	16,8	20,4	21,2	21,6	21,7	21,8	21,5	20,9	20,4	19,6	19,4

Stand 31.12.	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bund ^{2) 10) 11)}	459,7	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	902,1	922,0	933,2
ERP-Sondervermögen ⁸⁾	18,8	19,4	16,0	18,4	19,2	19,4	19,3	18,2	15,1	14,4	-	-
Entschädigungsfonds	0,0	0,1	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5	0,4	0,3	0,2	0,1	0,0
Fonds "Deutsche Einheit"	40,7	40,3	40,1	39,7	39,6	39,4	39,1	38,7	-	-	-	-
Erblastentilgungsfonds	164,7	155,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Länder ¹²⁾	314,0	328,7	336,6	346,3	370,7	397,3	427,0	454,4	479,3	493,0	494,6	493,1
Gemeinden (GV) ^{3) 5)}	90,1	89,4	88,3	87,5	87,1	87,1	88,8	89,0	88,6	86,6	83,9	81,0
Zweckverbände ⁵⁾	10,7	11,1	12,5	8,5	7,5	7,5	7,8	7,9	7,8	2,8	2,7	2,7
Bundeseisenbahnvermögen	39,5	39,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundes-Pensions-Service für Post u. Telekommunikation e. V.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15,5	15,5	15,5
Sonderfonds Finanzmarkt- stabilisierung (SoFFin)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8,2
Zusammen ⁷⁾	1.119,1	1.153,4	1.183,1	1.198,1	1.203,9	1.253,2	1.325,7	1.395,0	1.447,5	1.497,1	1.502,2	1.517,6
nachr.: Schulden bei Verwaltungen	19,2	19,1	18,9	18,0	17,8	17,4	17,1	16,5	16,2	17,4	16,6	16,0

¹⁾ Kreditmarktschulden im engeren Sinne (einschl. Schulden bei öffentl. Zusatzversorgungseinrichtungen) Ausgleichsforderungen, Schulden bei öffentlichen Haushalten (ohne Kasserverstärkungskredite, innere Darlehen und kreditähnliche Rechtsgeschäfte) Revision 1990.

²⁾ Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds.

³⁾ Ab 1974 ohne Eigenbetriebe; bis 1973 methodisch angeglichen.

⁴⁾ Bis 1991 einschließlich Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

⁵⁾ Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, daher Vergleichbarkeit mit den Vorjahren eingeschränkt.

⁶⁾ Vor 1974 statistisch nicht nachgewiesen.

⁷⁾ In der Summe ohne Schulden bei Verwaltungen; Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

⁸⁾ 1995 - 1998 einschl. Ausgleichsfonds "Steinkohle"; ab 2007 Übergang zum Bund.

⁹⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet.

¹⁰⁾ Ab 1999 einschl. der in den Bundeshaushalt übernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds.

¹¹⁾ Ab 2005 einschl. der in den Bundeshaushalt übernommenen Schulden des Fonds "Deutsche Einheit"; ab 2007 einschl. ERP-Sondervermögen.

¹²⁾ Ab 2006 einschl. Extrahaushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5.

6. Bereinigte Gesamtausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁹⁾
Bund	225.950	233.619	246.869	244.405	243.145	249.286	256.703	251.594	259.849	261.046	270.450	282.308
Schleswig-Holstein	7.135	7.279	7.442	7.551	7.729	7.805	7.930	7.933	8.326	8.186	8.332	8.582
Niedersachsen	19.746	20.101	20.261	20.848	22.084	22.188	22.180	21.859	21.786	21.788	23.471	23.444
Hessen	16.533	16.658	17.755	18.213	18.562	18.156	18.378	17.937	17.669	19.138	21.072	20.888
Rheinland-Pfalz	10.854	10.947	11.080	11.219	11.298	11.411	11.701	11.650	11.539	11.930	12.303	12.838
Baden-Württemberg	26.929	28.731	28.620	30.264	31.558	30.779	31.042	31.260	31.611	32.856	32.861	34.472
Bayern	30.713	31.078	31.677	32.409	33.227	34.481	34.816	34.249	34.383	34.991	35.892	41.229
Saarland	3.158	3.193	3.204	3.266	3.275	3.300	3.296	3.248	3.281	3.295	3.317	3.351
Nordrhein-Westfalen	45.112	45.034	45.502	46.179	47.437 ⁴⁾	47.725	47.417 ⁴⁾	48.102	50.591 ⁵⁾	47.798 ⁶⁾	49.906 ⁷⁾	51.193 ⁸⁾
Flächenländer (West) insg. ²⁾	160.180	163.020	165.541	169.949	175.171	175.846	176.760	176.237	179.185	179.982	187.153	195.997
Flächenländer (West) o. NRW ²⁾	115.068	117.987	120.040	123.770	127.734	128.121	129.343	128.136	128.594	132.184	137.248	144.804
Brandenburg	9.657	9.749	9.834	9.700	9.916	10.163	9.599	9.519	9.623	9.936	9.828	10.052
Mecklenburg-Vorpommern	7.308	7.330	7.237	7.118	7.058	7.275	7.179	6.963	6.945	6.830	6.707	6.887
Sachsen	15.665	15.376	15.549	16.123	15.474	15.924	16.691	15.885	15.545	15.827	15.509	16.061
Sachsen-Anhalt	10.809	10.470	10.302	10.454	10.338	10.292	10.463	10.111	10.213	10.141	9.814	9.828
Thüringen	9.604	9.680	9.794	9.687	9.616	9.263	9.220	9.275	9.089	9.007	9.060	9.139
Flächenländer (Ost) ²⁾	53.042	52.604	52.714	53.082	52.401	52.915	53.153	51.752	51.414	51.742	50.919	51.967
Hamburg	9.420	9.361	9.490	9.729	9.582	9.757	10.595	10.492	9.952	10.348	10.397	11.103
Bremen	4.024	4.055	4.100	4.115	4.189	4.217	4.269	4.249	4.103	4.066	4.051	4.101
Berlin	21.423	21.193	21.081	20.895	22.574	21.066	20.675	20.539	21.596	20.522	20.711	20.860
Stadtstaaten ²⁾	34.867	34.608	34.671	34.739	36.344	35.040	35.538	35.280	35.652	34.936	35.159	36.064
Länder insgesamt (ber.) ³⁾	241.561	243.218	245.268	249.337	255.001	256.962	258.690	256.050	259.216	259.124	264.942	274.890

1) Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge.

2) Additionsergebnisse ohne Bereinigungen.

3) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander.

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt.

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich

stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung).

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt.

8) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführung zum Risikofonds WestLB und zum Sondervermögen in Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes eingeschränkt.

9) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF.

7. Veränderungsrate der bereinigten Gesamtausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁹⁾
Bund	-3,0	3,4	5,7	-1,0	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4
Schleswig-Holstein	-1,4	2,0	2,2	1,5	2,4	1,0	1,6	0,0	5,0	-1,7	1,8	3,0
Niedersachsen	-0,3	1,8	0,8	2,9	5,9	0,5	0,0	-1,5	-0,3	0,0	7,7	-0,1
Hessen	-0,3	0,8	6,6	2,7	1,9	-2,2	1,2	-2,4	-1,5	8,3	10,1	-0,9
Rheinland-Pfalz	-1,2	1,0	1,2	1,2	0,7	1,0	2,5	-0,4	-1,0	3,4	3,1	4,3
Baden-Württemberg	-3,1	6,7	-0,4	5,7	4,3	-2,5	0,9	0,7	1,1	3,9	0,0	4,9
Bayern	-1,4	1,2	1,9	2,3	2,5	3,8	1,0	-1,6	0,4	1,8	2,6	14,9
Saarland	-2,2	1,1	0,3	1,9	0,3	0,8	-0,1	-1,5	1,0	0,4	0,6	1,0
Nordrhein-Westfalen	2,8	-0,2	1,0	1,5	2,7 ⁴⁾	0,6	-0,6 ⁴⁾	1,4	5,2 ⁵⁾	-5,5 ⁶⁾	4,4 ⁷⁾	2,6 ⁸⁾
Flächenländer (West) insg. ²⁾	-0,3	1,8	1,5	2,7	3,1	0,4	0,5	-0,3	1,4	0,4	4,0	4,7
Flächenländer (West) ohne NRW ²⁾	-1,5	2,5	1,7	3,1	3,2	0,3	1,0	-0,9	-0,6	2,8	3,8	5,5
Brandenburg	-2,0	0,9	0,9	-1,4	2,2	2,5	-5,5	-0,8	1,1	3,2	-1,1	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	-3,9	0,3	-1,3	-1,6	-0,8	3,1	-1,3	-3,0	-0,3	-1,6	-1,8	2,7
Sachsen	-2,7	-1,8	1,1	3,7	-4,0	2,9	4,8	-4,8	-2,1	1,8	-2,0	3,6
Sachsen-Anhalt	4,7	-3,1	-1,6	1,5	-1,1	-0,4	1,7	-3,4	1,0	-0,7	-3,2	0,1
Thüringen	-0,3	0,8	1,2	-1,1	-0,7	-3,7	-0,5	0,6	-2,0	-0,9	0,6	0,9
Flächenländer (Ost) ²⁾	-0,9	-0,8	0,2	0,7	-1,3	1,0	0,4	-2,6	-3,3	0,6	-1,6	2,1
Hamburg	-0,4	-0,5	1,4	2,5	-1,5	1,8	8,6	-1,0	-5,1	4,0	0,5	6,8
Bremen	0,5	0,8	1,1	0,4	1,8	0,7	1,2	-0,5	-3,4	-0,9	-0,4	1,2
Berlin	-1,8	-1,1	-0,5	-0,9	8,0	-6,7	-1,9	-0,7	5,1	-5,0	0,9	0,7
Stadtstaaten ²⁾	-1,2	-0,7	0,2	0,2	4,6	-3,6	1,4	-0,7	0,3	-2,0	0,6	2,6
Länder insgesamt (ber.) ³⁾	-0,6	0,7	0,8	1,7	2,3	0,8	0,7	-1,0	1,2	0,0	2,2	3,8

1) Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge.

2) Rechnerische Veränderungsrate der Additionsergebnisse ohne Bereinigungen.

3) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander.

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt.

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung).

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt.

8) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführung zum Risikofonds WestLB und zum Sondervermögen in Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes eingeschränkt.

9) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen.

8. Personalausgaben des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁴⁾
Bund	26.836	26.653	26.963	26.517	26.807	26.986	27.235	26.758	26.372	26.110	26.038	27.012
Schleswig-Holstein	2.904	2.935	2.986	2.994	3.055	3.158	3.188	3.259	3.265	3.100	2.999	3.051
Niedersachsen	8.343	8.439	8.487	8.570	8.170	8.476	8.669	8.724	8.394	8.522	8.709	8.887
Hessen	6.719	6.829	7.022	6.970	6.597	6.795	6.765	6.854	6.824	6.966	7.163	7.266
Rheinland-Pfalz	4.373	4.362	4.494	4.560	4.681	4.632	4.713	4.775	4.661	4.734	4.630	4.753
Baden-Württemberg	11.312	11.464	11.753	11.861	12.298	12.731	12.793	13.064	12.808	12.995	12.814	13.058
Bayern	12.556	12.767	13.103	13.335	13.647	14.104	14.491	14.533	14.796	15.090	15.340	15.825
Saarland	1.224	1.235	1.265	1.284	1.322	1.363	1.380	1.256	1.274	1.235	1.238	1.258
Nordrhein-Westfalen	17.837	18.240	18.620	18.977	19.194 ¹⁾	19.906	19.574 ¹⁾	19.897	20.261	18.601 ²⁾	19.612 ³⁾	19.024
Flächenländer (West) insg.	65.267	66.272	67.731	68.551	68.964	71.165	71.575	72.362	72.283	71.242	72.504	73.122
Flächenländer (West) o. NRW	47.430	48.032	49.111	49.574	49.770	51.258	52.001	52.465	52.022	52.641	52.893	54.098
Brandenburg	2.489	2.511	2.515	2.409	2.446	2.374	2.396	2.222	2.095	2.048	2.043	2.009
Mecklenburg-Vorpommern	1.823	1.851	1.885	1.899	1.924	1.946	1.939	1.855	1.788	1.567	1.539	1.535
Sachsen	3.904	3.968	4.025	4.060	4.136	4.214	4.273	4.189	4.164	4.104	3.983	3.987
Sachsen-Anhalt	2.728	2.731	2.768	2.784	2.799	2.801	2.673	2.831	2.320	2.311	2.215	2.212
Thüringen	2.495	2.406	2.438	2.428	2.474	2.483	2.511	2.471	2.436	2.410	2.412	2.132
Flächenländer (Ost)	13.440	13.467	13.630	13.580	13.779	13.819	13.790	13.567	12.802	12.441	12.192	11.875
Hamburg	3.227	3.193	3.200	3.210	3.277	3.356	3.353	3.376	3.372	3.336	3.187	3.289
Bremen	1.328	1.328	1.334	1.315	1.329	1.322	1.343	1.294	1.278	1.261	1.266	1.287
Berlin	7.190	7.103	7.133	7.147	7.188	7.271	6.991	6.764	6.641	6.343	6.232	6.288
Stadtstaaten	11.745	11.624	11.666	11.672	11.794	11.949	11.687	11.434	11.291	10.941	10.685	10.864
Länder insgesamt	90.451	91.363	93.028	93.802	94.537	96.932	97.051	97.364	96.376	94.624	95.381	95.857

1) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung).

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Zuführungen zur Versorgungsrücklage eingeschränkt.

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF.

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

9. Personalausgabenquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁷⁾
Bund	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6
Schleswig-Holstein	40,7	40,3	40,1	39,7	39,5	40,5	40,2	41,1	39,2	37,9	36,0	35,6
Niedersachsen	42,3	42,0	41,9	41,1	37,0	38,2	39,1	39,9	38,5	39,1	37,1	37,9
Hessen	40,6	41,0	39,5	38,3	35,5	37,4	36,8	38,2	38,6	36,4	34,0	34,8
Rheinland-Pfalz	40,3	39,8	40,6	40,6	41,4	40,6	40,3	41,0	40,4	39,7	37,6	37,0
Baden-Württemberg	42,0	39,9	41,1	39,2	39,0	41,4	41,2	41,8	40,5	39,5	39,0	37,9
Bayern	40,9	41,1	41,4	41,1	41,1	40,9	41,6	42,4	43,0	43,1	42,7	38,4
Saarland	38,7	38,7	39,5	39,3	40,4	41,3	41,9	38,7	38,8	37,5	37,3	37,5
Nordrhein-Westfalen	39,5	40,5	40,9	41,1	40,5 ²⁾	41,7	41,3 ²⁾	41,4	40,0 ³⁾	38,9 ⁴⁾	39,3 ⁵⁾	37,2 ⁶⁾
Flächenländer (West) insg.	40,7	40,7	40,9	40,3	39,4	40,5	40,5	41,1	40,3	39,6	38,7	37,3
Flächenländer (West) o. NRW	41,2	40,7	40,9	40,1	39,0	40,0	40,2	40,9	40,5	39,8	38,5	37,4
Brandenburg	25,8	25,8	25,6	24,8	24,7	23,4	25,0	23,3	21,8	20,6	20,8	20,0
Mecklenburg-Vorpommern	24,9	25,3	26,0	26,7	27,3	26,8	27,0	26,6	25,7	22,9	22,9	22,3
Sachsen	24,9	25,8	25,9	25,2	26,7	26,5	25,6	26,4	26,8	25,9	25,7	24,8
Sachsen-Anhalt	25,2	26,1	26,9	26,6	27,1	27,2	25,5	28,0	22,7	22,8	22,6	22,5
Thüringen	26,0	24,9	24,9	25,1	25,7	26,8	27,2	26,6	26,8	26,8	26,6	23,3
Flächenländer (Ost)	25,3	25,6	25,9	25,6	26,3	26,1	25,9	26,2	24,9	24,0	23,9	22,9
Hamburg	34,3	34,1	33,7	33,0	34,2	34,4	31,6	32,2	33,9	32,2	30,7	29,6
Bremen	33,0	32,8	32,5	32,0	31,7	31,3	31,5	30,5	31,2	31,0	31,2	31,4
Berlin	33,6	33,5	33,8	34,2	31,8	34,5	33,8	32,9	30,8	30,9	30,1	30,1
Stadtstaaten	33,7	33,6	33,6	33,6	32,5	34,1	32,9	32,4	31,7	31,3	30,4	30,1
Länder insgesamt	37,4	37,6	37,9	37,6	37,1	37,7	37,5	38,0	37,2	36,5	36,0	34,9

1) Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt.

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung).

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt.

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführung zum Risikofonds WestLB und zum Sondervermögen in Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes eingeschränkt.

7) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen.

10. Personalsteuerquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁵⁾
Bund	15,9	15,3	14,0	13,3	13,8	14,1	14,2	14,3	13,9	12,8	11,3	11,3
Schleswig-Holstein	59,3	56,7	57,9	58,1	59,7	64,8	61,9	67,2	64,9	55,7	49,0	47,5
Niedersachsen	63,6	61,9	60,2	58,7	57,8	64,4	64,6	62,4	59,4	53,4	52,2	50,2
Hessen	56,0	52,2	49,0	46,5	46,8	51,4	50,6	52,9	52,0	46,1	41,9	43,2
Rheinland-Pfalz	66,8	63,9	61,8	62,8	68,1	68,9	68,1	66,5	65,0	60,2	52,6	51,8
Baden-Württemberg	58,2	54,2	52,7	51,6	55,7	59,8	58,2	58,6	57,6	54,1	47,6	46,6
Bayern	54,5	52,7	51,5	50,0	53,7	55,7	57,9	56,1	57,0	54,1	49,4	47,5
Saarland	69,3	68,1	66,6	64,8	70,2	79,7	78,2	71,6	68,7	62,8	54,4	54,9
Nordrhein-Westfalen	53,4	52,0	50,6	50,2	57,1 ²⁾	55,4	58,6 ²⁾	58,7	58,4	50,2 ³⁾	48,4 ⁴⁾	45,2
Flächenländer (West) insg.	57,2	54,8	53,2	52,2	56,0	58,2	59,1	58,9	58,2	52,6	48,5	46,9
Flächenländer (West) o. NRW	58,7	55,9	54,2	52,9	55,6	59,4	59,3	59,0	58,1	53,5	48,5	47,6
Brandenburg	58,4	57,6	53,7	49,9	52,3	55,9	56,0	48,8	48,4	43,1	37,3	36,0
Mecklenburg-Vorpommern	60,5	60,2	58,9	57,8	60,6	66,9	66,2	61,8	62,4	49,3	43,5	41,4
Sachsen	51,8	51,6	50,2	49,8	52,0	58,3	57,6	56,9	58,3	50,9	44,7	43,2
Sachsen-Anhalt	61,4	58,0	57,9	58,5	59,5	65,8	63,6	64,7	54,7	49,8	44,0	42,5
Thüringen	61,1	56,9	55,4	54,1	56,2	62,8	61,9	60,8	60,2	57,5	49,3	42,2
Flächenländer (Ost)	57,6	56,0	54,3	53,2	55,3	61,1	60,3	58,1	56,6	50,1	43,8	41,3
Hamburg	53,3	47,8	44,4	43,0	49,1	49,1	47,2	47,0	45,7	39,5	37,7	35,7
Bremen	69,7	75,5	68,7	71,1	76,3	75,5	71,6	69,4	70,4	62,4	60,0	55,3
Berlin	90,7	87,7	83,9	83,2	90,5	96,0	91,5	84,4	81,8	70,1	62,1	59,0
Stadtstaaten	73,9	70,3	66,1	65,2	72,1	74,0	70,4	67,0	65,2	56,0	51,9	49,0
Länder insgesamt	59,0	56,5	54,7	53,6	57,5	60,2	60,4	59,6	58,7	52,6	48,2	46,4

1) Anteil der Personalausgaben an den Steuereinnahmen in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung).

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Zuführungen zur Versorgungsrücklage eingeschränkt.

5) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen.

11. Investitionsausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁶⁾
Bund	28.826	29.206	28.625	28.146	27.273	24.073	25.732	22.378	23.762	22.716	26.215	24.316
Schleswig-Holstein	701	700	758	766	745	690	724	668	675	700	772	737
Niedersachsen	2.361	2.290	2.022	2.190	2.681	2.189	2.212	1.636	1.845	1.483	2.372	1.843
Hessen	1.763	1.502	1.438	1.440	1.755	1.475	1.754	1.591	1.547	1.692	1.742	1.790
Rheinland-Pfalz	1.494	1.418	1.350	1.396	1.343	1.110	1.188	1.276	1.261	1.370	1.217	1.262
Baden-Württemberg	2.785	3.522	2.682	3.420	4.109	3.080	2.917	2.603	2.703	2.926	2.764	2.938
Bayern	5.033	4.936	4.843	4.834	4.820	4.956	5.105	4.005	3.932	4.178	4.173	7.602
Saarland	334	378	376	410	377	364	371	351	356	332	323	324
Nordrhein-Westfalen	4.692	4.715	4.723	4.695	4.346 ³⁾	4.237	4.684 ³⁾	4.581	6.738 ⁴⁾	4.349 ⁵⁾	4.349	4.575
Flächenländer (West) insg.	19.164	19.461	18.192	19.151	20.176	18.100	18.953	16.712	19.056	17.029	17.711	21.071
Flächenländer (West) ohne NRW	14.472	14.745	13.469	14.456	15.830	13.863	14.270	12.130	12.318	12.681	13.362	16.496
Brandenburg	2.270	2.470	2.400	2.162	2.151	2.161	1.782	1.840	1.753	1.833	1.715	1.630
Mecklenburg-Vorpommern	1.969	1.840	1.801	1.617	1.501	1.584	1.490	1.343	1.288	1.300	1.111	1.214
Sachsen	4.958	4.582	4.591	4.947	4.027	4.194	4.666	4.242	3.691	4.040	3.598	3.675
Sachsen-Anhalt	3.015	2.656	2.462	2.471	2.288	2.006	2.167	1.892	2.033	1.710	1.646	1.546
Thüringen	2.502	2.573	2.542	2.450	2.252	1.828	1.773	1.842	1.602	1.615	1.580	1.423
Flächenländer (Ost)	14.714	14.121	13.795	13.647	12.219	11.773	11.879	11.158	10.368	10.498	9.650	9.488
Hamburg	1.119	941	984	986	1.009	1.077	1.530	1.104	1.084	1.010	1.201	1.628
Bremen	522	548	568	628	671	747	793	785	754	622	520	509
Berlin	2.803	2.635	2.412	2.218	3.659	1.818	1.815	1.707	2.885	1.743	1.658	1.447
Stadtstaaten	4.444	4.125	3.964	3.832	5.339	3.642	4.137	3.596	4.724	3.375	3.378	3.584
Länder insgesamt ²⁾	38.307	37.702	35.946	36.621	37.734	33.508	34.969	31.466	34.148	30.902	30.738	34.139

1) Sachinvestitionen und Investitionsförderung.

2) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander.

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF.

Abweichungen in den Zwischensummen sind rundungsbedingt.

4) Vergleichbarkeit wg. Beihilfverfahren WestLB sowie

Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt.

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Fn. 4 und Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung).

6) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

12. Investitionsquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁷⁾
Bund	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,6	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6
Schleswig-Holstein	9,8	9,6	10,2	10,1	9,6	8,8	9,1	8,4	8,1	8,5	9,3	8,6
Niedersachsen	12,0	11,4	10,0	10,5	12,1	9,9	10,0	7,5	8,5	6,8	10,1	7,9
Hessen	10,7	9,0	8,1	7,9	9,5	8,1	9,5	8,9	8,8	8,8	8,3	8,6
Rheinland-Pfalz	13,8	13,0	12,2	12,4	11,9	9,7	10,2	11,0	10,9	11,5	9,9	9,8
Baden-Württemberg	10,3	12,3	9,4	11,3	13,0	10,0	9,4	8,3	8,6	8,9	8,4	8,5
Bayern	16,4	15,9	15,3	14,9	14,5	14,4	14,7	11,7	11,4	11,9	11,6	18,4
Saarland	10,6	11,8	11,7	12,5	11,5	11,0	11,2	10,8	10,9	10,1	9,8	9,7
Nordrhein-Westfalen	10,4	10,5	10,4	10,2	9,2 ²⁾	8,9	9,9 ²⁾	9,5	13,3 ³⁾	9,1 ⁴⁾	8,7 ⁵⁾	8,9 ⁶⁾
Flächenländer (West) insg.	12,0	11,9	11,0	11,3	11,5	10,3	10,7	9,5	10,6	9,5	9,5	10,8
Flächenländer (West) ohne NRW	12,6	12,5	11,2	11,7	12,4	10,8	11,0	9,5	9,6	9,6	9,7	11,4
Brandenburg	23,5	25,3	24,4	22,3	21,7	21,3	18,6	19,3	18,2	18,5	17,4	16,2
Mecklenburg-Vorpommern	26,9	25,1	24,9	22,7	21,3	21,8	20,8	19,3	18,6	19,0	16,6	17,6
Sachsen	31,7	29,8	29,5	30,7	26,0	26,3	28,0	26,7	23,7	25,5	23,2	22,9
Sachsen-Anhalt	27,9	25,4	23,9	23,6	22,1	19,5	20,7	18,7	19,9	16,9	16,8	15,7
Thüringen	26,1	26,6	26,0	25,3	23,4	19,7	19,2	19,9	17,6	17,9	17,4	15,6
Flächenländer (Ost)	27,7	26,8	26,2	25,7	23,3	22,2	22,3	21,6	20,2	20,3	19,0	18,3
Hamburg	11,9	10,1	10,4	10,1	10,5	11,0	14,4	10,5	10,9	9,8	11,5	14,7
Bremen	13,0	13,5	13,8	15,3	16,0	17,7	18,6	18,5	18,4	15,3	12,8	12,4
Berlin	13,1	12,4	11,4	10,6	16,2	8,6	8,8	8,3	13,4	8,5	8,0	6,9
Stadtstaaten	12,7	11,9	11,4	11,0	14,7	10,4	11,6	10,2	13,2	9,7	9,6	9,9
Länder insgesamt	15,9	15,5	14,7	14,7	14,8	13,0	13,5	12,3	13,2	11,9	11,6	12,4

1) Anteil der Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

3) Vergleichbarkeit wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt.

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Fn. 3 und Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung).

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt.

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführung zum Risikofonds WestLB und zum Sondervermögen in Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes eingeschränkt.

7) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF.

13. Zinsausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁴⁾
Bund	27.267	28.678	41.045 ²⁾	39.107	37.584	37.022	36.833	36.233	37.329	37.428	38.680	40.129
Schleswig-Holstein	863	896	897	900	910	882	884	889	875	892	934	931
Niedersachsen	1.993	1.993	2.124	2.082	2.186	2.247	2.274	2.369	2.329	2.279	2.212	2.208
Hessen	1.212	1.285	1.300	1.273	1.247	1.249	1.307	1.333	1.339	1.362	1.332	1.338
Rheinland-Pfalz	953	985	1.022	1.039	1.062	1.058	1.083	1.075	1.070	1.062	1.113	1.195
Baden-Württemberg	1.576	1.637	1.595	1.594	1.598	1.676	1.807	1.866	1.958	2.246	1.927	1.857
Bayern	996	1.049	1.047	1.010	965	952	1.020	1.018	1.039	1.068	982	931
Saarland	477	461	433	402	371	370	368	367	382	399	415	432
Nordrhein-Westfalen	4.079	4.158	4.303	4.289	4.408 ³⁾	4.560	4.635 ³⁾	4.592	4.509	4.634	4.737	4.816
Flächenländer (West) insg.	12.149	12.464	12.721	12.589	12.747	12.994	13.377	13.508	13.501	13.940	13.651	13.708
Flächenländer (West) ohne NRW	8.070	8.306	8.418	8.300	8.339	8.434	8.743	8.916	8.992	9.307	8.913	8.892
Brandenburg	593	643	686	680	712	757	781	849	784	783	795	808
Mecklenburg-Vorpommern	333	381	416	436	455	468	472	474	462	459	461	433
Sachsen	555	576	582	562	589	588	594	569	589	551	521	482
Sachsen-Anhalt	555	615	614	696	725	801	873	852	876	907	909	975
Thüringen	463	505	559	560	627	642	654	675	692	708	697	675
Flächenländer (Ost)	2.499	2.720	2.856	2.933	3.108	3.257	3.373	3.418	3.403	3.408	3.382	3.373
Hamburg	979	977	967	973	990	1.015	988	964	939	912	971	1.026
Bremen	570	561	556	512	544	501	488	501	499	517	568	600
Berlin	1.663	1.778	1.879	1.940	2.050	2.175	2.237	2.295	2.382	2.403	2.456	2.303
Stadtstaaten	3.212	3.316	3.402	3.425	3.584	3.691	3.712	3.761	3.820	3.832	3.994	3.928
Länder insgesamt	17.860	18.500	18.979	18.947	19.440	19.942	20.463	20.687	20.724	21.180	21.027	21.008

1) Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57).

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF.

14. Zinslastquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁸⁾
Bund	12,1	12,3	16,6 ²⁾	16,0	15,5	14,9	14,3	14,4	14,4	14,3	14,3	14,2
Schleswig-Holstein	12,1	12,3	12,1	11,9	11,8	11,3	11,1	11,2	10,5	10,9	11,2	10,8
Niedersachsen	10,1	9,9	10,5	10,0	9,9	10,1	10,3	10,8	10,7	10,5	9,4	9,4
Hessen	7,3	7,7	7,3	7,0	6,7	6,9	7,1	7,4	7,6	7,1	6,3	6,4
Rheinland-Pfalz	8,8	9,0	9,2	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,3	8,9	9,0	9,3
Baden-Württemberg	5,9	5,7	5,6	5,3	5,1	5,4	5,8	6,0	6,2	6,8	5,9	5,4
Bayern	3,2	3,4	3,3	3,1	2,9	2,8	2,9	3,0	3,0	3,1	2,7	2,3
Saarland	15,1	14,4	13,5	12,3	11,3	11,2	11,2	11,3	11,6	12,1	12,5	12,9
Nordrhein-Westfalen	9,0	9,2	9,5	9,3	9,3 ³⁾	9,6	9,8 ³⁾	9,5	8,9 ⁴⁾	9,7 ⁵⁾	9,5 ⁶⁾	9,4 ⁷⁾
Flächenländer (West) insg.	7,6	7,6	7,7	7,4	7,3	7,4	7,6	7,7	7,5	7,7	7,3	7,0
Flächenländer (West) ohne NRW	7,0	7,0	7,0	6,7	6,5	6,6	6,8	7,0	7,0	7,0	6,5	6,1
Brandenburg	6,1	6,6	7,0	7,0	7,2	7,4	8,1	8,9	8,1	7,9	8,1	8,0
Mecklenburg-Vorpommern	4,6	5,2	5,7	6,1	6,5	6,4	6,6	6,8	6,6	6,7	6,9	6,3
Sachsen	3,5	3,7	3,7	3,5	3,8	3,7	3,6	3,6	3,8	3,5	3,4	3,0
Sachsen-Anhalt	5,1	5,9	6,0	6,7	7,0	7,8	8,3	8,4	8,6	8,9	9,3	9,9
Thüringen	4,8	5,2	5,7	5,8	6,5	6,9	7,1	7,3	7,6	7,9	7,7	7,4
Flächenländer (Ost)	4,7	5,2	5,4	5,5	5,9	6,2	6,3	6,6	6,6	6,6	6,6	6,5
Hamburg	10,4	10,4	10,2	9,9	10,3	10,4	9,3	9,2	9,4	8,8	9,3	9,2
Bremen	14,2	13,8	13,6	12,2	13,0	11,9	11,4	11,8	12,2	12,7	14,0	14,6
Berlin	7,8	8,4	8,9	9,3	9,1	10,3	10,8	11,2	11,0	11,7	11,9	11,0
Stadtstaaten	9,2	9,6	9,8	9,8	9,9	10,5	10,4	10,7	10,7	11,0	11,4	10,9
Länder insgesamt	7,4	7,6	7,7	7,6	7,6	7,8	7,9	8,1	8,0	8,2	7,9	7,6

1) Anteil der Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57) an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt.

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung).

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt.

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführung zum Risikofonds WestLB und zum Sondervermögen in Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes eingeschränkt.

8) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF.

15. Zinssteuerquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁴⁾
Bund	16,1	16,4	21,3 ²⁾	19,7	19,4	19,3	19,2	19,4	19,6	18,4	16,8	16,8
Schleswig-Holstein	17,6	17,3	17,4	17,5	17,8	18,1	17,2	18,3	17,4	16,0	15,3	14,5
Niedersachsen	15,2	14,6	15,1	14,3	15,5	17,1	16,9	16,9	16,5	14,3	13,3	12,5
Hessen	10,1	9,8	9,1	8,5	8,9	9,4	9,8	10,3	10,2	9,0	7,8	7,9
Rheinland-Pfalz	14,6	14,4	14,0	14,3	15,4	15,7	15,6	15,0	14,9	13,5	12,6	13,0
Baden-Württemberg	8,1	7,7	7,1	6,9	7,2	7,9	8,2	8,4	8,8	9,4	7,2	6,6
Bayern	4,3	4,3	4,1	3,8	3,8	3,8	4,1	3,9	4,0	3,8	3,2	2,8
Saarland	27,0	25,4	22,8	20,3	19,7	21,6	20,9	20,9	20,6	20,3	18,2	18,8
Nordrhein-Westfalen	12,2	11,9	11,7	11,3	13,1 ³⁾	12,7	13,9	13,5	13,0	12,5	11,7	11,4
Flächenländer (West) insg.	10,6	10,3	10,0	9,6	10,3	10,6	11,1	11,0	10,9	10,3	9,1	8,8
Flächenländer (West) ohne NRW	10,0	9,7	9,3	8,9	9,3	9,8	10,0	10,0	10,1	9,5	8,2	7,8
Brandenburg	13,9	14,7	14,6	14,1	15,2	17,8	18,3	18,6	18,1	16,5	14,5	14,5
Mecklenburg-Vorpommern	11,1	12,4	13,0	13,3	14,3	16,1	16,1	15,8	16,1	14,5	13,0	11,7
Sachsen	7,4	7,5	7,3	6,9	7,4	8,1	8,0	7,7	8,2	6,8	5,8	5,2
Sachsen-Anhalt	12,5	13,1	12,8	14,6	15,4	18,8	20,7	19,5	20,7	19,6	18,0	18,7
Thüringen	11,3	11,9	12,7	12,5	14,2	16,2	16,1	16,6	17,1	16,9	14,3	13,4
Flächenländer (Ost)	10,7	11,3	11,4	11,5	12,5	14,4	14,7	14,6	15,0	13,7	12,1	11,7
Hamburg	16,2	14,6	13,4	12,9	14,9	14,9	13,9	13,4	12,7	10,8	11,5	11,1
Bremen	29,9	31,8	28,7	27,2	31,2	28,6	26,0	26,9	27,5	25,5	26,9	25,8
Berlin	21,0	22,0	22,1	22,6	25,8	28,7	29,3	28,6	29,3	26,5	24,5	21,6
Stadtstaaten	20,2	20,0	19,3	19,0	21,9	22,8	22,3	22,0	22,1	19,6	19,4	17,7
Länder insgesamt	11,6	11,4	11,2	10,8	11,8	12,4	12,7	12,7	12,6	11,8	10,6	10,2

1) Anteil der Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57) an den Steuereinnahmen.

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF.

16. Steuereinnahmen¹⁾ des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ²⁾
Bund	169.272	174.598	192.423	198.774	193.765	192.046	191.881	187.005	190.149	203.903	230.043	239.231
Schleswig-Holstein	4.900	5.173	5.153	5.152	5.116	4.870	5.148	4.846	5.029	5.562	6.121	6.420
Niedersachsen	13.128	13.637	14.102	14.592	14.125	13.160	13.427	13.980	14.121	15.964	16.690	17.695
Hessen	11.996	13.090	14.343	14.991	14.087	13.214	13.373	12.955	13.119	15.120	17.099	16.833
Rheinland-Pfalz	6.546	6.831	7.278	7.260	6.877	6.719	6.921	7.182	7.169	7.862	8.800	9.176
Baden-Württemberg	19.426	21.144	22.315	22.987	22.063	21.304	21.997	22.305	22.228	24.006	26.942	28.002
Bayern	23.036	24.214	25.461	26.672	25.433	25.300	25.030	25.915	25.943	27.881	31.054	33.295
Saarland	1.765	1.815	1.901	1.980	1.884	1.711	1.766	1.755	1.856	1.967	2.277	2.293
Nordrhein-Westfalen	33.373	35.076	36.830	37.797	33.639	35.924	33.398	33.912	34.701	37.044	40.523	42.118
Flächenländer (West) insg.	114.170	120.980	127.383	131.432	123.225	122.200	121.060	122.850	124.166	135.405	149.505	155.832
Flächenländer (West) ohne NRW	80.797	85.905	90.553	93.635	89.586	86.276	87.662	88.938	89.466	98.361	108.982	113.714
Brandenburg	4.266	4.360	4.687	4.828	4.674	4.247	4.280	4.553	4.327	4.756	5.478	5.573
Mecklenburg-Vorpommern	3.015	3.076	3.200	3.285	3.174	2.911	2.929	3.002	2.865	3.179	3.535	3.706
Sachsen	7.540	7.690	8.023	8.146	7.959	7.230	7.413	7.358	7.143	8.066	8.918	9.222
Sachsen-Anhalt	4.439	4.709	4.781	4.759	4.707	4.259	4.206	4.375	4.240	4.638	5.038	5.208
Thüringen	4.086	4.225	4.399	4.489	4.398	3.956	4.058	4.065	4.043	4.193	4.889	5.049
Flächenländer (Ost)	23.346	24.060	25.091	25.506	24.912	22.603	22.885	23.352	22.617	24.832	27.857	28.758
Hamburg	6.052	6.681	7.206	7.462	6.668	6.829	7.096	7.190	7.382	8.455	8.464	9.213
Bremen	1.905	1.760	1.940	1.849	1.741	1.751	1.876	1.864	1.816	2.023	2.109	2.326
Berlin	7.931	8.098	8.498	8.594	7.941	7.575	7.638	8.012	8.120	9.051	10.028	10.653
Stadtstaaten	15.888	16.539	17.644	17.905	16.350	16.155	16.610	17.066	17.318	19.529	20.600	22.192
Länder insgesamt	153.404	161.578	170.118	174.843	164.488	160.959	160.555	163.267	164.102	179.765	197.962	206.782

1) Ohne steuerähnliche Abgaben.

2) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF.

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

17. Steuerfinanzierungsquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁶⁾
Bund	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7
Schleswig-Holstein	68,7	71,1	69,2	68,2	66,2	62,4	64,9	61,1	60,4	68,0	73,5	74,8
Niedersachsen	66,5	67,8	69,6	70,0	64,0	59,3	60,5	64,0	64,8	73,3	71,1	75,5
Hessen	72,6	78,6	80,8	82,3	75,9	72,8	72,8	72,2	74,3	79,0	81,1	80,6
Rheinland-Pfalz	60,3	62,4	65,7	64,7	60,9	58,9	59,1	61,6	62,1	65,9	71,5	71,5
Baden-Württemberg	72,1	73,6	78,0	76,0	69,9	69,2	70,9	71,4	70,3	73,1	82,0	81,2
Bayern	75,0	77,9	80,4	82,3	76,5	73,4	71,9	75,7	75,5	79,7	86,5	80,8
Saarland	55,9	56,8	59,3	60,6	57,5	51,9	53,6	54,0	56,6	59,7	68,7	68,4
Nordrhein-Westfalen	74,0	77,9	80,9	81,8	70,9	75,3	70,4	70,5	68,6 ²⁾	77,5 ³⁾	81,2 ⁴⁾	82,3 ⁵⁾
Flächenländer (West) insg.	71,3	74,2	76,9	77,3	70,3	69,5	68,5	69,7	69,3	75,2	79,9	79,5
Flächenländer (West) ohne NRW	70,2	72,8	75,4	75,7	70,1	67,3	67,8	69,4	69,6	74,4	79,4	78,5
Brandenburg	44,2	44,7	47,7	49,8	47,1	41,8	44,6	47,8	45,0	47,9	55,7	55,4
Mecklenburg-Vorpommern	41,3	42,0	44,2	46,1	45,0	40,0	40,8	43,1	41,3	46,5	52,7	53,8
Sachsen	48,1	50,0	51,6	50,5	51,4	45,4	44,4	46,3	46,0	51,0	57,5	57,4
Sachsen-Anhalt	41,1	45,0	46,4	45,5	45,5	41,4	40,2	43,3	41,5	45,7	51,3	53,0
Thüringen	42,5	43,6	44,9	46,3	45,7	42,7	44,0	43,8	44,5	46,6	54,0	55,2
Flächenländer (Ost)	44,0	45,7	47,6	48,1	47,5	42,7	43,1	45,1	44,0	48,0	54,7	55,3
Hamburg	64,2	71,4	75,9	76,7	69,6	70,0	67,0	68,5	74,2	81,7	81,4	83,0
Bremen	47,3	43,4	47,3	44,9	41,6	41,5	43,9	43,9	44,3	49,7	52,1	56,7
Berlin	37,0	38,2	40,3	41,1	35,2	36,0	36,9	39,0	37,6	44,1	48,4	51,1
Stadtstaaten	45,6	47,8	50,9	51,5	45,0	46,1	46,7	48,4	48,6	55,9	58,6	61,5
Länder insgesamt	63,5	66,4	69,4	70,1	64,5	62,6	62,1	63,8	63,3	69,4	74,7	75,2

1) Anteil der Steuereinnahmen an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt.

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung).

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt.

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführung zum Risikofonds WestLB und zum Sondervermögen in Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes eingeschränkt.

6) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen.

18. Nettokreditaufnahme¹⁾ des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁹⁾
Bund	32.571	28.852	26.110	23.759	22.826	31.863	38.648	39.542	31.197	27.893	14.336	11.535
Schleswig-Holstein	623	569	435	463	595	1.101	1.171	788	1.485	885	516	495
Niedersachsen	1.541	1.278	1.233	1.482	1.946 ⁴⁾	2.949	2.844	2.499	2.149	1.133	726	657
Hessen	1.479	731	601	664	1.168	1.986	1.499	1.680	776	582	746	894
Rheinland-Pfalz	1.040	961	802	793	695	1.517	1.312	1.276	1.010	890	606	989
Baden-Württemberg	1.408	855	511	713	2.257	1.864	2.039	2.039	1.686	1.536	997	-5
Bayern	1.323	807	-208	-314	199	1.019	1.123	935	1.836	-5	-306	-649
Saarland	585 ³⁾	596 ³⁾	492 ³⁾	482 ³⁾	508 ³⁾	693 ³⁾	730 ³⁾	664 ³⁾	773	692	377	502
Nordrhein-Westfalen	4.822	3.243	2.673	3.623	5.407 ⁵⁾	4.164	6.666	6.872	6.770 ⁶⁾	3.393	1.980 ⁷⁾	1.228 ⁸⁾
Flächenländer (West) insg.	12.821	9.040	6.539	7.906	12.776	15.292	17.384	16.752	16.486	9.106	5.642	4.111
Flächenländer (West) ohne NRW	7.999	5.797	3.866	4.283	7.369	11.128	10.718	9.880	9.716	5.713	3.662	2.883
Brandenburg	858	801	666	487	569	1.338	1.165	704	554	354	0	-869
Mecklenburg-Vorpommern	759	660	471	366	332	533	1.034	844	331	0	-240	-100
Sachsen	721	524	252	220	208	460	492	393	353	-62	-79	-83
Sachsen-Anhalt	1.585	938	900	788	712	1.504	772	1.316	998	656	0	0
Thüringen	997	909	933	775	748	721	710	988	984	662	0	0
Flächenländer (Ost)	4.920	3.832	3.222	2.636	2.569	4.557	4.172	4.246	3.220	1.611	-319	-1.052
Hamburg	868	743	808	820	823	813	800	750	650	600	-1	-2
Bremen	905 ³⁾	807 ³⁾	695 ³⁾	1.005 ³⁾	1.034 ³⁾	1.196 ³⁾	1.216 ³⁾	1.259 ³⁾	1.089	829	774	473
Berlin	2.787	2.454	2.079	1.937	4.896	6.043	4.064	4.382	3.513	1.817	-2.477	-657
Stadtstaaten	4.560	4.004	3.582	3.762	6.753	8.051	6.080	6.390	5.252	3.247	-1.704	-186
Länder insgesamt ²⁾	20.562	15.137	11.810	12.948	20.922	26.902	26.818	26.774	24.958	13.963	3.619	2.873

1) Saldo der Aufnahme und der Tilgung von Schulden aus Kreditmarktmitteln.

2) Ländersumme bis 2004 inkl. Sanierungshilfen des Bundes für das Saarland und Bremen.

3) Ohne Sanierungshilfen des Bundes für das Saarland und Bremen.

4) Einschl. zweckgebundene Kreditaufnahme zur Abdeckung des EXPO-Verlustes.

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt.

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt.

8) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführung zum Risikofonds WestLB und zum Sondervermögen in Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes eingeschränkt.

9) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF.

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

19. Nettokreditaufnahme¹⁾ des Bundes und der Länder
 - in EUR je Einwohner²⁾ -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ⁹⁾
Bund	397	352	318	289	277	387	468	479	378	339	174	140
Schleswig-Holstein	226	206	157	166	213	392	416	279	525	313	182	175
Niedersachsen	197	163	157	187	245	370	356	312	268	142	91	82
Hessen	245	121	99	110	192	326	246	276	127	96	123	147
Rheinland-Pfalz	259	239	199	197	172	374	324	314	249	219	150	245
Baden-Württemberg	136	82	49	68	214	175	191	190	157	143	93	0
Bayern	110	67	-17	-26	16	82	91	75	147	0	-24	-52
Saarland	540 ⁴⁾	554 ⁴⁾	459 ⁴⁾	451 ⁴⁾	476 ⁴⁾	651 ⁴⁾	686 ⁴⁾	627 ⁴⁾	734	661	363	486
Nordrhein-Westfalen	268	180	149	201	300 ⁵⁾	231	369	380	375 ⁶⁾	188	110 ⁷⁾	68 ⁸⁾
Flächenländer (West) insg.	206	145	105	126	204	243	275	265	260	144	89	65
Flächenländer (West) ohne NRW	181	131	87	96	165	247	238	219	215	126	81	64
Brandenburg	335	310	257	187	219	517	452	274	216	139	0	-344
Mecklenburg-Vorpommern	418	366	262	205	187	304	595	489	193	0	-142	-60
Sachsen	159	116	56	50	47	105	113	91	82	-15	-19	-20
Sachsen-Anhalt	584	349	338	299	274	587	304	524	402	267	0	0
Thüringen	401	368	380	317	309	300	298	418	419	285	0	0
Flächenländer (Ost)	349	273	230	190	186	333	307	315	241	121	-24	-80
Hamburg	508	437	475	480	479	471	462	432	374	344	-1	-1
Bremen	1.339 ⁴⁾	1.203 ⁴⁾	1.044 ⁴⁾	1.519 ⁴⁾	1.565 ⁴⁾	1.810 ⁴⁾	1.835 ⁴⁾	1.900 ⁴⁾	1.643	1.248	1.167	715
Berlin	808	718	613	573	1.447	1.783	1.198	1.294	1.036	535	-727	-192
Stadtstaaten	782	692	622	654	1.172	1.394	1.051	1.104	907	559	-292	-32
Länder insgesamt ³⁾	251	185	144	158	254	326	325	325	303	170	44	35

1) Saldo der Aufnahme und der Tilgung von Schulden aus Kreditmarktmitteln.

2) Einwohnerstand: 30.06. des Jahres.

3) Ländersumme bis 2004 inkl. Sanierungshilfen des Bundes für das Saarland und Bremen.

4) Ohne Sanierungshilfen des Bundes für das Saarland und Bremen.

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt.

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt.

8) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführung zum Risikofonds WestLB und zum Sondervermögen in Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes eingeschränkt.

9) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen.

20. Kreditfinanzierungsquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ¹⁰⁾
Bund	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1
Schleswig-Holstein	8,7	7,8	5,8	6,1	7,7	14,1	14,8	9,9	17,8	10,8	6,2	5,8
Niedersachsen	7,8	6,4	6,1	7,1	8,8 ⁴⁾	13,3	12,8	11,4	9,9	5,2	- 3,1	- 2,8
Hessen	8,9	4,4	3,4	3,6	6,3	10,9	8,2	9,4	4,4	3,0	3,5	4,3
Rheinland-Pfalz	9,6	8,8	7,2	7,1	6,2	13,3	11,2	10,9	8,8	7,5	4,9	7,7
Baden-Württemberg	5,2	3,0	1,8	2,4	7,2	6,1	6,6	6,5	5,3	4,7	3,0	0,0
Bayern	4,3	2,6	- 0,7	- 1,0	0,6	3,0	3,2	2,7	5,3	- 0,0	- 0,9	- 1,6
Saarland	18,5 ³⁾	18,7 ³⁾	15,4 ³⁾	14,8 ³⁾	15,5 ³⁾	21,0 ³⁾	22,1 ³⁾	20,4 ³⁾	23,6	21,0	11,4	15,0
Nordrhein-Westfalen	10,7	7,2	5,9	7,8	11,4 ⁵⁾	8,7	14,1 ⁵⁾	14,3	13,4 ⁶⁾	7,1 ⁷⁾	4,0 ⁸⁾	2,4 ⁹⁾
Flächenländer (West) insg.	8,0	5,5	4,0	4,7	7,3	8,7	9,8	9,5	9,2	5,1	3,0	2,1
Flächenländer (West) ohne NRW	7,0	4,9	3,2	3,5	5,8	8,7	8,3	7,7	7,6	4,3	2,7	2,0
Brandenburg	8,9	8,2	6,8	5,0	5,7	13,2	12,1	7,4	5,8	3,6	0,0	- 8,6
Mecklenburg-Vorpommern	10,4	9,0	6,5	5,1	4,7	7,3	14,4	12,1	4,8	0,0	- 3,6	- 1,5
Sachsen	4,6	3,4	1,6	1,4	1,3	2,9	2,9	2,5	2,3	- 0,4	- 0,5	- 0,5
Sachsen-Anhalt	14,7	9,0	8,7	7,5	6,9	14,6	7,4	13,0	9,8	6,5	0,0	0,0
Thüringen	10,4	9,4	9,5	8,0	7,8	7,8	7,7	10,7	10,8	7,4	0,0	0,0
Flächenländer (Ost)	9,3	7,3	6,1	5,0	4,9	8,6	7,8	8,2	6,3	3,1	- 0,6	- 2,0
Hamburg	9,2	7,9	8,5	8,4	8,6	8,3	7,6	7,1	6,5	5,8	0,0	0,0
Bremen	22,5 ³⁾	19,9 ³⁾	17,0 ³⁾	24,4 ³⁾	24,7 ³⁾	28,4 ³⁾	28,5 ³⁾	29,6 ³⁾	26,5	20,4	19,1	11,5
Berlin	13,0	11,6	9,9	9,3	21,7	28,7	19,7	21,3	16,3	8,9	- 12,0	- 3,1
Stadtstaaten	13,1	11,6	10,3	10,8	18,6	23,0	17,1	18,1	14,7	9,3	- 4,8	- 0,5
Länder insgesamt ²⁾	8,5	6,2	4,8	5,2	8,2	10,5	10,4	10,5	9,6	5,4	1,4	1,0

1) Anteil der Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Länder insg. bis 2004 inkl. Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen.

3) Ohne Sanierungshilfen des Bundes für das Saarland und Bremen.

4) Einschl. zweckgebundene Kreditaufnahme zur Abdeckung des EXPO - Verlustes.

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt.

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt.

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich

stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung).

8) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführungen zur Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt.

9) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführung zum Risikofonds WestLB und zum Sondervermögen in Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes eingeschränkt.

10) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig.

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF.

21. Schuldenstand (am Kreditmarkt)¹⁾ des Bundes und der Länder

- in Mio. EUR -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bund ^{2) 3) 4) 5)}	454.581	482.902	663.147 ³⁾	671.494	688.340	711.588	753.775	797.460	868.209 ⁴⁾	897.530	917.527 ⁵⁾	928.652
Schleswig-Holstein	14.268	14.690	15.041	15.490	16.147	17.231	18.585	19.594	20.918	21.765	22.029	22.372
Niedersachsen	31.888	33.047	33.437	34.076	36.880	40.010	43.339	46.735	47.855	48.776	49.446	50.213
Hessen	20.660	21.311	21.249	21.575	22.903	24.818	27.164	28.617	30.233	29.364	29.969	30.555
Rheinland-Pfalz	16.275	17.272	17.902	18.346	19.588	20.858	22.138	23.242	24.638	26.236	26.825	27.044
Baden-Württemberg	26.873	28.074	28.554	29.506	31.897	33.378	35.676	37.554	39.541	41.072	41.710	41.705
Bayern	17.761	18.537	18.278	17.964	18.164	19.183	20.306	21.240	23.077	23.072	22.766	22.117
Saarland	6.613	6.390	6.360	6.130	6.151	6.537	6.973	7.371	8.102	8.736	9.143	9.494
Nordrhein-Westfalen	69.918	73.382	74.805	76.670	83.162	88.471	95.243	102.494	108.939	112.900	114.091	113.600
Flächenländer (West) insg.	204.255	212.703	215.627	219.757	234.891	250.486	269.424	286.847	303.303	311.921	315.979	317.100
Flächenländer (West) ohne NRW	134.338	139.321	140.822	143.087	151.729	162.015	174.181	184.353	194.364	199.021	201.888	203.500
Brandenburg	10.842	11.640	11.972	12.799	13.522	14.656	16.264	16.397	16.928	17.136	17.280	17.134
Mecklenburg-Vorpommern	5.953	6.679	7.106	7.493	8.164	8.686	9.499	10.283	10.777	10.737	10.074	9.916
Sachsen	9.288	9.822	9.830	10.071	10.201	10.679	11.343	11.824	12.086	11.592	11.064	9.584
Sachsen-Anhalt	10.750	11.861	12.782	13.577	14.444	15.677	16.662	18.006	19.223	19.303	20.082	19.808
Thüringen	8.241	9.217	10.122	10.888	11.594	12.176	13.073	14.060	15.052	15.805	15.704	15.319
Flächenländer (Ost)	45.073	49.218	51.812	54.828	57.925	61.874	66.841	70.570	74.066	74.573	74.204	71.761
Hamburg	14.629	14.929	15.666	16.626	17.624	18.183	19.355	20.359	21.162	21.604	21.619	21.618
Bremen	8.666	8.494	8.062	8.522	8.894	9.584	10.606	11.270	12.303	13.384	14.305	15.277
Berlin	27.120	29.421	31.506	33.453	38.350	44.647	48.727	53.876	57.380	58.995	56.645	55.961
Stadtstaaten	50.415	52.844	55.234	58.601	64.868	72.414	78.688	85.505	90.845	93.983	92.569	92.856
Länder insgesamt	299.744	314.765	322.672	333.187	357.684	384.773	414.952	442.922	468.214	480.475	482.752	481.717

1) Jeweils am 31.12. des Jahres; ohne Ausgleichsforderungen; ab 1991 ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte; ab 2006 einschl. Extrahaushalte.

2) Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds; ohne Altschulden der ehem. DDR, Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen und Treuhandschulden.

3) Ab 1999 einschl. der am 01.07.1999 mitübernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds.

4) Ab 2005 einschl. der mitübernommenen Schulden des Fonds "Deutsche Einheit".

5) Ab 2007 einschl. des zum Bund übergegangenen ERP-Sondervermögens.

Quelle: Schuldenstandsstatistik des Stat. Bundesamtes (Fachs. 14 Reihe 5).

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

22. Schuldenstand (am Kreditmarkt)¹⁾ des Bundes und der Länder

- in EUR je Einwohner ²⁾ -

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bund ^{3) 4) 5) 6)}	5.540	5.887	8.079 ⁴⁾	8.171	8.360	8.628	9.135	9.666	10.528 ⁵⁾	10.896	11.139 ⁶⁾	11.289
Schleswig-Holstein	5.189	5.321	5.430	5.570	5.777	6.133	6.596	6.935	7.394	7.686	7.771	7.891
Niedersachsen	4.071	4.209	4.244	4.307	4.645	5.020	5.425	5.841	5.977	6.099	6.191	6.302
Hessen	3.425	3.533	3.516	3.562	3.772	4.079	4.461	4.700	4.962	4.832	4.937	5.034
Rheinland-Pfalz	4.059	4.299	4.444	4.554	4.847	5.150	5.458	5.727	6.069	6.472	6.625	6.696
Baden-Württemberg	2.586	2.697	2.732	2.811	3.020	3.140	3.340	3.507	3.685	3.824	3.881	3.878
Bayern	1.473	1.536	1.508	1.474	1.479	1.553	1.638	1.709	1.853	1.849	1.821	1.767
Saarland	6.108	5.932	5.930	5.732	5.765	6.138	6.561	6.961	7.698	8.345	8.795	9.184
Nordrhein-Westfalen	3.892	4.084	4.160	4.260	4.614	4.899	5.270	5.672	6.032	6.258	6.335	6.322
Flächenländer (West) insg.	3.288	3.421	3.459	3.515	3.742	3.974	4.265	4.536	4.792	4.930	4.997	5.018
Flächenländer (West) ohne NRW	3.042	3.151	3.175	3.213	3.390	3.603	3.863	4.082	4.297	4.401	4.464	4.500
Brandenburg	4.232	4.510	4.618	4.921	5.206	5.666	6.315	6.384	6.607	6.713	6.798	6.773
Mecklenburg-Vorpommern	3.278	3.704	3.959	4.200	4.615	4.955	5.465	5.958	6.291	6.312	5.971	5.927
Sachsen	2.047	2.179	2.196	2.266	2.315	2.446	2.617	2.746	2.821	2.720	2.613	2.279
Sachsen-Anhalt	3.960	4.409	4.799	5.154	5.556	6.111	6.571	7.172	7.740	7.857	8.269	8.259
Thüringen	3.316	3.731	4.121	4.460	4.787	5.069	5.486	5.945	6.418	6.803	6.826	6.724
Flächenländer (Ost)	3.193	3.502	3.705	3.943	4.199	4.525	4.927	5.236	5.532	5.609	5.625	5.485
Hamburg	8.571	8.778	9.206	9.732	10.251	10.535	11.176	11.721	12.173	12.367	12.281	12.223
Bremen	12.817	12.664	12.103	12.881	13.465	14.505	16.003	17.013	18.564	20.149	21.578	23.084
Berlin	7.869	8.610	9.286	9.888	11.332	13.172	14.368	15.907	16.919	17.354	16.634	16.340
Stadtstaaten	8.648	9.129	9.588	10.186	11.254	12.537	13.600	14.777	15.683	16.174	15.882	15.859
Länder insgesamt	3.653	3.837	3.931	4.054	4.344	4.665	5.029	5.369	5.678	5.833	5.869	5.866

- A 91 -

1) Jeweils am 31.12. des Jahres; ohne Ausgleichsforderungen; ab 1991 ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte, ab 2006 einschl. Extrahaushalte.

2) Einwohnerstand jeweils am 30.06. des Jahres.

3) Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds; ohne Altschulden der ehem. DDR, Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen und Treuhandschulden.

4) Ab 1999 einschl. der am 01.07.1999 mitübernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds.

5) Ab 2005 einschl. der mitübernommenen Schulden des Fonds "Deutsche Einheit".

6) Ab 2007 einschl. des zum Bund übergegangenen ERP-Sondervermögens.

Quelle: Schuldenstandsstatistik des Stat. Bundesamtes (Fachs. 14 Reihe 5); eigene Berechnungen.

23. Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2010 des Landes Nordrhein-Westfalen mit Vorjahresvergleich

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppierungsnummer	2009 Haushaltsplan einschl. Erg. zum 2. Nachtrags- entwurf	2010 ⁴⁾ Haushaltsplan- entwurf	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
		- Mio. EUR -		- Mio. EUR -	- v. H. -
I. Ausgaben					
1. Personalausgaben	4	20.555,9	20.799,1	+243,1	+1,2
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	2.412,2	2.495,2	+83,0	+3,4
3. Schuldendienst	56 - 59	4.922,4	4.742,9	-179,5	-3,6
3.1 Zinsausgaben	56, 57	(4.744,6)	(4.635,5)	(-109,0)	(-2,3)
dar.: an Kreditmarkt	57	(4.744,0)	(4.635,0)	(-109,0)	(-2,3)
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	20.198,3	20.102,3	-96,0	-0,5
5. Investitionsausgaben	7, 8	7.143,2	5.073,1	-2.070,1	-29,0
5.1 Bauausgaben	7	(288,8)	(264,1)	(-24,7)	(-8,5)
5.2 Sonst. Investitionsausgaben	8	(6.854,4)	(4.809,0)	(-2.045,4)	(-29,8)
6. Bes. Finanzierungsausgaben	9	68,5	47,4	-21,1	-30,8
Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan		55.300,6	53.260,1	-2.040,5	-3,7
II. Einnahmen					
1. Steuern	01, 05, 06	38.505,0	37.015,0	-1.490,0	-3,9
2. Übrige Einnahmen (ohne Schuldenaufnahmen)	09, 1 - 3 (ohne 31 u. 32)	10.636,5	9.542,1	-1.094,4	-10,3
dar.: Investitionseinnahmen	33, 34	(3.317,5)	(1.334,9)	(-1.982,5)	(-59,8)
3. Schuldenaufnahme	31, 32	6.159,1	6.703,0	+543,9	8,8
dar.: am Kreditmarkt	32	(6.159,1)	(6.703,0)	(+543,9)	(+8,8)
Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan		55.300,6	53.260,1	-2.040,5	-3,7
III. Nachrichtlich:					
1. Bereinigte Gesamteinnahmen ¹⁾	(0 - 3) ./. (32, 35, 36, 38)	49.136,6	46.551,1	-2.585,5	-5,3
2. Bereinigte Gesamtausgaben ²⁾	(4 - 9) ./. (59, 91, 96, 98)	55.173,3	53.091,6	-2.081,7	-3,8
3. Finanzierungssaldo		-6.036,7	-6.540,5	-503,7	x
4. Schuldenaufnahme netto	(31 u. 32) ./. (58 u. 59)	5.981,2	6.595,6	+614,3	10,3
dar.: am Kreditmarkt netto	32 ./ 59	(6.159,1)	(6.703,0)	(+543,9)	(+8,8)
5. Kreditfinanzierungsquote - v. H. - ³⁾		11,2	12,6	x	x
6. Investitionsquote - v. H. - ³⁾		12,9	9,6	x	x
7. Zinsquote (Kreditmarkt) - v. H. - ³⁾		8,6	8,7	x	x
8. Steuerfinanzierungsquote - v. H. - ³⁾		69,8	69,7	x	x
9. Personalausgabenquote - v. H. - ³⁾		37,3	39,2	x	x
10. Schuldenstand aus Kreditmarktmitteln am 31.12.2008: 113.599,6 Mio. EUR (6.335 EUR je Einwohner)					

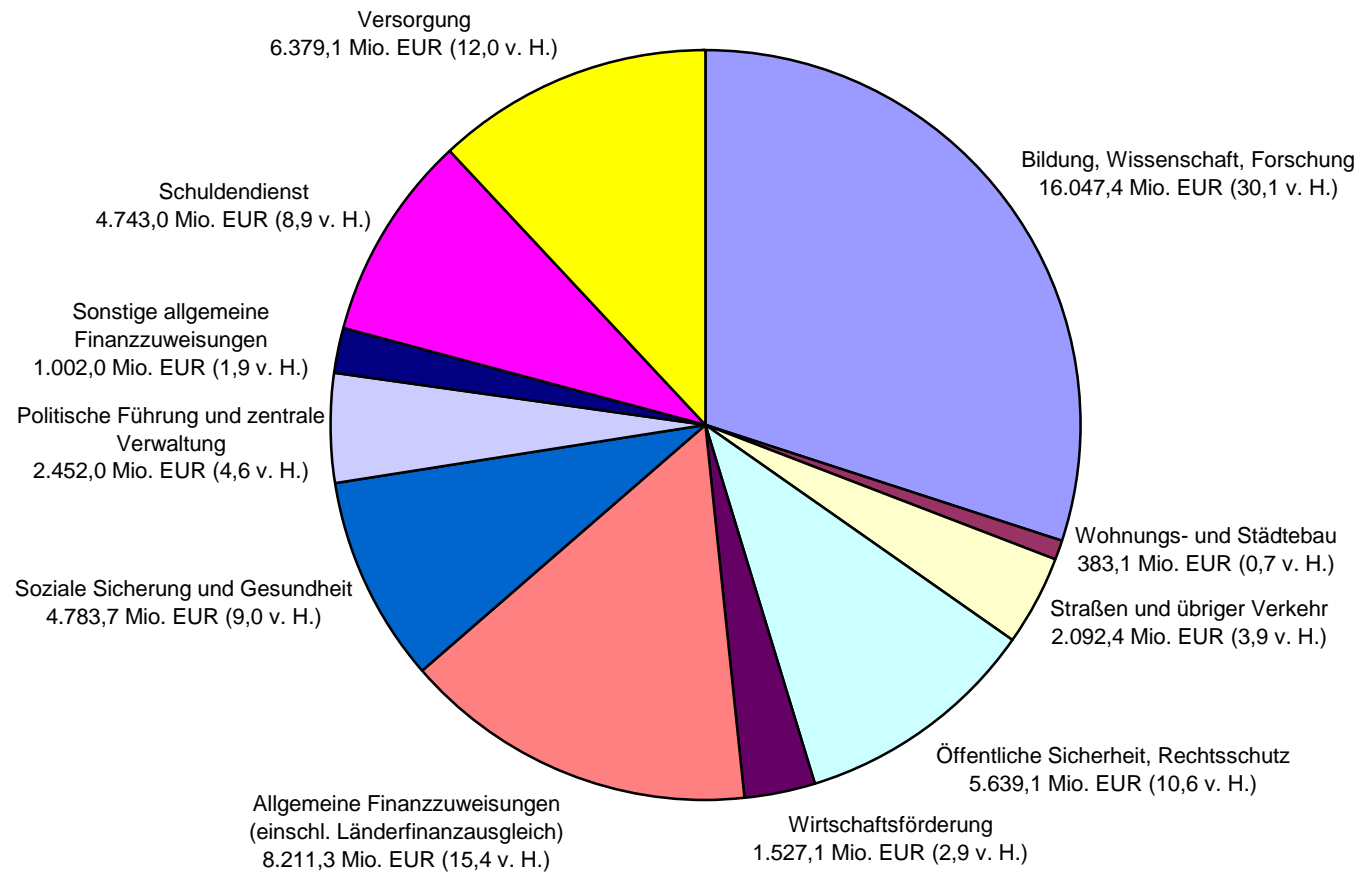
¹⁾ Die sog. "bereinigten Gesamteinnahmen" errechnen sich aus den Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan abzüglich Schuldenaufnahme am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Überschüsse der Vorjahre und haushaltstechnische Verrechnungen.

²⁾ Die sog. "bereinigten Gesamtausgaben" errechnen sich aus den Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan abzüglich Tilgungsausgaben an Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und haushaltstechnische Verrechnungen.

³⁾ Berechnet als v. H.-Anteil der sog. "bereinigten Gesamtausgaben" (s. Ziff. III.2.). Bei der Kreditfinanzierungsquote handelt es sich um den v. H.-Anteil der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt netto an den "bereinigten Gesamtausgaben".

⁴⁾ Vergleichbarkeit insb. wegen Wirkungen des kommunalen Investitionsprogramms (Zukunftsinvestitionsgesetz) in Zusammenhang mit dem "Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland" im Haushalt 2009 eingeschränkt (Stand: LT-Drucksache 14/9510 vom 01.07.2009).

24. Ausgaben nach Aufgabenbereichen des Landes NRW Ansätze lt. Haushaltsplanentwurf 2010



Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Gesamtausgaben: 53.260,1 Mio. EUR

25. Eckdaten des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen 1970, 1980, 1990, 2000, 2003 bis 2010

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Grupp.-Nr.	1970	1980	1990	2000	2003 ¹⁾	2004	2005 ²⁾	2006 ³⁾	2007 ⁴⁾	2008 ⁵⁾	2009 ^{6) 7)}	2010 ⁸⁾
		- Ist -										- Soll -	
- in Mio. EUR -													
I. Ausgaben													
1. Personalausgaben	4	3.422,6	9.921,6	13.287,0	18.977,5	19.573,6	19.897,5	20.260,8	18.601,2	19.611,6	19.023,6	20.555,9	20.799,1
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 9,2	+ 5,4	+ 1,9	- 1,7	+ 1,7	+ 1,8	- 8,2	+ 5,4	- 3,0	+ 8,1	+ 1,2
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	415,2	1.287,9	1.529,1	2.328,8	2.949,8	3.014,5	3.118,0	2.237,8	2.250,3	2.280,7	2.412,2	2.495,2
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 7,8	+ 6,9	+ 4,8	- 4,3	+ 2,2	+ 3,4	- 28,2	+ 0,6	+ 1,3	+ 5,8	+ 3,4
3. Schuldendienst													
- ohne nicht veransch. Tilgung -	56 - 59	183,6	1.328,3	3.628,7	4.477,4	4.797,9	4.790,0	4.665,6	4.796,7	4.853,7	4.929,2	4.922,4	4.742,9
3.1 Zinsausgaben	56, 57	91,0	1.013,4	3.508,0	4.321,8	4.669,6	4.625,1	4.539,3	4.634,3	4.738,1	4.816,1	4.744,6	4.635,5
dar.: an Kreditmarkt	57	69,0	992,4	3.489,1	4.289,3	4.634,9	4.592,3	4.509,5	4.633,5	4.737,4	4.815,5	4.744,0	4.635,0
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 23,2	+ 3,9	- 0,3	+ 1,7	- 0,9	- 1,8	+ 2,8	+ 2,2	+ 1,6	- 1,5	- 2,3
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	2.907,2	8.375,5	10.946,4	15.700,2	15.411,9	15.818,5	15.809,0	17.813,9	18.841,3	20.384,5	20.198,3	20.102,3
- ohne Ausgaben zugunsten der neuen Länder -					14.844,6	14.734,9	15.662,3	15.348,2	17.498,4	18.740,7	20.384,5	19.998,3	20.002,3
Veränd. geg. Vorj. in v. H.					+ 5,0	- 3,2	+ 6,3	- 2,0	+ 14,0	+ 7,1	+ 8,8	- 1,9	+ 0,0
5. Investitionsausgaben	7, 8	2.359,1	5.893,2	5.105,5	4.694,8	4.683,5	4.581,5	6.737,5	4.348,6	4.349,1	4.575,4	7.143,2	5.073,1
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	472,4	757,2	548,7	789,5	525,0	608,0	536,8	502,7	477,9	432,2	653,7	637,0
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	1.886,7	5.135,9	4.556,8	3.905,3	4.158,5	3.973,4	6.200,7	3.845,9	3.871,2	4.143,2	6.489,6	4.436,1
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	176,9	32,7	103,0	1.349,9	6,8	7,8	10,0	29,2	58,9	93,2	68,5	47,4
7. Gesamtausgaben		9.464,5	26.839,2	34.599,7	47.528,5	47.423,5	48.109,7	50.601,0	47.827,3	49.965,1	51.286,7	55.300,6	53.260,1
- ohne Ausgaben zugunsten der neuen Länder -					46.673,0	46.746,6	47.953,5	50.140,1	47.511,8	49.864,4	51.286,7	55.100,6	53.160,1
Veränd. geg. Vorj. in v. H.					+ 5,2	- 1,3	+ 2,6	+ 4,6	- 5,2	+ 5,0	+ 2,9	+ 7,4	- 3,5
7.1 Gesamtausg. ohne bes. Finanzierungsvorgänge	(4 - 9) ohne	9.253,9	26.319,3	34.459,1	46.178,7	47.416,7	48.102,0	50.591,0	47.798,2	49.906,2	51.193,5	55.173,3	53.091,6
Veränd. geg. Vorj. in v. H.	59,91,96,98	-	+ 11,0	+ 7,1	+ 1,5	- 0,6	+ 1,4	+ 5,2	- 5,5	+ 4,4	+ 2,6	+ 7,8	- 3,8

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Grupp.-Nr.	1970	1980	1990	2000	2003 ¹⁾	2004	2005 ²⁾	2006 ³⁾	2007 ⁴⁾	2008 ⁵⁾	2009 ^{6) 7)}	2010 ⁸⁾
		- Ist -										- Soll -	
- in Mio. EUR -													
II. Einnahmen													
1. Steuereinnahmen	01, 05, 06	7.485,3	18.102,8	27.108,5	37.796,9	33.398,5	33.912,0	34.700,7	37.043,8	40.522,9	42.118,2	38.505,0	37.015,0
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 4,8	+ 1,0	+ 2,6	- 7,0	+ 1,5	+ 2,3	+ 6,8	+ 9,4	+ 3,9	- 8,6	- 3,9
2. Übrige Einnahmen (ohne Schuldenaufnahme, Entnahme aus Rücklagen, Überschüsse aus Vorjahren und ohne haushaltstechnische Verrechnungen)	(09, 1 - 3) ./. (31, 32, 35, 36, 38)	1.716,9	4.160,9	5.027,0	6.236,4	7.153,1	7.288,4	9.102,5	7.370,7	7.452,3	7.932,4	10.631,6	9.536,1
3. Schuldenaufnahme (brutto) einschl. nicht veranschl. Tilgung		72,6	5.637,0	6.403,2	(10.116,0)	(17.836,5)	(18.527,0)	(21.695,1)	(18.604,5)	(18.318,0)	(18.121,3)	(20.568,7)	(27.065,8)
3.1 dar.: am Kreditmarkt (brutto)		(5,6)	(5.457,0)	(6.298,0)	(10.058,1)	(17.807,2)	(18.510,1)	(21.682,5)	(18.595,0)	(18.318,0)	(18.121,3)	(20.568,7)	(27.065,8)
4. Gesamteinnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	(0 - 3) ohne	9.179,2	22.194,2	32.240,7	44.091,2	40.580,4	41.217,3	43.815,7	44.424,0	47.975,2	50.050,7	49.136,6	46.551,1
Veränd. geg. Vorj. in v. H.	32,35,36,38	-	+ 4,7	+ 2,2	+ 1,8	- 5,8	+ 1,6	+ 6,3	+ 1,4	+ 8,0	+ 4,3	- 1,8	- 5,3
III. Nachrichtlich													
1. Schuldenstand am Kreditmarkt		640,1	15.373,0	49.543,9	76.670,4	95.243,0	102.494,0	108.939,4	112.900,4	114.091,3	113.599,6	119.758,7	126.461,7
2. Nettokreditaufnahme	32 ./ 59	-27,6	4.125,6	2.219,2	3.623,2	6.666,1	6.872,4	6.770,3	3.393,0	1.979,7	1.228,3	6.159,1	6.703,0
3. Tilgungsausgaben am Kreditmarkt einschl. nicht veranschl. Tilgung ⁹⁾		33,7	1.331,4	4.078,8	6.434,9	11.141,0	11.637,7	14.912,2	15.202,0	16.338,2	16.893,0	14.409,6	20.362,8
4. Personalstellen insgesamt (ohne Beamte im Vorbereitungsdienst)		246.401	351.383	338.950	343.660	309.574	308.577	326.426 ¹¹⁾	326.107	289.184 ¹²⁾	287.961	284.885	284.349
Veränd. geg. Vorjahr		+ 13.240	+ 8.506	+ 3.068	- 739	- 3.853 ¹⁰⁾	- 997	+ 17.849	- 319	- 36.923	- 1.223	- 3.076	- 536

¹⁾ Aufgrund von durchgeführten Ausgliederungen ist die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren z. T. erheblich eingeschränkt.

²⁾ Aufgrund folgender Sondereffekte nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar:

- Umsetzung von Maßnahmen aufgrund der Entscheidung der Europäischen Kommission in Sachen Beihilfeverfahren WestLB (Übrige Einnahmen/Investitionsausgaben dadurch jeweils um 1,4 Mrd. EUR erhöht),
- Kapitalzuführung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW sowie an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (Investitionsausgaben dadurch um 943 Mio. EUR erhöht).

³⁾ Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung).

⁴⁾ Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Aufstockung der Versorgungsrücklage sowie aufgrund Abschlagszahlungen an Gemeinden (Solidarbeitragsgesetz) eingeschränkt.

⁵⁾ Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Zuführung zum Risikofonds WestLB und zum Sondervermögen in Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes eingeschränkt.

⁶⁾ Verabschiedeter Haushaltsplan einschl. Ergänzung zum 2. Nachtragsentwurf (Stand: LT-Drucksache 14/9510 vom 01.07.2009).

⁷⁾ Vergleichbarkeit zum Vorjahr insb. wegen Wirkungen des kommunalen Investitionsprogramms (Zukunftsinvestitionsgesetz) in Zusammenhang mit dem "Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland" eingeschränkt.

⁸⁾ Haushaltsplanentwurf (Stand: LT-Vorlage 14/9700 [Haushaltseinbringung]).

⁹⁾ Einschließlich Kurspflege.

¹⁰⁾ Ausgliederung der TH Aachen, Uni Bielefeld, FH Münster und FH Niederrhein als Globalhaushalte aus dem Landeshaushalt NRW.

¹¹⁾ Vergleichszahl zu 2006 incl. bis 2005 ausgegliederte Bereiche, daher mit 2004 nicht vergleichbar.

¹²⁾ Mit dem 01.01.2007 wurden die Hochschulbereiche "Körperschaften öffentlichen Rechts" aus dem Landeshaushalt NRW ausgegliedert (06 103 - 06 108 - FB Medizin, 06 111 - 06 270 - Universitäten und 06 670 - 06 850 - Fachhochschulen).

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quellen: Haushaltsrechnungstatistik; Gruppierungsübersichten des Landeshaushalts NRW, Haushaltspläne/-entwürfe.

26. a) Einnahmen der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 2002 - 2007 (Maßeinheit: 1.000 EUR)

KZ	Einnahmeart	Grupp.-Nr. bzw. Rechenoperation *)	2002	2003	2004	2005	2006	2007
1	Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	00 - 03 ./ 810, 811	12.945.468	13.014.814	14.015.656	14.724.511	16.652.280	18.000.470
2	Lfd. Zuweisungen, Zuschüsse, Erstattungen u. ä.	KZ 3 - 7	17.212.391	16.336.826	17.610.017	19.148.048	19.333.606	20.320.672
3	vom Land	041, 051, 071, 091, 092, 161, 171, 191, 201, 231	8.395.814	7.383.427	8.451.968	8.690.328	8.577.038	9.355.697
4	vom Bund	160, 170, 200, 230	214.613	192.031	181.125	226.659	212.044	412.514
5	von Gemeinden/GV	052, 072, 162, 172, 202, 232	7.595.020	7.764.537	7.911.769	8.001.987	8.373.340	8.603.912
6	vom sonst. öffentl. Bereich	163, 164, 173, 174, 192, 193, 203, 204, 233, 234	208.862	221.765	240.244	1.402.568	1.292.893	999.502
7	vom nichtöffentlichen Bereich	165 - 168, 175 - 178, 205 - 208, 235 - 238	798.083	775.066	824.912	826.507	878.291	949.047
8	Gebühren, sonstige Entgelte	10, 11, 12	5.558.034	5.554.259	5.600.751	5.518.044	5.518.976	5.548.159
9	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	13, 14, 21, 22	2.517.725	2.403.198	2.242.580	2.339.410	2.283.162	2.337.613
10	Übrige laufende Einnahmen	15, 24, 25, 26	2.271.051	2.306.107	2.258.059	1.970.528	2.055.637	1.769.828
11	./ Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 5	7.595.020	7.764.537	7.911.769	8.001.987	8.373.340	8.603.912
12	Einnahmen der laufenden Rechnung	KZ 1, 2, 8 - 10 ./ 11	32.909.649	31.850.667	33.815.294	35.698.554	37.470.321	39.372.830
13	Nettostellungen beim VWH	KZ 14 - 17	4.982.651	5.388.331	5.166.723	5.189.837	4.920.637	3.436.148
14	innere Verrechnungen	169, 209	1.308.529	1.353.822	1.446.054	1.467.863	1.330.146	797.448
15	kalkulatorische Einnahmen	27	1.166.589	1.192.601	1.295.324	1.255.256	1.046.801	662.276
16	Zuführungen vom VMH	28	1.151.065	1.180.548	1.143.833	1.032.587	739.647	401.696
17	Gewerbesteuerumlage	810, 811	1.356.468	1.661.360	1.281.512	1.434.131	1.804.043	1.574.728
18	Einnahmen des Verwaltungshaushalts	KZ 11 - 13	45.487.320	45.003.535	46.893.786	48.890.378	50.764.298	51.412.890
19	Rückflüsse von Darlehen	32	357.766	265.444	198.403	176.025	183.413	184.961
20	Veräußerung von Vermögen	33, 340, 345	1.631.200	1.457.636	1.692.115	1.007.324	925.534	1.352.490
21	Beiträge und ähnliche Entgelte	35	300.009	312.930	277.861	278.564	274.081	243.270
22	Investitionszuweisungen	KZ 23 - 27	1.632.030	1.606.382	1.784.201	1.781.688	1.701.392	1.823.978
23	vom Land	361	1.430.996	1.415.321	1.553.392	1.548.684	1.507.031	1.596.911
24	vom Bund	360	73.693	52.610	72.944	60.248	50.142	61.625
25	von Gemeinden/GV	362	42.791	48.150	37.879	41.225	32.179	21.346
26	vom sonst. öffentl. Bereich	363, 364	1.946	2.227	2.345	3.627	8.660	21.377
27	vom nichtöffentlichen Bereich	365 - 368	82.604	88.074	117.641	127.904	103.380	122.719
28	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	370 - 373	19.691	39.697	11.370	25.657	4.430	6.938
29	./ Zahlungen von gleicher Ebene	322, 362, 372	48.262	74.938	38.143	52.293	32.194	21.681
30	Einnahmen der Kapitalrechnung	KZ 19 - 22, 28 ./ 29	3.892.434	3.607.151	3.925.807	3.216.965	3.056.656	3.589.956
31	Einnahmen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	347	24.511	19.884	20.242	13.441	26.283	21.342
32	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	30	2.092.235	1.420.079	1.873.224	1.828.703	1.807.766	1.140.936
33	Besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 34 - 36	3.912.911	4.338.393	3.588.695	3.127.688	3.252.399	2.499.336
34	Entnahmen aus Rücklagen	31	728.260	1.059.796	892.655	859.146	722.378	409.488
35	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	374 - 378	2.943.396	3.098.303	2.601.994	2.259.451	2.521.866	2.082.315
36	Aufnahme innerer Darlehen	379	241.255	180.294	94.046	9.091	8.155	7.533
37	Einnahmen des Vermögenshaushalts	KZ 29 - 33	9.970.353	9.460.445	9.446.111	8.239.090	8.175.298	7.273.251
38	Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 12, 30	36.802.083	35.457.818	37.741.101	38.915.519	40.526.977	42.962.786
39	Nachrichtlich: bewirtschaftete Fremdmittel	160 aus A14	390	252	272	344	9.878	-
40	Nettostellungen insgesamt	KZ 13, 31, 32, 39	7.099.787	6.828.546	7.060.461	7.032.325	6.764.564	4.598.426

*) Stand: Jahr 2005.

26. b) Ausgaben der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 2002 - 2007 (Maßeinheit: 1.000 EUR)

KZ	Ausgabeart	Grupp.-Nr. bzw. Rechenoperation *)	2002	2003	2004	2005	2006	2007
41	Personalausgaben	40 - 46	9.953.866	9.978.423	10.043.033	10.079.792	10.083.706	9.973.078
42	Laufender Sachaufwand	50 - 66, 675 - 678, 84	8.150.509	8.323.861	8.587.449	8.629.103	9.559.551	9.906.898
43	Zinsausgaben	800 - 808	1.556.015	1.485.187	1.442.173	1.433.300	1.528.573	1.680.778
44	Soziale Leistungen	69, 73 - 79	8.616.130	8.997.556	9.404.912	10.904.801	11.488.794	11.435.406
45	Übrige lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	670 - 674, 710 - 718, 72, 82, 83	12.740.414	12.950.231	13.206.242	13.327.901	13.391.946	13.659.999
46	./. Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 11	7.595.020	7.764.537	7.911.769	8.001.987	8.373.340	8.603.912
47	Ausgaben der laufenden Rechnung	KZ 41 - 45 ./ 46	33.421.914	33.970.721	34.772.040	36.372.910	37.679.230	38.052.247
48	Nettostellungen beim VWH	KZ 49 - 53	5.923.820	5.627.862	5.896.113	5.985.953	5.988.756	4.175.388
49	innere Verrechnungen	679	1.299.760	1.346.655	1.438.092	1.458.812	1.320.672	796.156
50	kalkulatorische Kosten	68	1.166.589	1.192.601	1.295.324	1.255.256	1.046.801	662.276
51	Zinsausgaben für innere Darlehen	809	8.768	7.167	7.961	9.051	9.474	1.292
52	Gewerbesteuerumlage	810, 811	1.356.468	1.661.360	1.281.512	1.434.131	1.804.043	1.574.728
53	Zuführungen zum VMH	86	2.092.235	1.420.079	1.873.224	1.828.703	1.807.766	1.140.936
54	Deckung von Sollfehlbeträgen	892	1.938.356	2.705.449	3.417.749	5.031.351	5.130.959	4.552.727
55	Ausgaben des Verwaltungshaushalts	KZ 46 - 48, 54	48.879.110	50.068.569	51.997.671	55.392.201	57.172.285	55.384.274
56	Sachinvestitionen	932, 935, 94 ./ 347	3.785.379	3.407.119	3.440.461	3.218.286	3.074.803	2.968.419
57	Erwerb von Beteiligungen	930	228.043	285.149	219.337	283.371	233.398	355.650
58	Gewährung von Darlehen	92	163.682	149.729	224.708	89.323	92.061	107.622
59	Investitionszuweisungen	98	557.556	555.529	526.867	626.016	608.832	709.326
60	Sonstige Investitionsausgaben	990, 991	715	702	1.452	1.542	1.078	496
61	Schuldentilgung öffentl. Bereich	970 - 973	33.071	29.936	26.466	25.189	32.680	36.726
62	./. Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 29	48.262	74.938	38.143	52.293	32.194	21.681
63	Ausgaben der Kapitalrechnung	KZ 56 - 61 ./ 62	4.720.184	4.353.226	4.401.148	4.191.434	4.010.658	4.156.558
64	Zuführungen zum VWH	90	1.151.065	1.180.548	1.143.833	1.032.587	739.647	401.696
65	Besondere Finanzierungsausgaben	KZ 66 - 69	4.076.515	3.793.341	3.541.254	3.064.204	3.547.368	3.232.940
66	Zuführung an Rücklagen	91	1.468.251	853.599	922.849	773.549	730.148	406.981
67	Schuldentilgung am Kreditmarkt	974 - 978	2.578.731	2.637.846	2.401.702	2.165.146	2.781.657	2.811.819
68	Tilgung innerer Darlehen	979	17.568	258.303	175.390	100.998	3.739	6.234
69	Deckung von Sollfehlbeträgen	992	11.965	43.593	41.313	24.511	31.824	7.906
70	Ausgaben des Vermögenshaushalts	KZ 62 - 65	9.996.026	9.402.053	9.124.378	8.340.518	8.329.867	7.812.875
71	Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 47, 63	38.142.098	38.323.947	39.173.188	40.564.344	41.689.888	42.208.805
72	Nachrichtlich: Nettostellungen zusammen	KZ 39, 48, 64	7.075.275	6.808.662	7.040.218	7.018.884	6.738.281	4.577.084
73	besondere Finanzierungsausgaben	KZ 54, 65	6.014.871	6.498.790	6.959.003	8.095.555	8.678.327	7.785.667

*) Stand: Jahr 2005.

Quelle: IT.NRW, Informationssystem Finanzstatistik (ISF), Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik (2002 - 2006) und der vierteljährlichen Kassenstatistik (2007).